

Gemeinde Rennau

Verwaltungsvorlage				Vorlagen-Nr.: 072/18			
Fachbereich: Finanzen				Vorlage ist öffentlich Datum: 20.08.2018			
Tagesordnungspunkt Beschluss über den Jahresabschluss 2011 und Entlastung des Gemeindedirektors für das Haushaltsjahr 2011 gem. § 101 (1) NGO/ § 129 (1) NKomVG							
Vorgesehene Beratungsfolge:				Beschluss geändert		Abstimmungsergebnis	
Datum	Gremium			Ja	Nein	Ja	Nein
17.10.2018	VA Rennau						
24.10.2018	GR Rennau						
Finanzielle Auswirkungen				Verantwortlichkeit			
Ergebnishaushalt	☐	Kosten		EUR	gefertigt:	Gemeinde- direktor:	
Finanzhaushalt	☐	Produkt			gez. Oertel	gez. Janze	
Kostenstelle		Sachkonto			(Oertel)	(i. V. Janze)	
Ansatz		EUR	verfügbar		EUR		

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Rennau beschließt gem. § 129 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011.
2. Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt der Rat dem Gemeindedirektor für die Führung der Hauswirtschaft im Haushaltsjahr 2011 die Entlastung.

Der Verwaltungsausschuss bereitet die Beschlussfassung entsprechend vor.

Sach- und Rechtslage:

Zur Umsetzung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens hat der Rat beschlossen, dass die doppelte Buchführung ab dem Haushaltsjahr 2011 eingeführt wird und legt somit gem. § 129 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss 2011 nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgte auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt geltenden NGO.

Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darzustellen.

Der Jahresabschluss besteht gem. §100 Abs. 2 NGO aus

1. einer Ergebnisrechnung
2. einer Finanzrechnung
3. einer Bilanz sowie
4. einem Anhang

Dem Anhang sind gem. § 100 Abs. 3 NGO beizufügen:

1. Rechenschaftsbericht
2. Anlagenübersicht
3. Schuldenübersicht
4. Forderungsübersicht
5. Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

Die Gemeinde Rennau weist im Jahresabschluss 2011 einen Fehlbetrag in Höhe von 13.034,07 € aus. Hiervon entfallen 12.801,84 € auf das ordentliche und 232,23 € auf das außerordentliche Ergebnis.

Nach § 129 Abs. 1 Satz 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Eine fristgerechte Aufstellung war bereits im Hinblick auf die zeitliche Verzögerung bei der Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz nicht möglich, so dass der Gemeindedirektor gemäß § 100 Abs. 3 NGO (§ 129 Abs. 1 Satz 2 NKomVG) die Vollständigkeit und Richtigkeit des Abschlusses erst am 18.06.2018 endgültig feststellen konnte.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Helmstedt hat den Jahresabschluss 2011 geprüft und seinen Schlussbericht vom 10.08.2018 vorgelegt. Feststellungen, die einer Entlastung des Gemeindedirektors entgegenstehen, haben sich nicht ergeben.

Im Prüfbericht des RPA wurde das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau wie folgt zusammengefasst:

„Der Jahresabschluss zum 31.12.2011, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung der Gemeinde Rennau entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Haushaltsführung erfolgte grundsätzlich ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Gemeinde Rennau wird wirtschaftlich geführt.“

Anlagen:

- Jahresabschluss 2011
- Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau
- Stellungnahme zum Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau

Elektronische Version, im Original unterzeichnet.

Jahresabschluss der Gemeinde Rennau

zum 31.12.2011



Die amtliche Einwohnerzahl der Gemeinde Rennau betrug lt. LSKN Tabelle A100001G:

nach dem Stand vom	31.12.2001	722
nach dem Stand vom	31.12.2002	735
nach dem Stand vom	31.12.2003	733
nach dem Stand vom	31.12.2004	736
nach dem Stand vom	31.12.2005	723
nach dem Stand vom	31.12.2006	729
nach dem Stand vom	31.12.2007	711
nach dem Stand vom	31.12.2008	712
nach dem Stand vom	31.12.2009	712
nach dem Stand vom	31.12.2010	724
nach dem Stand vom	31.12.2011	684

Inhalt

1	Allgemeines.....	1
2	Ergebnisrechnung	3
2.1	Gesamtergebnisrechnung	3
2.2	Teilergebnisrechnung Teilhaushalt 1.1.....	4
2.3	Teilergebnisrechnung Teilhaushalt 2.1.....	5
2.4	Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 2.2.....	6
2.5	Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3.1.....	7
2.6	Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3.2.....	8
3	Finanzrechnung.....	9
3.1	Gesamtfinanzrechnung	9
3.2	Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 1.1.....	11
3.3	Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 2.1.....	12
3.4	Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 2.2.....	13
3.5	Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 3.1.....	14
3.6	Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 3.2.....	15
4	Schlussbilanz zum 31.12.2011	16
5	Anhang zum Jahresabschluss 2011	21
5.1	Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung in der Bilanz.....	21
5.2	AKTIVA	26
5.2.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	26
5.2.2	Sachvermögen.....	29
5.2.3	Finanzvermögen	37
5.2.4	liquide Mittel	41
5.2.5	aktive Rechnungsabgrenzung.....	42
5.3	Passiva	43
5.3.1	Nettoposition.....	43
5.3.2	Schulden.....	53
5.3.3	Rückstellungen.....	61
5.3.4	Passive Rechnungsabgrenzung.....	64

6	Fazit Bilanz.....	66
7	Nicht bilanzierte Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse.....	67
8	Übersicht der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen 2011	67
8.1	Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 2.1.....	68
8.2	Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 2.2.....	72
8.3	Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 3.2.....	73
9	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen	75
10	Rechenschaftsbericht	76
10.1	Gesamtergebnishaushalt.....	76
10.1.1	Erträge	77
10.1.2	Aufwendungen	80
10.2	Gesamtfinanzhaushalt.....	86
10.2.1	Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit.....	86
10.2.2	Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit.....	87
10.2.3	Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	88
11	Anlagen zum Rechenschaftsbericht 2011	91
11.1	Anlagenspiegel gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO.....	91
11.2	Forderungsübersicht gem. §56 Abs. 2 GemHKVO	92
2.	Forderungen aus Transferleistungen.....	92
11.3	Schuldenübersicht gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO.....	92
	Art der Schulden ¹⁾	92
11.4	Rückstellungsübersicht gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO	93
11.5	Produktübersicht nach der Organisationsstruktur der Gemeinde Rennau 2011	94
12	Vollständigkeitserklärung	95
13	Bilanzkennzahlen.....	96
14	Anlage zum Rechenschaftsbericht: Übersicht über die einzelnen Produktergebnisse...	100

1 Allgemeines

Zum 01.01.2006 wurden in Niedersachsen durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (GemHausRNeuOG ND2005) die neue Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die neue Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) erlassen.

In der Gemeinde Rennau wurde die kamerale Haushaltsführung bis zum 31.12.2010 aufrechterhalten und mit dem 01.01.2011 durch die kommunale Doppik (NKR) ersetzt.

Die Gemeinde Rennau ist eine Mitgliedsgemeinde der Samtgemeinde Grasleben.

Nach § 101 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) – neu § 129 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) – ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Aufgrund der Umstellung auf die Doppik zum 01.01.2011 war die fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses nicht möglich. Die erste Eröffnungsbilanz der Gemeinde Rennau zum 01.01.2011 hat der Rat in seiner Sitzung am 21.09.2016 (Vorlage V064_16) beschlossen. Im Juli 2017 erfolgte die öffentliche Bekanntmachung. Bis März 2017 wurden die bis dahin noch fehlenden ersten Eröffnungsbilanzen erstellt, so dass erst im Anschluss daran mit den Jahresabschlussarbeiten 2011 begonnen werden konnte.

Die gesetzliche Grundlage zur Erstellung des Jahresabschlusses ist § 100 NGO – neu § 128 NKomVG. Konkretisiert werden die Regelungen des NKomVG durch die §§ 48 – 58 der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO).

Die Darstellung des Jahresabschlusses richtet sich nach den durch das Ministerium für Inneres und Sport veröffentlichten verbindlichen Mustern.

Der Jahresabschluss besteht aus folgenden Bestandteilen:

1. Ergebnisrechnung
2. Finanzrechnung
3. Bilanz
4. Anhang

Der Anhang zum Jahresabschluss setzt sich wie folgt zusammen:

1. Rechenschaftsbericht:

Der Rechenschaftsbericht bildet gemäß § 57 GemHKVO den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde ab.

2. Anlagenübersicht:

Die Anlagenübersicht stellt eine detaillierte Form der Darstellung der Entwicklung der einzelnen Posten der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens dar. Die Anlagenübersicht wird nach dem verbindlichen Muster 16 zur GemHKVO aufgestellt.

3. Schuldenübersicht:

Die Schuldenübersicht bildet die Restlaufzeit der einzelnen Verbindlichkeiten der Gemeinde Rennau ab und dient der Planung und Beurteilung der Liquidität der Gemeinde Rennau. Die Werte der Schuldenübersicht decken sich mit den Verbindlichkeiten der Bilanz zum 31.12.2011. Die Schuldenübersicht wird nach dem verbindlichen Muster 17 der GemHKVO aufgestellt.

4. Forderungsübersicht:

Die Forderungsübersicht ermöglicht eine Beurteilung der Liquidität der Gemeinde Rennau in Bezug auf die Liquidierung von Forderungen anhand der aufgezeigten Restlaufzeiten der Forderungen. Die Aufstellung der Forderungsübersicht erfolgt nach der Gliederung der Bilanz und folgt dem verbindlichen Muster 18 der GemHKVO.

5. Übersicht der zu übertragenden Haushaltsermächtigungen in das Folgejahr gem. § 99 NGO – neu § 127 NKomVG:

Die Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen gibt Auskunft darüber, in welcher Höhe nicht in Anspruch genommene Haushaltsermächtigungen in das folgende Haushaltsjahr 2012 übertragen wurden.

6. Rückstellungsübersicht

Der Anhang zum Jahresabschluss gibt Auskunft über die Bewertungsmethoden, Abweichungen in Bezug auf die bilanziellen Abschreibungen sowie Besonderheiten in Bezug auf Bilanzierungsgebote und –verbote. Darüber hinaus enthält der Anhang zum Jahresabschluss Erläuterungen zur Finanz- und Ergebnisrechnung sowie zu den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen.

2 Ergebnisrechnung

2.1 Gesamtergebnisrechnung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		326.984,23	285.200,00	41.784,23
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		84.456,00	62.900,00	21.556,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		16.655,43	35.300,00	-18.644,57
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		5.093,50	6.600,00	-1.506,50
06	privatrechtliche Entgelte		10.724,69	9.600,00	1.124,69
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		1.181,51	700,00	481,51
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge		25.483,46	23.000,00	2.483,46
12	= Summe ordentliche Erträge		470.578,82	423.300,00	47.278,82
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		4.596,99	5.100,00	-503,01
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		77.106,93	94.100,00	-16.993,07
16	Abschreibungen		19.344,46	51.500,00	-32.155,54
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		25.047,05	31.100,00	-6.052,95
18	Transferaufwendungen		301.060,04	297.100,00	3.960,04
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		56.225,19	53.400,00	2.825,19
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		483.380,66	532.300,00	-48.919,34
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-12.801,84	-109.000,00	96.198,16
22	außerordentliche Erträge		2.634,39		2.634,39
23	außerordentliche Aufwendungen		2.866,62		2.866,62
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-232,23		-232,23
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-13.034,07	-109.000,00	95.965,93

2.2 Teilergebnisrechnung Teilhaushalt 1.1

Teilhaushalt 1.1: Haupt- u. Personalangelegenheiten, Wirtschaftsförderung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)				
03	Auflösungserträge aus Sonderposten				
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)				
06	privatrechtliche Entgelte				
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge				
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge				
12	= Summe ordentliche Erträge				
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal				
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		819,00	400,00	419,00
16	Abschreibungen				
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
18	Transferaufwendungen				
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		6.266,32	7.100,00	-833,68
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		7.085,32	7.500,00	-414,68
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-7.085,32	-7.500,00	414,68
22	außerordentliche Erträge				
23	außerordentliche Aufwendungen				
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)				
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-7.085,32	-7.500,00	414,68

2.3 Teilergebnisrechnung Teilhaushalt 2.1

Teilhaushalt 2.1: Schule, Kultur, Kindergärten und Sport

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)				
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		840,52	2.000,00	-1.159,48
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		3.962,50	5.600,00	-1.637,50
06	privatrechtliche Entgelte		754,31		754,31
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge				
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge				
12	= Summe ordentliche Erträge		5.557,33	7.600,00	-2.042,67
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		4.596,99	5.100,00	-503,01
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		11.281,01	14.400,00	-3.118,99
16	Abschreibungen		8.322,99	12.600,00	-4.277,01
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
18	Transferaufwendungen		409,04	500,00	-90,96
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		23.081,12	27.000,00	-3.918,88
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		47.691,15	59.600,00	-11.908,85
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-42.133,82	-52.000,00	9.866,18
22	außerordentliche Erträge		1.609,51		1.609,51
23	außerordentliche Aufwendungen		597,95		597,95
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		1.011,56		1.011,56
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-41.122,26	-52.000,00	10.877,74

2.4 Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 2.2

Teilhaushalt 2.2: Finanzwirtschaft

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		326.984,23	285.200,00	41.784,23
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		84.456,00	62.900,00	21.556,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		7.301,28	7.000,00	301,28
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		51,00		51,00
06	privatrechtliche Entgelte		9.955,04	9.600,00	355,04
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		1.181,51	700,00	481,51
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge		25.483,46	23.000,00	2.483,46
12	= Summe ordentliche Erträge		455.412,52	388.400,00	67.012,52
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal				
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		43.227,08	55.400,00	-12.172,92
16	Abschreibungen		1.134,23	6.000,00	-4.865,77
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		25.047,05	31.100,00	-6.052,95
18	Transferaufwendungen		300.651,00	296.600,00	4.051,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		9.878,50	1.800,00	8.078,50
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		379.937,86	390.900,00	-10.962,14
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		75.474,66	-2.500,00	77.974,66
22	außerordentliche Erträge		782,09		782,09
23	außerordentliche Aufwendungen		3.134,41		3.134,41
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-2.352,32		-2.352,32
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		73.122,34	-2.500,00	75.622,34

2.5 Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3.1

Teilhaushalt 3.1: Sicherheit und Ordnung

Die Gemeinde Rennau besitzt keine Produkte in diesen Teilhaushalt.

2.6 Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3.2

Teilhaushalt 3.2: Bauverwaltung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)				
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		8.513,63	26.300,00	-17.786,37
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		1.080,00	1.000,00	80,00
06	privatrechtliche Entgelte		15,34		15,34
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge				
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge				
12	= Summe ordentliche Erträge		9.608,97	27.300,00	-17.691,03
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal				
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		21.779,84	23.900,00	-2.120,16
16	Abschreibungen		9.887,24	32.900,00	-23.012,76
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
18	Transferaufwendungen				
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		16.999,25	17.500,00	-500,75
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		48.666,33	74.300,00	-25.633,67
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-39.057,36	-47.000,00	7.942,64
22	außerordentliche Erträge		242,79		242,79
23	außerordentliche Aufwendungen		-865,74		-865,74
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		1.108,53		1.108,53
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-37.948,83	-47.000,00	9.051,17

3 Finanzrechnung

3.1 Gesamtfinanzzrechnung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		329.557,69	285.200,00	44.357,69
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		87.090,39	62.900,00	24.190,39
03	sonstige Transfereinzahlungen				
04	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Inv.-tätigkeit)		4.926,70	6.600,00	-1.673,30
05	privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)		10.431,61	9.600,00	831,61
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (außer für Investitionstätigkeit)				
07	Zinsen und ähnliche Einzahlungen		413,00	700,00	-287,00
08	Einz. a. d. Veräußerung geringwert. VermGG				
09	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		22.319,74	23.000,00	-680,26
10	= Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		454.739,13	388.000,00	66.739,13
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11	Auszahlungen für aktives Personal		4.596,99	5.100,00	-503,01
12	Auszahlungen für Versorgung				
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		74.918,03	94.100,00	-19.181,97
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen		24.624,02	31.100,00	-6.475,98
15	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)		302.228,04	297.100,00	5.128,04
16	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		49.465,64	53.400,00	-3.934,36
17	= Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		455.832,72	480.800,00	-24.967,28
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (10 abzgl. 17)		-1.093,59	-92.800,00	91.706,41
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigk.		16.950,15	6.300,00	10.650,15
21	Veräußerung von Sachvermögen				
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				
23	sonstige Investitionstätigkeit				
24	= Summe d. Einz. für Investitionstätigkeit		16.950,15	6.300,00	10.650,15
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
26	Baumaßnahmen		6.668,60	50.600,00	-43.931,40
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				
29	Aktivierbare Zuwendungen				
30	sonstige Investitionstätigkeit				
31	= Summe d. Ausz. für Investitionstätigkeit		6.668,60	50.600,00	-43.931,40
	Saldo aus Investitionstätigkeit				
32	(Summe Einz. abzgl. Summe Ausz. für Inv.-tät.)		10.281,55	-44.300,00	54.581,55
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen 18 und 32)		9.187,96	-137.100,00	146.287,96
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34	Einz.; Aufn. v. Kred. u. inneren Darl.			44.300,00	-44.300,00
35	Ausz.; Tilg. v. Kred. u. Rückz. v. inn. Darl.		-8.889,51	-8.900,00	10,49
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo 34 und 35)		-8.889,51	35.400,00	-44.289,51
37	Finanzmittelbestand (Saldo aus 33 und 36)		298,45	-101.700,00	101.998,45
38	haushaltsunwirksame Einzahlungen				
39	haushaltsunwirksame Auszahlungen				
40	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (38 und 39)				
	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln				
41	zu Beginn des Jahres		10.319,87		10.319,87
	= Endbestand an Zahlungsmitteln				
42	(Liq. M. am Ende des J.) (Summe aus 37,40 u. 41)		10.618,32	-101.700,00	112.318,32

Erläuterungen zu Nr. 41 „Anfangsbestand an Zahlungsmitteln“:

Gem.-Nr.	Buchungsdatum	Belegnr.	SK	Beschreibung	Beschreibung 2	Betrag
04	31.12.2010	LM ANPASSUNG	1700000	Liquide Mittel		-2.092,61
04	31.12.2010	LIQUIKREDIT EB 04	1700000	Liquikredit EB 04		452.815,63
04	U31.12.2010	FIN-NULL-EB-1	1700000	Finanzrechnungskonten Nullstellung		-442.906,08
Buchungen zur EB 31.12.2010						7.816,94
04	31.12.2011	JA-0000209	1700000	Liquide Mittel	Umbuchung liquide Mittel in Kassenkredit Gem. Rennau	2.502,93
						10.319,87

3.2 Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 1.1

Teilhaushalt 1.1: Haupt- u. Personalangelegenheiten, Wirtschaftsförderung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)				
03	sonstige Transfereinzahlungen				
04	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Inv.-tätigkeit)				
05	privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)				
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (außer für Investitionstätigkeit)				
07	Zinsen und ähnliche Einzahlungen				
08	Einz. a. d. Veräußerung geringwert. VermGG				
09	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen				
10	= Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit				
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11	Auszahlungen für aktives Personal				
12	Auszahlungen für Versorgung				
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		819,00	400,00	419,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen				
15	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)				
16	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		6.251,32	7.100,00	-848,68
17	= Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		7.070,32	7.500,00	-429,68
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (10 abzgl. 17)		-7.070,32	-7.500,00	429,68
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigk.				
21	Veräußerung von Sachvermögen				
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				
23	sonstige Investitionstätigkeit				
24	= Summe d. Einz. für Investitionstätigkeit				
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
26	Baumaßnahmen				
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				
29	Aktivierbare Zuwendungen				
30	sonstige Investitionstätigkeit				
31	= Summe d. Ausz. für Investitionstätigkeit				
	Saldo aus Investitionstätigkeit				
32	(Summe Einz. abz. Summe Ausz. für Inv.-tät.)				
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen 18 und 32)		-7.070,32	-7.500,00	429,68
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34	Einz.; Aufn. v. Kred. u. inneren Darl.				
35	Ausz.; Tilg. v. Kred. u. Rückz. v. inn. Darl.				
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo 34 und 35)				
37	Finanzmittelbestand (Saldo aus 33 und 36)		-7.070,32	-7.500,00	429,68
38	haushaltsunwirksame Einzahlungen				
39	haushaltsunwirksame Auszahlungen				
40	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (38 und 39)				
41	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres				
	= Endbestand an Zahlungsmitteln				
42	(Liq. M. am Ende des J.) (Summe aus 37,40 u. 41)		-7.070,32	-7.500,00	429,68

3.3 Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 2.1

Teilhaushalt 2.1: Schule, Kultur, Kindergärten und Sport

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		1.609,51		1.609,51
03	sonstige Transfereinzahlungen				
04	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Inv.-tätigkeit)		4.080,50	5.600,00	-1.519,50
05	privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)				
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (außer für Investitionstätigkeit)				
07	Zinsen und ähnliche Einzahlungen				
08	Einz. a. d. Veräußerung geringwert. VermGG				
09	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen				
10	= Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		5.690,01	5.600,00	90,01
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11	Auszahlungen für aktives Personal		4.596,99	5.100,00	-503,01
12	Auszahlungen für Versorgung				
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		11.366,06	14.400,00	-3.033,94
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen				
15	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)		409,04	500,00	-90,96
16	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		23.679,07	27.000,00	-3.320,93
17	= Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		40.051,16	47.000,00	-6.948,84
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (10 abzgl. 17)		-34.361,15	-41.400,00	7.038,85
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigk.				
21	Veräußerung von Sachvermögen				
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				
23	sonstige Investitionstätigkeit				
24	= Summe d. Einz. für Investitionstätigkeit				
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
26	Baumaßnahmen				
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				
29	Aktivierbare Zuwendungen				
30	sonstige Investitionstätigkeit				
31	= Summe d. Ausz. für Investitionstätigkeit				
	Saldo aus Investitionstätigkeit				
32	(Summe Einz. abz. Summe Ausz. für Inv.-tät.)				
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen 18 und 32)		-34.361,15	-41.400,00	7.038,85
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34	Einz.; Aufn. v. Kred. u. inneren Darl.				
35	Ausz.; Tilg. v. Kred. u. Rückz. v. inn. Darl.				
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo 34 und 35)				
37	Finanzmittelbestand (Saldo aus 33 und 36)		-34.361,15	-41.400,00	7.038,85
38	haushaltsunwirksame Einzahlungen				
39	haushaltsunwirksame Auszahlungen				
40	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (38 und 39)				
41	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres				
	= Endbestand an Zahlungsmitteln				
42	(Liq. M. am Ende des J.) (Summe aus 37,40 u. 41)		-34.361,15	-41.400,00	7.038,85

3.4 Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 2.2

Teilhaushalt 2.2: Finanzwirtschaft

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		329.557,69	285.200,00	44.357,69
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		85.238,09	62.900,00	22.338,09
03	sonstige Transfereinzahlungen				
04	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Inv.-tätigkeit)		30,00		30,00
05	privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)		10.416,27	9.600,00	816,27
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (außer für Investitionstätigkeit)				
07	Zinsen und ähnliche Einzahlungen		413,00	700,00	-287,00
08	Einz. a. d. Veräußerung geringwert. VermGG				
09	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen		25.420,99	23.000,00	2.420,99
10	= Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		451.076,04	381.400,00	69.676,04
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11	Auszahlungen für aktives Personal				
12	Auszahlungen für Versorgung				
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		44.079,59	55.400,00	-11.320,41
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen		24.624,02	31.100,00	-6.475,98
15	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)		301.819,00	296.600,00	5.219,00
16	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		3.412,91	1.800,00	1.612,91
17	= Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		373.935,52	384.900,00	-10.964,48
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (10 abzgl. 17)		77.140,52	-3.500,00	80.640,52
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigk.				
21	Veräußerung von Sachvermögen				
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				
23	sonstige Investitionstätigkeit				
24	= Summe d. Einz. für Investitionstätigkeit				
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
26	Baumaßnahmen				
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				
29	Aktivierbare Zuwendungen				
30	sonstige Investitionstätigkeit				
31	= Summe d. Ausz. für Investitionstätigkeit				
	Saldo aus Investitionstätigkeit				
32	(Summe Einz. abz. Summe Ausz. für Inv.-tät.)				
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen 18 und 32)		77.140,52	-3.500,00	80.640,52
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34	Einz.; Aufn. v. Kred. u. inneren Darl.			44.300,00	-44.300,00
35	Ausz.; Tilg. v. Kred. u. Rückz. v. inn. Darl.		-8.889,51	-8.900,00	10,49
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo 34 und 35)		-8.889,51	35.400,00	-44.289,51
37	Finanzmittelbestand (Saldo aus 33 und 36)		68.251,01	31.900,00	36.351,01
38	haushaltsunwirksame Einzahlungen				
39	haushaltsunwirksame Auszahlungen				
40	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (38 und 39)				
41	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres				
	= Endbestand an Zahlungsmitteln				
42	(Liq. M. am Ende des J.) (Summe aus 37,40 u. 41)		68.251,01	31.900,00	36.351,01

3.5 Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 3.1

Teilhaushalt 3.1: Sicherheit und Ordnung

Die Gemeinde Rennau besitzt keine Produkte in diesem Teilhaushalt.

3.6 Teilfinanzrechnung Teilhaushalt 3.2

Teilhaushalt 3.2: Bauverwaltung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze lt. HH-Plan	mehr (+) / weniger (-)
	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01	Steuern und ähnliche Abgaben				
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		242,79		242,79
03	sonstige Transfereinzahlungen				
04	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge u.ä. Entgelte für Inv.-tätigkeit)				
05	privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)				
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (außer für Investitionstätigkeit)				
07	Zinsen und ähnliche Einzahlungen				
08	Einz. a. d. Veräußerung geringwert. VermGG				
09	sonstige haushaltswirksame Einzahlungen				
10	= Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		242,79		242,79
	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11	Auszahlungen für aktives Personal				
12	Auszahlungen für Versorgung				
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		14.141,79	18.500,00	-4.358,21
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen				
15	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)				
16	sonstige haushaltswirksame Auszahlungen		11.843,82	12.900,00	-1.056,18
17	= Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit		25.985,61	31.400,00	-5.414,39
18	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (10 abzgl. 17)		-25.742,82	-31.400,00	5.657,18
	Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit				
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigk.				
21	Veräußerung von Sachvermögen				
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen				
23	sonstige Investitionstätigkeit				
24	= Summe d. Einz. für Investitionstätigkeit				
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden				
26	Baumaßnahmen			42.000,00	-42.000,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen				
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen				
29	Aktivierbare Zuwendungen				
30	sonstige Investitionstätigkeit				
31	= Summe d. Ausz. für Investitionstätigkeit			42.000,00	-42.000,00
32	Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einz. abz. Summe Ausz. für Inv.-tät.)			-42.000,00	42.000,00
33	Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen 18 und 32)		-25.742,82	-73.400,00	47.657,18
	Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34	Einz.; Aufn. v. Kred. u. inneren Darl.				
35	Ausz.; Tilg. v. Kred. u. Rückz. v. inn. Darl.				
36	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo 34 und 35)				
37	Finanzmittelbestand (Saldo aus 33 und 36)		-25.742,82	-73.400,00	47.657,18
38	haushaltsunwirksame Einzahlungen				
39	haushaltsunwirksame Auszahlungen				
40	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (38 und 39)				
41	+/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres				
42	= Endbestand an Zahlungsmitteln (Liq. M. am Ende des J.) (Summe aus 37,40 u. 41)		-25.742,82	-73.400,00	47.657,18

4 Schlussbilanz zum 31.12.2011

Aktiva			
		Vorjahr	Haushaltsjahr
		31.12.2010	31.12.2011
A1.	Immaterielles Vermögen		
A1.1	Konzessionen		
A1.2	Lizenzen		
A1.3	Ähnliche Rechte		
A1.4	Geleistete Investitionszuw. u.-zuschüsse		
A1.5	Aktivierter Umstellungsaufwand		
A1.6	Sonstiges immaterielles Vermögen		
A2.	Sachvermögen	1.876.927,82 €	1.864.269,28 €
A2.1	Unbebaute Grundstücke u.ä.	48.531,43 €	48.531,43 €
A2.2	Bebaute Grundstücke u.ä.	799.049,23 €	789.609,33 €
A2.3	Infrastrukturvermögen	585.862,39 €	746.167,94 €
A2.4	Bauten auf fremden Grundstücken		
A2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		
A2.6	Maschinen und techn.Anlagen; Fahrzeuge		
A2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung		
A2.8	Vorräte		
A2.9	Geleistete Anz., Anlagen im Bau	443.484,77 €	279.960,58 €
A3.	Finanzvermögen	8.811,83 €	10.330,21 €
A3.1	Anteile an verb. Unternehmen		
A3.2	Beteiligungen	2.880,00 €	2.880,00 €
A3.3	Sondervermögen mit Sonderrechnung		
A3.4	Ausleihungen		
A3.5	Wertpapiere		
A3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	5.813,83 €	5.152,11 €
A3.7	Forderungen aus Transferleistungen		
A3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen	118,00 €	2.298,10 €
A3.9	sonstige Vermögensgegenstände		
A4.	Liquide Mittel	7.816,94 €	10.618,32 €
A5.	Aktive Rechnungsabgrenzung		
A	Bilanzsumme Aktiva	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €

Passiva			
		Vorjahr	Haushaltsjahr
		31.12.2010	31.12.2011
P1.	Nettoposition	984.200,62 €	969.338,82 €
P1.1	Basis-Reinvermögen	262.865,94 €	262.865,94 €
P1.1.1	Reinvermögen	703.197,90 €	703.197,90 €
P1.1.2	Sollfehlbetrag kameraler Abschluss	- 440.331,96 €	- 440.331,96 €
P1.3	Jahresergebnis		- 13.034,07 €
P1.3.2	Jahresüberschüsse/-fehlbeträge mit Angabe d. Betr.		- 13.034,07 €
	d. Vorbelast. aus HH-Rest. f. Aufwendungen		
P1.4	Sonderposten	721.334,68 €	719.506,95 €
P1.4.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	217.715,36 €	207.823,13 €
P1.4.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	127.702,31 €	297.795,21 €
P1.4.5	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	375.917,01 €	213.888,61 €
P2.	Schulden	909.355,97 €	905.224,99 €
P2.1	Geldschulden	904.470,30 €	898.083,72 €
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Inv.	451.654,67 €	442.765,16 €
P2.1.3	Liquiditätskredite	452.815,63 €	455.318,56 €
P2.3	Verbindlichkeiten aus L.u.L.		1.470,10 €
P2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	4.885,67 €	5.671,17 €
P2.5.4	Andere so. Verbindlichkeiten	4.885,67 €	5.671,17 €
P3.	Rückstellungen		9.600,00 €
P3.8	Andere Rückstellungen		9.600,00 €
P4.	Passive Rechnungsabgrenzung		1.054,00 €
P	Bilanzsumme Passiva	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €

Aktiva			
		Vorjahr	Haushaltsjahr
		31.12.2010	31.12.2011
A1.	Immaterielles Vermögen		
A1.1	Konzessionen		
A1.2	Lizenzen		
A1.3	Ähnliche Rechte		
A1.4	Geleistete Investitionszuw. u.-zuschüsse		
A1.5	Aktivierter Umstellungsaufwand		
A1.6	Sonstiges immaterielles Vermögen		
A2.	Sachvermögen	1.876.927,82 €	1.864.269,28 €
A2.1	Unbebaute Grundstücke u.ä.	48.531,43 €	48.531,43 €
A2.2	Bebaute Grundstücke u.ä.	799.049,23 €	789.609,33 €
A2.3	Infrastrukturvermögen	585.862,39 €	746.167,94 €
A2.4	Bauten auf fremden Grundstücken		
A2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		
A2.6	Maschinen und techn.Anlagen; Fahrzeuge		
A2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung		
A2.8	Vorräte		
A2.9	Geleistete Anz.,Anlagen im Bau	443.484,77 €	279.960,58 €
A3.	Finanzvermögen	8.811,83 €	10.330,21 €
A3.1	Anteile an verb.Unternehmen		
A3.2	Beteiligungen	2.880,00 €	2.880,00 €
A3.3	Sondervermögen mit Sonderrechnung		
A3.4	Ausleihungen		
A3.5	Wertpapiere		
A3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	5.813,83 €	5.152,11 €
A3.7	Forderungen aus Transferleistungen		
A3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen	118,00 €	2.298,10 €
A3.9	sonstige Vermögensgegenstände		
A4.	Liquide Mittel	7.816,94 €	10.618,32 €
A5.	Aktive Rechnungsabgrenzung		
A	Bilanzsumme Aktiva	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €

Passiva			
		Vorjahr	Haushaltsjahr
		31.12.2010	31.12.2011
P1.	Nettoposition	984.200,62 €	969.338,82 €
P1.1	Basis-Reinvermögen	262.865,94 €	262.865,94 €
P1.1.1	Reinvermögen	703.197,90 €	703.197,90 €
P1.1.2	Sollfehlbetrag kameraler Abschluss	- 440.331,96 €	- 440.331,96 €
P1.3	Jahresergebnis		- 13.034,07 €
P1.3.2	Jahresüberschüsse/-fehlbeträge mit Angabe d. Betr. d. Vorbelast. aus HH-Rest. f. Aufwendungen		- 13.034,07 €
P1.4	Sonderposten	721.334,68 €	719.506,95 €
P1.4.1	Investitionszuweisungen und -zuschüsse	217.715,36 €	207.823,13 €
P1.4.2	Beiträge und ähnliche Entgelte	127.702,31 €	297.795,21 €
P1.4.5	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	375.917,01 €	213.888,61 €
P2.	Schulden	909.355,97 €	905.224,99 €
P2.1	Geldschulden	904.470,30 €	898.083,72 €
P2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Inv.	451.654,67 €	442.765,16 €
P2.1.3	Liquiditätskredite	452.815,63 €	455.318,56 €
P2.3	Verbindlichkeiten aus L.u.L.		1.470,10 €
P2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	4.885,67 €	5.671,17 €
P2.5.4	Andere so. Verbindlichkeiten	4.885,67 €	5.671,17 €
P3.	Rückstellungen		9.600,00 €
P3.8	Andere Rückstellungen		9.600,00 €
P4.	Passive Rechnungsabgrenzung		1.054,00 €
P	Bilanzsumme Passiva	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €

Unter der Bilanz auszuweisen:

Vorbelastungen künftiger Jahre (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)

Unter der Bilanz werden jene Belastungen ausgewiesen, die nicht auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden, jedoch eine wirtschaftliche Belastung in künftigen Jahren ausmachen können.

Bei der Gemeinde Rennau bestehen folgende Vorbelastungen:

Übertragende Haushaltsreste in das Jahr 2012

Im neuen kommunalen Rechnungswesen können Haushaltsmittel in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Dadurch können nicht genutzte Haushaltsermächtigungen im folgenden Haushaltsjahr verwendet werden.

HHR Ergebnishaushalt:	0,00 €
HER Investitionen:	43.500,00 €
HAR Investitionen:	-42.000,00 €

Bürgschaften	0,00 €
---------------------	---------------

Durch eine Bürgschaft verpflichtet sich die Gemeinde Rennau (als Bürge) gegenüber einem Gläubiger für die Erfüllung einer Verbindlichkeit des Hauptschuldners einzustehen. Zum Stichtag 31.12.2011 bestehen bei der Gemeinde Rennau keine Bürgschaften.

Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €
---	---------------

Zum Stichtag 31.12.2011 bestehen keine Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Über das Jahr hinaus gestundete Beträge

0,00 €

Unter einer Stundung wird das Hinausschieben der Fälligkeit eines Anspruches verstanden. Bei der Gemeinde Rennau belaufen sich die gestundeten Ansprüche auf einen Betrag in Höhe von 0,00 €.

5 Anhang zum Jahresabschluss 2011

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 wurde das Rechnungswesen der Gemeinde Rennau auf die kommunale Doppik (Doppelte Buchführung in Konten) nach den Bestimmungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) – neu: Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) – und der dazugehörigen Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) umgestellt.

Zum Stichtag 01.01.2011 wurde gemäß § 60 GemHKVO eine erste Eröffnungsbilanz erstellt, die in der Sitzung des Rates der Gemeinde Rennau am 21.09.2016 (Vorlage V064_16) beschlossen wurde.

Für die erste Eröffnungsbilanz und den daran zum Stichtag 31.12.2011 anschließenden Jahresabschluss ergeben sich aus den Bestimmungen des § 60 GemHKVO einige rechtliche Besonderheiten und Vereinfachungsmethoden, die im Folgenden unter den Grundsätzen zur Bilanzierung und Bewertung der Bilanz erläutert werden.

Die Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses wurde mithilfe der kommunalen Buchhaltungssoftware NewSystem in Form einer kommunalen doppelten Buchführung aufgestellt.

Der Inhalt des Anhanges zum Jahresabschluss ergibt sich aus § 55 GemHKVO. Zudem sind dem Anhang zum Jahresabschluss gemäß den Bestimmungen des § 100 Abs. 3 NGO – neu: § 128 Abs. 3 NKomVG – in Verbindung mit § 56 GemHKVO Anlagen beizufügen, die Informationen zur Ergänzung des Jahresabschlusses enthalten, die dem eigentlichen Jahresabschluss nicht entnommen werden können.

5.1 Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung in der Bilanz

Das Haushaltsjahr entspricht dem Zeitraum eines Kalenderjahres.

Da die Gemeinde Rennau als juristische Person des öffentlichen Rechts in der Regel nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, werden die im Jahresabschluss und der Bilanz ausgewiesenen Werte grundsätzlich einschließlich der Umsatzsteuer zu Bruttobeträgen ausgewiesen.

Die Spalte der Ergebnis- und Finanzrechnung des Gesamthaushaltes und der Teilhaushalte, in der das Ergebnis des Jahres 2010 abgebildet wird, ist jeweils mit einem Wert von 0,00 €

hinterlegt, da es sich beim Haushaltsjahr 2011 um das erste Jahr der Doppik bei der Gemeinde Rennau handelt.

Die Gliederung der Bilanz für das Jahr 2011 entspricht den Maßgaben des § 54 GemHKVO und den vom Ministerium für Inneres und Sport veröffentlichten Gliederungsvorgaben.

Bewertung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten

Die Bewertung aller Vermögensgegenstände erfolgt nach Maßgabe des § 96 Abs. 4 NGO – neu § 124 Abs. 4 NKomVG – grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um die Abschreibung.

Ausnahmen hiervon bilden Vermögensgegenstände, welche im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz nach Vereinfachungsvorschriften bewertet wurden:

- a) Vermögensgegenstände, für die ein Festwert nach § 46 Abs. 1 GemHKVO gebildet wurde,
- b) Grundstücke, die mit einem Zeitwert gem. § 46 Abs. 1 GemHKVO angesetzt wurden,
- c) Vermögensgegenstände, die mit einem auf den Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt rückindizierten Zeitwert gemäß § 124 Abs. 4 Satz 3 NKomVG angesetzt wurden.

Abschreibungen

Gemäß den Bestimmungen des § 47 GemHKVO werden Vermögensgegenstände des immateriellen Vermögens und des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear gemäß § 47 Abs. 1 S. 3 GemHKVO. Die Festlegung der Nutzungsdauern bzw. Restnutzungsdauern erfolgt nach § 47 Abs. 3 GemHKVO gemäß der vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport vorgeschriebenen Abschreibungstabelle.

In begründeten Fällen wurde von der Möglichkeit der Abweichung von der vorgeschriebenen Abschreibungstabelle gemäß § 47 Abs. 3 S. 2 GemHKVO Gebrauch gemacht.

Über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehend werden außerplanmäßige Abschreibungen für außergewöhnliche Wertminderungen von Vermögensgegenständen in der Bilanz der Gemeinde Rennau berücksichtigt. Außerplanmäßige Abschreibungen sind insbesondere dann zu bilden, wenn es zu Abgängen oder Teilabgängen vor Ablauf der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen kommt.

Grundsatz der Vollständigkeit

Gemäß § 42 Abs. 1 GemHKVO sind in der Bilanz das Vermögen, die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig auszuweisen. Maßgeblich für die Bilanzierung ist, dass der Gemeinde das wirtschaftliche Eigentum zuzurechnen ist.

Wirtschaftliches Eigentum

Ein Vermögensgegenstand ist nach § 37 Abs. 1 GemHKVO bei der Inventur zu erfassen und zu bewerten, wenn die Kommune wirtschaftlicher Eigentümer (sinngemäß Anwendung § 39 Abgabenordnung) ist. Wirtschaftliches Eigentum liegt vor, wenn eine eigentumsähnliche wirtschaftliche Sachherrschaft über einen Vermögensgegenstand besteht, wodurch ermöglicht wird, Dritte auf Dauer von der Nutzung auszuschließen. In der Regel fallen rechtliches und wirtschaftliches Eigentum zusammen.

Grundsatz der Stichtagsbezogenheit

Der Jahresabschluss ist zum Stichtag des 31.12. eines Jahres aufzustellen.

Grundsatz des Saldierungsverbots

Die einzelnen Posten der Aktivseite dürfen nicht mit den Posten der Passivseite verrechnet werden (§ 42 Abs. 2 GemHKVO).

Grundsatz der Bilanzidentität

Nach § 44 Abs. 2 GemHKVO müssen die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Haushaltsjahres mit der Schlussbilanz des Vorjahres übereinstimmen.

Grundsatz der Einzelbewertung

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind nach § 44 Abs. 3 GemHKVO zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten. Ausnahmen vom Grundsatz der Einzelbewertungen ergeben sich aus zulässigen Vereinfachungsverfahren nach § 46 GemHKVO.

Grundsatz der Fortführung der Tätigkeit

Dieser Grundsatz ergibt sich aus analoger Anwendung des § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB, wonach die Verpflichtung zur Fortführung der Bewertung besteht.

Grundsatz der Bewertungsstetigkeit

Gem. § 44 Abs. 5 GemHKVO sollen die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden beibehalten werden. Ein späterer Wechsel der festgelegten Methoden ist ohne besonderen Grund nicht zulässig und im Anhang zu erläutern.

Grundsatz der Vorsicht

§ 44 Abs. 4 GemHKVO schreibt vor, dass die Vermögensgegenstände und Schulden vorsichtig zu bewerten sind. Das Vermögen ist eher zu niedrig und die Schulden sind eher zu hoch zu bewerten.

Grundsatz der Darstellungsstetigkeit

Durch die verbindliche Vorgabe in § 54 GemHKVO zum Aufbau der Bilanz mit den einzelnen Bilanzpositionen ist die stets gleich Darstellung gesichert.

Enthaltene Zinsen für Fremdkapital in den Herstellungswerten von Vermögensgegenständen

Nach den Bestimmungen des § 55 Abs. 2 Nr. 4 GemHKVO sind, soweit Zinsen für aufgenommenes Fremdkapital in den Herstellungswerten von Vermögensgegenständen in der Bilanz der Gemeinde Rennau enthalten sind, diese zu erläutern. Im Jahr 2011 sind keine Zinsen für Fremdkapital in den Herstellungswerten enthalten.

Nicht abgedeckte Fehlbeträge

Der Jahresabschluss 2011 weist einen Fehlbetrag in Höhe von -13.034,07 € aus.

Ausübung der Grundsätze der Bewertungs- und Vereinfachungsmethoden in der Schlussbilanz

Im Zuge der Erläuterungen zur Ausübung der Grundsätze der Bewertungs- und Vereinfachungsmethoden wird insbesondere auf Bilanzierungsverbote und –gebote eingegangen.

Von dem Wahlrecht nach § 45 Abs. 5 GemHKVO, eine Vermögenstrennung für die Bilanz und den Jahresabschluss anzuwenden, macht die Gemeinde Rennau keinen Gebrauch.

Änderungen in Bezug auf die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in der ersten Eröffnungsbilanz der Gemeinde Rennau zum 01.01.2011 wurden zum Jahresabschluss 2011 nicht vorgenommen.

5.2 AKTIVA

Die Aktivseite (Vermögensseite) der Bilanz gibt Auskunft über die Verwendung des Kapitals. Auf der Aktivseite der Bilanz (=Vermögensrechnung) ist das Vermögen getrennt nach dem immateriellem Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln nachzuweisen.¹

5.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Zum Anlagevermögen einer Kommune gehören neben den Sachanlagen und Finanzanlagen die Immateriellen Vermögensgegenstände. Immaterielles Vermögen ist nicht körperlich fassbar. Für immaterielle Vermögensgegenstände, die nicht entgeltlich erworben wurden, darf (analog dem privatwirtschaftlichen Bereich, vgl. § 248 Abs. 2 HGB) kein Aktivposten angesetzt werden.

5.2.1.1 Konzessionen

Eine Konzession ist eine Form der Genehmigung oder Erlaubnis einer öffentlichen Behörde zur Erbringung von Leistungen. Darin eingeschlossen ist deren Nutzung unter Einbeziehung des Nutzungsrisikos.²

Im Rahmen der Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände, wurden keinerlei entgeltlich erworbene Konzessionen vorgefunden.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 befanden sich folglich keinerlei entgeltlich erworbene Konzessionen im Bilanzeigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.1.2 Lizenzen

Eine Lizenz ist die Erlaubnis eines Dritten, Nutzungsrechte eines Inhabers von Patenten, Gebrauchsmustern, Marken oder Urheberrechten gewerblich zu verwerten. Durch einen Lizenzvertrag kann der Inhaber eines Schutzrechtes einem Dritten die Benutzungsrechte an diesen Rechten einräumen. Zu aktivieren sind lediglich Lizenzen, die gegen ein einmaliges Entgelt erworben wurden.

Lizenzen liegen bei der Gemeinde Rennau nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht vor.

¹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 1 und 2 NGO

² Vgl. Lasar, Kommunales Rechnungswesen in Niedersachsen, Band 2, S. 201

In den Jahresabschluss fließen Lizenzen in Höhe von **0,00 €** ein.

5.2.1.3 Ähnliche Rechte

Ähnliche Rechte sind Rechte, die keine Konzessionen und keine Lizenzen darstellen.

Ähnliche Rechte sind grundsätzlich einzeln³ und grundsätzlich vollständig⁴ zu bewerten. Sie sind mit ihrem Anschaffungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen.⁵

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um ähnliche Rechte zu erwerben.⁶ Die ähnlichen Rechte unterliegen einer planmäßigen Abschreibung, soweit deren Nutzung zeitlich begrenzt ist.

Ein Bilanzierungsverbot besteht für ähnliche Rechte, die unentgeltlich erworben wurden.⁷

Im Rahmen der Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände, wurden keinerlei ähnliche Rechte vorgefunden.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 befanden sich folglich keinerlei ähnliche Rechte im Bilanz Eigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Bei den geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich um Zuwendungen der Gemeinde Rennau an Dritte, für Investitionen ohne Rückzahlungsverpflichtung.

Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert und planmäßig abgeschrieben.⁸ Geleistete Investitionszuweisungen sind dabei grundsätzlich einzeln⁹ und grundsätzlich vollständig¹⁰ zu bewerten.

3 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

4 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

5 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

6 Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

7 Vgl. § 42 Abs. 3 GemHKVO

8 Vgl. § 42 Abs. 4 GemHKVO

9 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

Wurden in der Vergangenheit (vor dem 01.01.2011) Investitionszuweisungen geleistet, konnte im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz auf eine Aktivierung verzichtet werden (Wahlrecht).¹¹ Dementsprechend besteht für Investitionszuweisungen, die nach dem Stichtag 01.01.2011 geleistet wurden ein Bilanzierungszwang.

Insgesamt belaufen sich die geleisteten Investitionszuweisungen und –zuschüsse zum Bilanzstichtag 31.12.2011 auf **0,00 €**.

5.2.1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand

Bei dem aktiviertem Umstellungsaufwand handelt es sich um Ausgaben des kameralen Verwaltungshaushaltes für die Umstellung des doppelischen Haushalts- und Rechnungswesens, die bis zum Ende des letzten Haushaltsjahres, das noch nach den bisherigen Vorschriften geführt wurde, anfielen. Der Umstellungsaufwand ist grundsätzlich einzeln¹² und grundsätzlich vollständig¹³ zu bewerten.

Das Wahlrecht in der ersten Eröffnungsbilanz hinsichtlich der Aktivierung des Umstellungsaufwands wurde insofern ausgeübt, dass eine Aktivierung in der Eröffnungsbilanz nicht erfolgt ist. Dementsprechend beläuft sich der aktivierte Umstellungsaufwand auf **0,00 €**.

5.2.1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen

Der Posten „sonstiges immaterielles Vermögen“ beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände, die nicht den vorhergehenden Bilanzpositionen zugeordnet werden können, insbesondere die Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände.

Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände sind grundsätzlich einzeln¹⁴ und grundsätzlich vollständig¹⁵ zu bewerten. Sie sind mit ihrem Anschaffungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen.¹⁶

10 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

11 Vgl. § 60 Abs. 5 GemHKVO, AG „Umsetzung Doppik“ S. 4

12 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

13 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

14 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

15 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

16 Vgl. nach § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um sonstiges immaterielles Vermögen zu erwerben.¹⁷ Die sonstigen immateriellen Rechte unterliegen einer planmäßigen Abschreibung, soweit deren Nutzung zeitlich begrenzt ist.

Es besteht für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände, die unentgeltlich erworben wurden ein Bilanzierungsverbot.¹⁸

Im Rahmen der Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände, wurde keinerlei sonstiges immaterielles Vermögen vorgefunden.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 befand sich folglich keinerlei sonstiges immaterielles Vermögen im Bilanz Eigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.2 Sachvermögen

Die Sachanlagen sind Bestandteil des Anlagevermögens. Sie lassen sich grundsätzlich in bewegliches und unbewegliches Sachanlagevermögen unterscheiden.

Auf die Erfassung von Vermögensgegenständen unter 5.000,00 € konnte, wie bereits aufgeführt, verzichtet werden. Vermögensgegenstände mit einem Wert über 5.000,00 € wurden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswerten aktiviert. Die Bestände werden seit dem 01.01.2011 in der Anlagenbuchhaltung fortgeschrieben.

Auf die Erfassung von abgeschriebenen beweglichen Vermögensgegenständen wurde verzichtet.¹⁹

Die Bewertung der Grundstücke erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungswerten Für die Grundstücke, die vor dem Jahr 2000 angeschafft wurden, wird die Bewertung anhand eines Zeitwertes in Anspruch genommen. Der Zeitwert orientiert sich an dem Bodenrichtwert (BRW) des Jahres 2000. Dieses gilt für Grundstücke, bei den Anschaffungs- und Herstellungswerte nicht ermittelbar waren entsprechend.

Das Sachvermögen wird in der Bilanz mit **1.864.269,28 €** ausgewiesen. Das Sachvermögen ist grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungswerten, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen.

¹⁷ vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

¹⁸ Vgl. § 42 Abs. 3 GemHKVO

¹⁹ Vgl. § 60 Abs. 3 GemHKVO

5.2.2.1 unbebaute Grundstücke

Unbebaute Grundstücke sind unbebaute Bodenflächen, einschließlich zugehöriger Oberflächengewässer, die sich im Eigentum der Gemeinde Rennau befinden. Dazu gehören auch Bodenverbesserungen, die physisch nicht von dem Grund und Boden getrennt werden können. Nicht dazu gehören auf dem Boden befindliche Gebäude und andere Bauwerke bzw. Anbaukulturen, Baum- und Viehbestände, die zu den produzierten Vermögensgütern gehören. Auch Bodenschätze, nicht kultivierte biologische Ressourcen sowie unterirdische Wasservorkommen zählen nicht dazu. Der Grund und Boden umfasst Grünflächen, Ackerland, Wald und Forsten sowie sonstige unbebaute Grundstücke.

Grünflächen:

Erholungsflächen: In kommunalem Besitz befindlicher Grund und Boden, der als Parkanlagen oder als sonstige Freizeit- und Erholungsflächen genutzt wird, einschließlich der zugehörigen Oberflächengewässer.

Ackerland:

Grund und Boden, der landwirtschaftlich oder gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird. Eingeschlossen ist der Grund und Boden, auf dem sich Obst- und Rebanlagen oder sonstige Pflanzungen befinden.

Wald, Forsten:

Grund und Boden, der forstwirtschaftlich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.

Sonstige unbebaute Grundstücke:

Sonstige Flächen: Anderweitig nicht genannter Grund und Boden. Hierzu gehören Gemeinschaftsweiden, Grund und Boden, der Wohnbauten umgibt, soweit er nicht den Gebäuden zugeordnet ist, sowie die zugehörigen Oberflächengewässer.

Grundstücksgleiche Rechte:

Grundstücksgleiche Rechte stellen dinglich Rechte dar, die wie Grundstücke behandelt werden. Sie erhalten ein eigenes Grundbuchblatt und können belastet werden.

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken sind grundsätzlich einzeln²⁰ und grundsätzlich vollständig zu erfassen. Sie sind mit ihren Anschaffungswerten anzusetzen.²¹

20 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um ein unbebautes Grundstück oder grundstückgleiches Recht an einem unbebauten Grundstück zu erwerben.²²

Unbebaute Grundstücke werden nicht abgeschrieben, da sie keiner zeitlich begrenzten Nutzung unterliegen.²³

In dem Jahresabschluss der Gemeinde Rennau wird ein Wert für unbebaute Grundstücke in Höhe von **48.531,43 €** ausgewiesen.

5.2.2.2 bebaute Grundstücke

Bebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude befinden. Hierzu gehören z.B. Wohnbauten, Bauten mit sozialen Einrichtungen, Schulen, Feuerwachen, Kultur-, Sport- und Freizeitgebäude sowie sonstige Dienst-, Geschäfts- und andere Betriebsgebäude.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken sind grundsätzlich einzeln²⁴ und grundsätzlich vollständig zu erfassen.

Der Wert von bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten an bebauten Grundstücken setzt sich aus den zwei Teilen „Bodenwert“ und „Gebäudewert“ zusammen.

Der Bodenwert ist grundsätzlich mit seinem Anschaffungswert anzusetzen.²⁵ Ersatzweise kann auch ein Zeitwert angesetzt werden, der sich an dem für das Jahr 2000 geltenden Bodenrichtwert orientiert.

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um ein bebautes Grundstück oder grundstücksgleiches Recht an einem bebauten Grundstück zu erwerben.²⁶

In dem Jahresabschluss der Gemeinde Rennau wird ein Wert für bebaute Grundstücke in Höhe von **789.609,33 €** ausgewiesen.

21 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

22 Vgl. §. 45 Abs. 2 GemHKVO

23 Vgl. § 47 Abs. 1 GemHKVO

24 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

25 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

26 Vgl. §. 45 Abs. 2 GemHKVO

Hier sind z.B. zu nennen:

- Mehrzweckhalle mit einem Restbuchwert von: 412.662,43 €
- Hasenwinkelhaus mit einem Restbuchwert von: 228.036,20 €
- Schützenhus mit einem Restbuchwert von: 75.303,83 €

5.2.2.3 Infrastrukturvermögen

Öffentliche Einrichtungen, die im engeren Sinne eine Grundvoraussetzung für das Leben in der Gemeinde Rennau darstellen, werden von der Bilanzposition Infrastrukturvermögen umfasst. Eingeschlossen sind insbesondere Straßen, Wege, Plätze, Friedhöfe, Kanalisation, die Erschließung sowie sonstige Bauten, soweit diese nicht Gebäuden zuzurechnen sind. Zu den sonstigen Bauten gehören z.B. Brücken, Hochstraßen und Tunnel, Schienenstrecken, Rollbahnen und U-Bahn-Bauten, städtische Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, Kabelnetze, Energieübertragungsleitungen, Fernrohrleitungen, Wasserleitungen, Wasserstraßen, Häfen, Dämme, Hochwasserschutzdeiche und sonstige Wasserbauten.

Die Bewertung des Infrastrukturvermögens erfolgt grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungswerten, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen.

Bei der Bewertung wurden – wie auch bei den bebauten Grundstücken - die Straßengrundstücke und der Straßenaufbau getrennt voneinander bewertet.

Der Wert für den Grund und Boden des Infrastrukturvermögens beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2011 **404.081,28 €**.

Neben dem Grund und Boden des Infrastrukturvermögens setzt sich der Gesamtwert aus den Positionen: Brücken und Tunnel mit **2,00 €**, den Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen mit **1.474,20 €**, den Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen mit **336.888,63 €** und den sonstige Bauten d. Infrastrukturvermögens mit **3.721,83 €** zusammen.

Der Gesamtwert für das Infrastrukturvermögen der Gemeinde Rennau beläuft sich auf **746.167,94 €**.

5.2.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Bauten auf fremden Grund und Boden sind Baulichkeiten, die von der Kommune auf einem fremden Grundstück errichtet oder angeschafft worden sind. Sie beinhalten entgegen dem

grundstücksgleichen Recht kein das Grundverhältnis sicherndes dingliches Recht, sondern ein vertraglich gesichertes Recht (z.B. Miet- oder Pachtvertrag) eine bauliche Anlage auf fremden Grund und Boden vorzuhalten.

Die Bilanz der Gemeinde Rennau weist keine Bauten auf fremden Grund und Boden aus.

5.2.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Unter Kunstgegenständen werden Vermögensgegenstände verstanden, die im Regelfall für die Ausstattung von Galerien, Archiven, Museen oder die Gestaltung von öffentlichen Gebäuden vorgesehen sind.

Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler sind grundsätzlich einzeln²⁷ und grundsätzlich vollständig zu bewerten²⁸. Sie sind mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen, sofern ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist.²⁹

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um Kunstgegenstände oder Kulturdenkmäler zu erwerben.³⁰ Die Herstellungswerte sind die Aufwendungen, die für die Herstellung von Kunstgegenständen und Kulturdenkmälern, seine Erweiterung oder für eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen.³¹

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 befanden sich keinerlei Kunstgegenstände im Bilanzeigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Der Ansatz erfolgte zu den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Wertaufgriffsgrenze³² hatte hier in der ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 dazu geführt, dass viele Vermögensgegenstände nicht bilanziert wurden.

27 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

28 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

29 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

30 Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

31 Vgl. § 45 Abs. 3 GemHKVO

32 Vgl. § 60 Abs. 2 GemHKVO

Für die Fahrzeuge wird der Wert des Fahrzeuges zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme (ersatzweise zum Zulassungsdatum) angesetzt.

In der Bilanzposition Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge wird eine Summe von **0,00 €** ausgewiesen.

5.2.2.7 Betriebs-und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere

Unter diese Bilanzposition fallen Betriebsvorrichtungen, Nutzpflanzungen und Nutztiere, geringwertige Vermögensgegenstände und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Betriebsvorrichtungen:

Betriebsvorrichtungen gelten nach der Rechtsprechung (zur kfm. Buchführung) als Gebäudebestandteile, die einem vom Gebäude getrennten Zweck dienen. Betriebsvorrichtungen sind z.B. Alarmanlagen, Lastenaufzüge, Tresore, Ladeneinrichtungen, Klima- und Sprinkleranlagen und manche Einbaumöbel.

Nutzpflanzungen und Nutztiere:

Zu den Nutzpflanzungen und Nutztieren gehören Zucht- und Milchvieh, Zugtiere usw., Obst- und Rebanlagen sowie sonstige Baumbestände und Sträucher, die wiederholt Erzeugnisse liefern sowie von institutionellen Einheiten kontrolliert, verwaltet und bewirtschaftet werden. Heranwachsende Nutztiere und Nutzpflanzungen werden nur einbezogen, wenn sie für die eigene Nutzung bestimmt sind.

Nutztiere: Viehbestände, die wegen der Erzeugnisse gehalten werden, die sie Jahr für Jahr liefern. Hierzu gehören Zuchttiere (einschließlich Fische und Geflügel), Milchvieh, Zugtiere, Schafe und andere zur Wollerzeugung genutzte Tiere sowie Tiere, die für Transport-, Unterhaltungs- oder Rennzwecke gehalten werden.

Nutzpflanzen: Baumbestände (einschließlich Reben und Sträucher), die wegen der Erzeugnisse angelegt werden, die sie Jahr für Jahr liefern. Hierzu gehören diejenigen Baumbestände, die zur Gewinnung von Früchten oder Nüssen, Saft oder Harz oder von Rinden- oder Blatterzeugnissen kultiviert werden.

Betriebs- und Geschäftsausstattung:

Zu der Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich Fernsprech- und IT- Anlagen. Arbeitsgeräte und allgemein verwendbare Werkzeuge der kommunalen Grünpflege, Spielsachen in Kindertagesstätten,

Geschirr in Altentagesstätten, Einbauten in fremde Grundstücke (Mietereinbauten), Bänke, Papierkörbe usw.

Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere sind grundsätzlich einzeln³³ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.³⁴ Sie sind mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen, sofern ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist.³⁵

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere zu erwerben.³⁶

Die Herstellungswerte sind die Aufwendungen, die für die Herstellung von Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere, seine Erweiterung oder für eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen.³⁷

Für Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere, die regelmäßig ersetzt werden und deren Gesamtwert von nachrangiger Bedeutung ist, kann ein Festwert gebildet werden, sofern der Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Schwankungen unterliegt (Festwertmethode).³⁸ Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere können jeweils in einer Gruppe zusammengefasst und mit dem gewogenen Durchschnittswert angesetzt werden (Gruppenbewertung).³⁹

Für die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird ein Gesamtwert von **0,00 €** in der Bilanz der Gemeinde Rennau ausgewiesen.

5.2.2.8 Vorräte

Vorräte sind in dieser oder einer Vorperiode hergestellte Güter, die später verkauft, verbraucht oder anderweitig verwendet werden sollen. Eingeschlossen sind sämtliche Vorräte der Kommune

33 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

34 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

35 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

36 Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

37 Vgl. § 45 Abs. 3 GemHKVO

38 Vgl. § 46 Abs. 1 GemHKVO

39 Vgl. § 46 Abs. 2 GemHKVO

Beispiele: Fertigungsmaterial, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (z.B. Lagerbestände: Sand-, Kies-, Salzlager), Handelswaren, geleistete Anzahlungen auf Vorräte sowie fertige und unfertige Erzeugnisse.

Vorräte sind grundsätzlich einzeln⁴⁰ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁴¹ Sie sind mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen, sofern ihre Nutzung zeitlich begrenzt ist.⁴²

Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um Vorräte zu erwerben.⁴³ Herstellungswerte sind die Aufwendungen, die für die Herstellung von Vorräten, seine Erweiterung oder für eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen.⁴⁴

In der Bilanz der Gemeinde Rennau wird eine Bilanzsumme für Vorräte in Höhe von 0,00 € ausgewiesen.

5.2.2.9 Anlagen im Bau, geleistete Anzahlungen

Anlagen im Bau sind die durch die öffentliche Gebietskörperschaft während eines Haushaltsjahres durchgeführten Investitionen im Anlagevermögen, die zum Bilanzstichtag noch nicht vollendet und damit für die Öffentlichkeit noch nicht nutzbar sind. Geleistete Anzahlungen enthalten die geldlichen Vorleistungen einer Kommune auf noch zu erhaltende Sachanlagen. Erst bei der Übernahme des Vermögensgegenstandes in das wirtschaftliche Eigentum der Kommune wird die Anzahlung umgebucht und als Sachvermögen je nach Art des Vermögensgegenstandes in der Bilanz nachgewiesen.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sind grundsätzlich einzeln⁴⁵ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁴⁶ Sie sind mit ihrem Anschaffungswert anzusetzen.⁴⁷ Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau zu „erwerben“ (=Nennwert).⁴⁸

40 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

41 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

42 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

43 Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

44 Vgl. § 45 Abs. 3 GemHKVO

45 Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

46 Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

47 Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

48 Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

Folgende Maßnahmen wurden als Anlagen im Bau erfasst:

Straßenaufbau Rottorf: Mühlenweg

Ahmstorf: Mühlenberg, Vor dem Dorfe

Straßenbeleuchtung Rottorf: Mühlenweg

In der Bilanz der Gemeinde Rennau werden Anlagen im Bau mit einer Summe von **279.960,58 €** ausgewiesen.

5.2.3 Finanzvermögen

5.2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die voll zu konsolidieren sind. Dies ist der Fall, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt. Die Beherrschung eines Unternehmens wird durch eine Beteiligungsquote von mehr als 50 % (Stimmrechtsmehrheit) dokumentiert. Die Gemeinde Rennau besitzt keine Anteile an verbundenen Unternehmen, folglich wird unter der Position Anteilen an verbundenen Unternehmen ein Wert von **0,00 €** ausgewiesen.

5.2.3.2 Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht einer dauerhaften Verbindung gehalten werden. Als Beteiligung gilt ein Anteil am Nennkapital des Unternehmens von größer 0% bis maximal 49,9%.

Lt. der „Hinweise zu Fragen der Inventur, zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen“ gelten bei der Bewertung von „Beteiligungen“ die Anschaffungswerte.

Die Gemeinde Rennau hält zum Bilanzstichtag eine Beteiligung an der Fallersleber Elektrizitäts AG in Höhe von **2.880,00 €**.

5.2.3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Zum Sondervermögen der Gemeinden gehört entsprechend den Regelungen der Gemeindeordnungen der Länder z. B. das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen der

rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen, wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und organisatorisch verselbständigte Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden sowie rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen.

Im Rahmen der Erfassung und Bewertung der Vermögensgegenstände, wurde keinerlei Sondervermögen mit Sonderrechnung vorgefunden.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 befand sich folglich keinerlei Sondervermögen mit Sonderrechnung im Bilanz Eigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.3.4 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen werden langfristige Finanz- und Kapitalforderungen mit einer Laufzeit von mindestens 12 Monaten ausgewiesen. Ausschließlich Forderungen, welche unter Hingabe von Kapital erworben wurden, werden als Anleihen verstanden. Somit zählen Forderungen aus Lieferung und Leistung nicht zu den Ausleihungen, selbst dann nicht, wenn sie langfristig sind. Charakteristisch für die Ausleihungen ist, dass sie dazu bestimmt sein müssen, dauerhaft dem Verwaltungsbetrieb zu dienen.

Ausleihungen sind grundsätzlich mit Ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen und in der Bilanz mit Ihrem jeweiligen Restbuchwert zum Bilanzstichtag auszuweisen.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Ausleihungen bei der Gemeinde Rennau.

5.2.3.5 Wertpapiere

Ein Wertpapier ist eine Urkunde, die ein privates Recht, beispielsweise das Miteigentum an einem Unternehmen, verbrieft. Wertpapiere sind insbesondere Anleihen, Pfandbriefe und Aktien.

Wertpapiere sind grundsätzlich einzeln⁴⁹ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁵⁰ Sie sind mit ihrem Anschaffungswert, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen, anzusetzen.⁵¹

Die Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um Wertpapiere zu erwerben.⁵²

⁴⁹ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

⁵⁰ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

⁵¹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO

Die Abschreibungen werden bis auf den Wert eines Börsen- oder Marktpreises zum Stichtag vorgenommen.⁵³ Übersteigt der Wert der Wertpapiere, der am Abschlusstag beizulegen ist, den Anschaffungs- oder Herstellungswert, so ist auf den niedrigeren Wert abzuschreiben (strenges Niederstwertprinzip).

Wertpapiere im Sinne der Bilanzposition befanden sich zum 31.12.2011 nicht im Bilanz Eigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.3.6 öffentlich- rechtliche Forderungen

Öffentlich-rechtliche Forderungen sind die Forderungen einer Gemeinde, die auf Grundlage einer Satzung, einer Rechtsverordnung oder eines Gesetzes erhoben wurden (z.B. Steuern, Gebühren, Beiträge) und zum Bilanzstichtag noch nicht beglichen wurden.

Forderungen sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem Nennwert zu bilanzieren.⁵⁴ Unter dem Nennwert wird z.B. der volle Rechnungsbetrag einer Forderung einschließlich der Nebenkosten und der Umsatzsteuer verstanden.

Einzelwertberichtigungen wurden nicht angesetzt, da die Prüfung der offenen Posten zum 31.12.2011 ergab, dass in keinem Einzelfall eine verifizierte Erkenntnis vorliegt, die einen vollständigen oder teilweisen Ausfall der Forderung erwarten lässt.

Pauschalwertberichtigungen werden nicht gebildet, da es an Erfahrungswerten aus der Vergangenheit hinsichtlich eines zu erwartenden Ausfallprozentsatzes mangelt.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 betragen die öffentlich-rechtliche Forderungen **5.152,11 €**.

Es handelt sich hierbei vorrangig um offene Grund- und Gewerbesteuern und ausstehende Beiträge.

5.2.3.7 Forderungen aus Transferleistungen

Bei den Forderungen aus Transferleistungen kann es sich einerseits um zu erhaltende Zuwendungen zur Erfüllung der Aufgaben einer Kommune handeln, soweit die Verwendungsvorgabe erfüllt ist. Hierunter fallen z.B. Zuweisungen vom Land für die Instandsetzung von Schulen.

⁵² Vgl. § 45 Abs. 2 GemHKVO

⁵³ Vgl. § 47 Abs. 5 GemHKVO

⁵⁴ Vgl. § 47 Abs. 5 GemHKVO

Andererseits sind hier der Kommune zustehende Finanzmittel ohne konkrete Gegenleistung zu berücksichtigen, soweit es sich nicht um Steuern handelt. Hierunter fallen beispielsweise Schuldendiensthilfen sowie Erstattungen von geleisteten Sozialtransfers.

Forderungen sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem Nennwert zu bilanzieren.⁵⁵ Unter dem Nennwert wird z.B. der volle Rechnungsbetrag einer Forderung einschließlich der Nebenkosten und der Umsatzsteuer verstanden. Zum Stichtag der ersten Eröffnungsbilanz sind Wertminderungen durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen zu berücksichtigen.

Einzelwertberichtigungen sind nicht anzusetzen, da die Prüfung der offenen Posten zum 31.12.2011 ergeben hat, dass in keinem Einzelfall eine verifizierte Erkenntnis vorliegt, die einen vollständigen oder teilweisen Ausfall der Forderung erwarten lässt.

Pauschalwertberichtigungen werden nicht gebildet, da es an Erfahrungswerten aus der Vergangenheit hinsichtlich eines zu erwartenden Ausfallprozentsatzes mangelt.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 bestanden 0,00 € an Forderungen aus Transferleistungen.

5.2.3.8 privatrechtliche Forderungen

Eine privatrechtliche Forderung ist das Recht, von einem anderen aufgrund eines Schuldverhältnisses eine Leistung zu fordern (§ 241 Abs. 1 BGB). Das Schuldverhältnis ergibt sich aus einem Vertrag oder durch die Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen einer Gesetzesvorschrift. Hier sind folglich die Forderungen der Kommune nachzuweisen, die sie zum Bilanzstichtag auf Basis von Verträgen und anderen privatrechtlichen Grundlagen entstanden sind.

Forderungen sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit dem Nennwert zu bilanzieren.⁵⁶ Unter dem Nennwert wird z.B. der volle Rechnungsbetrag einer Forderung einschließlich der Nebenkosten und der Umsatzsteuer verstanden.

Einzelwertberichtigungen wurden nicht angesetzt, da die Prüfung der offenen Posten zum 31.12.2011 ergeben hat, dass in keinem Einzelfall eine verifizierte Erkenntnis vorliegt, die einen vollständigen oder teilweisen Ausfall der Forderung erwarten lässt.

Pauschalwertberichtigungen werden nicht gebildet, da es an Erfahrungswerten aus der Vergangenheit hinsichtlich eines zu erwartenden Ausfallprozentsatzes mangelt.

⁵⁵ Vgl. § 47 Abs. 5 GemHKVO

⁵⁶ Vgl. § 47 Abs. 5 GemHKVO

Zur Ermittlung der Forderungen zum Bilanzstichtag 01.01.2011 erfolgte eine Übertragung der Kasseneinnahmereste (KER) im letzten kameralen Abschluss, also zum 31.12.2010.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 betragen die privatrechtlichen Forderungen **2.298,10 €**.

Es handelt sich hierbei vorrangig um Mieten und Nebenkostenabrechnungen.

5.2.3.9 sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände sind Ansprüche gegen Dritte, die weder aus Lieferungen und Leistungen, noch aus Transferleistungen, öffentlich-rechtlichen Tatbeständen, Ausleihungen oder dergleichen entstanden sind.

Es befinden sich keine sonstigen Vermögensgegenstände im Eigentum der Gemeinde Rennau.

5.2.4 liquide Mittel

Alle zum Bilanzstichtag vorhandenen Zahlungsmittel in Form von Bar- oder Buchgeld sind als liquide Mittel zu erfassen.

Beispiele: Guthaben bei Kreditinstituten, Guthaben bei der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank, Schecks, Bestände der Barkassen.

Liquide Mittel sind grundsätzlich einzeln⁵⁷ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁵⁸ Sie sind mit ihrem Nennwert auszuweisen.

Die liquiden Mittel der Gemeinde Rennau setzen sich aus den Beständen der Konten bei Banken (Nord LB, Volksbank, Postbank) und dem Barkassenbestand zusammen.

Die Bestände der Bankkonten und der Kasse wurden kameral für die Samtgemeinde und die Mitgliedsgemeinden gemeinsam geführt und mussten mit der Einführung der Doppik auf die 5 Haushalte aufgeteilt werden. Als Verteilungsbasis wurden die Anteile der einzelnen Gemeinden am gesamten Kassenkredit aus dem Jahr 2011 herangezogen. Dabei wurden der Gemeinde mit dem höchsten Anteil am Gesamtkassenkredit auch prozentual die höchsten Bestände zugeordnet (Kassenbestände wurden auch aus Kassenkredit finanziert).

Somit ergeben sich bei den Beständen folgende Werte:

⁵⁷ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

⁵⁸ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

Nord LB	9.560,62 €
Volksbank	146,04 €
Postbank	856,92 €
Bar	54,74 €
Summe:	10.618,32 €

5.2.5 aktive Rechnungsabgrenzung

Für Auszahlungen, die vor dem Bilanzstichtag geleistet werden, deren Aufwand aber für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag anfällt, müssen Aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet werden.⁵⁹

Durch Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) werden Aufwendungen und Erträge den einzelnen Geschäftsjahren periodengerecht durch Abgrenzung zugerechnet.

Beispiele:

Januar-Gehälter der Beamten, die im Dezember vom Bankkonto abgebucht sind, Zahlung der „Januar-Miete“ im Dezember (Miet- und Pachtvorauszahlungen), Vorauszahlungen von Versicherungsprämien und Verbandsbeiträgen, Vorauszahlungen von Honoraren und Schuldzinsen, Disagio etc.

Der Betrag enthält die in 2011 im Voraus bezahlten Rechnungen für die Aufwendungen im Jahr 2012.

In dem Jahresabschluss zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau sind aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von **0,00 €** ausgewiesen.

⁵⁹ Vgl. § 49 Abs. 1 GemHKVO

5.3 Passiva

Die Passivseite (Kapitalseite) der Bilanz gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel (eigene oder fremde Mittel). Die Mittelherkunft ist in der Bilanz (Vermögensrechnung) getrennt nach Nettoposition, Schulden und Rückstellungen nachzuweisen.⁶⁰

5.3.1 Nettoposition

Als Nettoposition (entspricht „Eigenkapital“ in der Handelsbilanz) wird in der Vermögensrechnung (=Bilanz) die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Verbindlichkeiten, Rückstellungen, passive Rechnungsabgrenzung) verstanden.

Vermögen einschl. aktiver Rechnungsabgrenzung (ARAP) (= Bilanzsumme)

- Schulden (Geldschulden+Verbindlichkeiten), Rückstellungen, passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)

= Nettoposition

Vermögen	1.885.217,81 €
- Schulden	-905.224,99 €
- Rückstellungen	-9.600,00 €
- Passive Rechnungsabgrenzung	-1.054,00 €
= NETTOPOSITION:	969.338,82 €

⁶⁰ Vgl. § 54 Abs. 4 GemHKVO

5.3.1.1 Basis-Reinvermögen

Dieser Posten innerhalb der Nettoposition ist die „Residualgröße“ (Restgröße). Ihre Höhe hängt von der Höhe der anderen Bilanzpositionen ab. Je höher sie ausfällt, desto kreditwürdiger ist die Gemeinde. Das Basis-Reinvermögen besteht aus den Bilanzpositionen „Reinvermögen“ und „Sollfehlbetrag aus letztem kameralen Abschluss als Minusbetrag“.

Vermögen einschl. ARAP (= Bilanzsumme)

- Schulden (Geldschulden + Verbindlichkeiten), Rückstellungen, PRAP

= *Nettoposition (Zwischensumme)*

- Rücklagen
- Sonderposten
- Jahresergebnis (doppisches) Vorjahr

= Basis-Reinvermögen

Das für die Eröffnungsbilanz ermittelte Basis-Reinvermögen wird „festgeschrieben“. Nach § 82 Abs. 5 S. 2 NGO ist eine Verrechnung von (zukünftigen) Fehlbeträgen mit Basis-Reinvermögen unzulässig, das heißt, Fehlbeträge der Folgebilanzen dürfen nicht mit dem Basis-Reinvermögen der Eröffnungsbilanz verrechnet werden. Somit müssen alle Fehlbeträge, die zukünftig im NKR erwirtschaftet werden (also in den Folgebilanzen), mit Überschüssen („Gewinn“) aus der Vergangenheit (=Bestände in den doppelischen Rücklagen) oder in der Zukunft ausgeglichen werden.

Nettoposition	969.338,82 €
- Rücklagen	0,00 €
- Sonderposten	719.506,95 €
- Jahresergebnis	-13.034,07 €
= BASIS-REINVERMÖGEN	262.865,94 €

5.3.1.1.1 Reinvermögen

Dieser Posten innerhalb der Nettosition ergibt sich aus dem Basis-Reinvermögen und einem (eventuell) vorhandenen Sollfehlbetrag aus dem letzten kameralen Abschluss.

Basis-Reinvermögen	262,865,94 €
- Sollfehlbetrag aus dem letzten kameralen Abschluss	-440.331,96 €
= REINVERMÖGEN	703,197,90 €

5.3.1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss als Minusbetrag

In die erste Eröffnungsbilanz sind die noch nicht abgedeckten Sollfehlbeträge aus Vorjahren des Verwaltungshaushalts aufzunehmen, ohne sie mit dem Basis-Reinvermögen zu verrechnen.⁶¹ Gleichzeitig ist dafür das aus dem Inventar ermittelte Reinvermögen in der ersten Eröffnungsbilanz, um die übernommenen Sollfehlbeträge erhöht, auszuweisen. Ergeben sich in den ersten Haushaltsjahren nach dem doppelischen Haushaltsrecht Überschüsse, so sind diese zuerst mit Sollfehlbeträgen des Verwaltungshaushalts zu verrechnen (Artikel 6 Abs. 9 des Gesetzes vom 15.11.2005). Die Gemeinde Rennau weist noch nicht abgedeckte Sollfehlbeträge des Verwaltungshaushalts aus den Jahren 2009 und 2010 in Höhe von insgesamt **-440.331,96 €** auf.

5.3.1.2 Rücklagen

Für bestimmte Zwecke zur Zukunftssicherung werden Rücklagen in der Nettosition gesetzlich oder freiwillig aus Überschüssen in der Ergebnisrechnung gebildet.

Die Natur der Rücklagen in der kommunalen Doppik unterscheidet sich grundsätzlich von der einer kameralen Rücklage. Sie werden anders gebildet, anders aufgelöst und dienen einem anderen Zweck. Doppische Rücklagen stellen wesentliche Positionen der Nettosition dar.

Der doppische Rücklagenbegriff allgemein ist ein Wert, der sich aus Ertragsüberschüssen der Verwaltungstätigkeit ergibt. Rücklagen sind ihrer betriebswirtschaftlichen Bedeutung nach nicht als liquide Mittel zu verstehen, sondern sie werden zusammen mit den anderen Eigenkapitalbestandteilen sowie den Schulden durch die Gesamtheit der Vermögensmasse gedeckt.

⁶¹ Vgl. Artikel 6 Abs. 9 Satz 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften

5.3.1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sind die in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Überschüsse aus dem ordentlichen Teil der Ergebnisrechnung zur Zukunftssicherung.

Die Gemeinde bildet eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, wenn sie Überschüsse erzielt.⁶² Sie kann dem Ausgleich eines Haushaltsfehlbetrages dienen oder darf in Basisreinvermögen umgewandelt werden⁶³, wenn keine Fehlbeträge aus Vorjahren abzudecken sind, der Haushalt ausgeglichen ist und nach der geltenden mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung keine Fehlbeträge zu erwarten sind. Sie stellt also einen „Puffer“ zum Haushaltsausgleich dar.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach dem neuen Haushaltsrecht können frühestens (auf Beschluss des Rates) gebildet werden, wenn ein entsprechender ordentlicher Überschuss in der Ergebnisrechnung eines Jahresabschlusses vorhanden ist.

Aus diesem Grund wird in dem Jahresabschluss der Gemeinde Rennau keine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgewiesen.

5.3.1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses sind die in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Überschüsse aus dem außerordentlichen Teil der Ergebnisrechnung zur Zukunftssicherung. Außerordentliche Überschüsse entstehen, sofern außerordentliche Erträge die außerordentlichen Aufwendungen des abgelaufenen (doppischen) Haushaltsjahres übersteigen. Als außerordentlich gelten in diesem Zusammenhang selten vorkommende sowie periodenfremde Erträge und Aufwendungen, insbesondere Erträge und Aufwendungen aus Vermögensveräußerungen sowie Erträge aus der Herabsetzung von Schulden und Rückstellungen, außer bei Abgaben, abgabeähnlichen Entgelten, allgemeinen Zuweisungen und außerplanmäßigen Abschreibungen wegen unterlassener Instandhaltung.⁶⁴

Auch diese Überschussrücklage darf in Basisreinvermögen umgewandelt werden.⁶⁵

⁶² Vgl. § 95 Abs. 1 Nr. 1 NGO

⁶³ Vgl. § 82 Abs. 7 S. 3 NGO

⁶⁴ Vgl. § 59 Nr. 6 GemHKVO

⁶⁵ Vgl. § 82 Abs. 7 Satz 3 NGO

Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses nach dem neuen Haushaltsrecht können frühestens (auf Beschluss des Rates) gebildet werden, wenn ein entsprechender außerordentlicher Überschuss in der Ergebnisrechnung eines Jahresabschlusses vorhanden ist.

Aus diesem Grund wird in dem Jahresabschluss der Gemeinde Rennau keine Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses ausgewiesen.

5.3.1.2.3 Bewertungsrücklage

Die Bewertungsrücklagen sind die in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Beträge zur Zukunftssicherung.

Bei der Bewertungsrücklage handelt es sich um einen Bilanzposten auf der Passivseite, in dem im Fall der Vermögenstrennung der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ergebnis der Bewertung des realisierbaren Vermögens nach den Veräußerungswerten und dem Ergebnis der Bewertung dieses Vermögens nach Anschaffungs- oder Herstellungswerten nachgewiesen wird.

Die Gemeinden konnten bis zum 31.12.2005 entscheiden, ihr Vermögen in Verwaltungsvermögen und realisierbares Vermögen aufzuteilen.⁶⁶ Im Falle der Vermögenstrennung in „Verwaltungsvermögen“ und „realisierbarem Vermögen“ bildet die Gemeinde eine Rücklage in Höhe des Unterschiedes zwischen den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungswerten zu den Verkehrswerten.⁶⁷

Die Bewertungsrücklage wird nur bei einer Vermögenstrennung ausgewiesen.⁶⁸ Auf eine Trennung des Vermögens in Verwaltungsvermögen und realisierbares Vermögen bei der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht wurde verzichtet. Eine Bewertungsrücklage entsteht folglich nicht.

⁶⁶ Vgl. § 142 Abs. 1 Nr. 8 NGO

⁶⁷ Vgl. § 96 Abs. 4 NGO

⁶⁸ Vgl. § 54 Abs. 4 S. 2 GemHKVO

5.3.1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen

Zweckgebundene Rücklagen sind die in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Überschüsse aus der Ergebnisrechnung zur Zukunftssicherung.

Beispiele:

- Stiftungsvermögen unselbständiger Stiftungen
- Zweckgebundene Spenden, die zum Bilanzstichtag noch nicht verwendet wurden
- Zuweisungen, die lt. Zuweisungsgeber nicht aufgelöst werden dürfen
- Ansammlung von Finanzmitteln für bestimmte Investitionen (z.B. Bau eines Hallenbades) aus Überschüssen der Vergangenheit

Der Gemeinde ist es gestattet, freiwillig Rücklagen für bestimmte Zwecke zur Zukunftssicherung aus vorhandenen Überschüssen in der Ergebnisrechnung zu bilden.⁶⁹ Beim Stiftungsvermögen unselbständiger Stiftungen handelt es sich ebenfalls um zweckgebundene Rücklagen. Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde, sind in einer zweckgebundenen Rücklage zu passivieren.

Zum Bilanzstichtag lagen bei der Gemeinde Rennau keine zweckgebundenen Rücklagen vor.

5.3.1.2.5 Sonstige Rücklagen

Sonstige Rücklagen sind die in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Überschüsse aus der Ergebnisrechnung zur Zukunftssicherung. Sonstige Rücklagen nach dem neuen Haushaltsrecht können für bestimmte Zwecke ohne Zweckbindung frühestens (auf Beschluss des Rates) gebildet werden, wenn ein entsprechender Überschuss in der Ergebnisrechnung eines Jahresabschlusses vorhanden ist.

Aus diesem Grund wird in dem Jahresabschluss der Gemeinde Rennau keine sonstige Rücklage ausgewiesen.

⁶⁹ Vgl. § 95 Abs. 1 S. 2 NGO

5.3.1.3 Jahresergebnis

Dieser Posten ist die Gegenbuchungsposition beim Abschluss des Ergebnisrechnungskontos. Hier wird ein entstandener (doppischer) Jahres-überschuss bzw. Jahresfehlbetrag ausgewiesen.

5.3.1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren

Unter dieser Bilanzposition werden Vorbelastungen (Ergebnisvortrag aus Vorjahren) aus vorherigen Haushaltsjahren passiviert. Die Fehlbeträge aus Vorjahren ergeben sich aus den letzten doppischen Abschlüssen.

Da sich diese Bilanzposition lediglich auf Fehlbeträge aus doppischen Vorjahren bezieht, kann an dieser Stelle in dem Jahresabschluss kein Betrag passiviert werden.

5.3.1.3.2 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten

Hier ist das Ergebnis des zum Bilanzstichtag endenden Haushaltsjahres auszuweisen, das als Saldo der Ergebnisrechnung festgestellt wird. In dieser Bilanzposition fließt die Gegenbuchung zum Ergebnisrechnungskonto ein.

Übersteigt ein festgestellter Jahresfehlbetrag – auch nach Auflösung der Überschussrücklagen – die Rücklagen und das Basis-Reinvermögen, so ergibt sich als Nettoposition insgesamt eine negative Zahl. In diesem Fall der Überschuldung muss die Gemeinde unverzüglich die Kommunalaufsichtsbehörde informieren.⁷⁰ Die in das nächste Haushaltsjahr übertragenen Haushaltsreste für Aufwendungen sind anzugeben, denn diese werden voraussichtlich das Folgejahr belasten.

Ein Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag ergibt sich, wenn am Ende eines (doppischen) Haushaltsjahres die Aufwendungen und Erträge gegeneinander saldiert werden. Errechnet sich ein positiver Betrag, spricht man von einem Jahresüberschuss, bei einem negativen Ergebnis von einem Jahresfehlbetrag.

Für das Jahr 2011 ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von **-13.034,07 €**.

⁷⁰ Vgl. § 82 Abs. 9 Satz 2 NGO

5.3.1.4 Sonderposten

Von der Gemeinde empfangene Fremdmittelfinanzierungsanteile sind als Sonderposten in die Bilanz einzustellen. Sie werden in der Bilanz ausgewiesen und nach Maßgabe des Zuwendungsverhältnisses ertragswirksam aufgelöst. Sie stellen somit ein Korrektiv zur Abschreibung des durch die Zuwendung finanzierten Vermögensgegenstandes dar.

Sonderposten werden grundsätzlich gebildet für zweckgebundene Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse), zweckgebundene Beiträge und Gebühren und für einen möglichen Bewertungsausgleich. Die Gemeinde Rennau weist in ihrer Bilanz Sonderposten in Höhe von **719.506,95 €** aus.

5.3.1.4.1 Investitionszuweisungen und –zuschüsse

Investitionszuweisungen und -zuschüsse stellen eine unentgeltliche Vermögensübertragung dar, bei der der Zuwendungsgeber i. d. R. bestimmte Auflagen mit der Zuwendung verbindet. Sie werden in der Bilanz ausgewiesen und nach Maßgabe des Zuwendungsverhältnisses aufgelöst. Sie stellen somit ein Korrektiv zur Abschreibung des durch die Zuwendung finanzierten Vermögensgegenstandes dar.

Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als Sonderposten ausgewiesen (Nennbetrag) und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes (ergebniswirksam) aufgelöst.⁷¹ Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände werden auf der Passivseite innerhalb der Nettoposition ausgewiesen. Sie können in der Ergebnisrechnung als außerordentlicher Ertrag ausgewiesen werden, wenn sonst ein Abbau von Fehlbeträgen trotz Ausschöpfung aller Ertrags- und Sparmöglichkeiten nicht möglich ist. Erhaltene pauschale Investitionszuwendungen werden über eine Nutzungsdauer von 30 Jahren ergebniswirksam aufgelöst.⁷²

Die Investitionszuweisungen und –zuschüsse belaufen sich zum Stichtag 31.12.2011 auf insgesamt **207.823,13 €**.

⁷¹ Vgl. § 42 Abs. 5 S. 1 GemHKVO

⁷² Vgl. Hinweise der Arbeitsgruppe „Umsetzung Doppik“

5.3.1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte

Unter diesen Sonderposten fallen empfangene Beiträge und ähnliche Entgelte für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen (z.B. Erschließungsbeiträge). Sie stellen ebenfalls Fremdfinanzierungsanteile dar.

Beiträge stellen Geldleistungen zur Finanzierung von Investitionen dar. Dies bedeutet, dass eine Passivierung des Beitrages als Sonderposten erforderlich wird.

Beispiele: Beiträge für Straßenausbau-, Erschließungs- und Anschlussmaßnahmen.

Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte werden mit ihrem Nennbetrag passiviert und ergebniswirksam über die Nutzungsdauer der mit dem Beitrag finanzierten Anlage bzw. Einrichtung aufgelöst. Eine sofortige vollständige Erfassung als Ertrag ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Bei der Gemeinde Rennau wurden keine Beiträge und ähnlichen Entgelte in Höhe von **297.795,21 €** ermittelt.

5.3.1.4.3 Gebührenaussgleich

Dieser Sonderposten wird gebildet für empfangene Gebührenüberdeckung, also für den Ausgleich von Gebührenüberschüssen der kostenrechnenden Einrichtungen. Kostenüberdeckungen stellen eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft der Gebührenzahler dar.

Die Kommunen sind dazu verpflichtet, die Jahresüberschüsse und Jahresfehlbeträge der kostenrechnenden Einrichtungen in den Gebührenkalkulationen der folgenden drei Jahre zu berücksichtigen.⁷³ Für am Ende des Kalkulationszeitraumes entstandene Gebührenüberschüsse ist auf der Passivseite der Bilanz ein Sonderposten für den Gebührenaussgleich zu bilden.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden mit ihrem Nennbetrag passiviert und ergebniswirksam über die Nutzungsdauer der mit den Gebühren finanzierten Anlage bzw. Einrichtung aufgelöst. Eine sofortige vollständige Erfassung als Ertrag ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Kostenrechnende Einrichtungen gab es bei der Gemeinde Rennau zum Bilanzstichtag nicht.

⁷³ Vgl. § 5 Abs. 2 S. 2 NKAG

5.3.1.4.4 Bewertungsausgleich

In Niedersachsen sind die Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungswerten (AHW) zu bewerten. Da es für die meisten Immobilien nicht bzw. nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, die AHW zu ermitteln, kann eine Bewertung alternativ zu Zeitwerten erfolgen.⁷⁴ Wird die Bewertung ausnahmsweise zu Zeitwerten durchgeführt, ist in Höhe der Differenz zwischen den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die sich durch Rückindizierung der Zeitwerte ergeben, und den Zeitwerten selbst ein gesonderter, immobilienpezifischer Sonderposten analog § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB (sog. Sonderposten für Bewertungsausgleich) zu passivieren.

Durch diese Regelung ergibt sich ein Wahlrecht. Entweder man weist auf der Aktivseite den höheren aktuellen Zeitwert aus und bildet auf der Passivseite den "Sonderposten für Bewertungsausgleich" (= Bruttoausweis) oder man aktiviert ersatzweise den rückindizierten niedrigeren Zeitwert oder, sofern diese ermittelbar sind, die Anschaffungs- und Herstellungswerte (AHW), (= Nettoausweis).

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt ergebniswirksam entsprechend der immobilienpezifischen Restnutzungsdauer. In der Ergebnisrechnung wird der Auflösungsbetrag als sonstiger Ertrag den (nach den Zeitwerten in der Regel höheren) Abschreibungen gegenübergestellt. Die (saldierte) Ergebniswirksamkeit ist in beiden Wahlmöglichkeiten identisch.

Das Wahlrecht hinsichtlich der Aktivierung des höheren Zeitwerts bei gleichzeitiger Passivierung der Differenz zum Anschaffungs- oder Herstellungswert wurde zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

5.3.1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten

Hat die Gemeinde bereits zweckgebundene Zahlungen zur Finanzierung von Investitionen entgegengenommen, noch bevor sie die entsprechende Investition vorgenommen hat, macht es Sinn, diese nicht sofort in die Sonderposten zu übernehmen, sondern sie zunächst gesondert in der Bilanz darzustellen.

Sobald die Abschreibungen des Vermögensgegenstandes beginnen, sind die erhaltenen Anzahlungen auf Sonderposten, auf z.B. Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte, umzubuchen.

⁷⁴ Vgl. § 96 Abs. 4 Satz 4 GemHKVO

Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten sind mit ihrem Nennwert zu bewerten.

Zum Bilanzstichtag wurden in der Gemeinde Rennau erhaltenen Anzahlungen auf Sonderposten in Höhe von **213.888,61 €** bilanziert.

5.3.1.4.6 Sonstige Sonderposten

Hierunter fallen sämtliche zu bildende Sonderposten, welche nicht in den Bereich der übrigen Sonderpostenpositionen fallen.

Beispiele:

- Sonderposten für den Kostenersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse
- Sonderposten für die Ablösung von Einstellplätzen
- Sonderposten für die Ablösung für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- Sonderposten für Ausgleichsbeträge für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Bei der Gemeinde Rennau wurden keine sonstigen Sonderposten ermittelt, demnach erfolgt keine Passivierung.

5.3.2 Schulden

Der Bilanzposten Schulden enthält alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Geldschulden und Verbindlichkeiten. Unter Schulden sind in der Bilanz die Geldschulden, die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die Transferverbindlichkeiten und die sonstigen Verbindlichkeiten zusammengefasst.⁷⁵ Nach dem Vorsichtsprinzip sind Schulden im Zweifel eher höher als niedriger in der Bilanz auszuweisen.

Die Bilanz der Gemeinde Rennau weist zum Stichtag 31.12.2011 Schulden von insgesamt **905.224,99 €** aus.

5.3.2.1 Geldschulden

Bei einer Geldschuld handelt es sich um eine Zahlungsverpflichtung (Verbindlichkeit), welche dem Grunde und der Höhe nach sicher feststeht.

⁷⁵ Vgl. § 54 Abs. 4 GemHKVO

Die Bilanz der Gemeinde Rennau weist zum Bilanzstichtag Geldschulden in Höhe von **898.083,72 €** aus.

5.3.2.1.1 Anleihen

Anleihen stellen für die Kommunen eine Finanzierungsform dar, bei der das benötigte Kapital von einer unbestimmten Zahl von Geldgebern durch den Verkauf von Schuldverschreibungen (Kommunalobligationen) aufgebracht wird. Dabei werden die von der Kommune ausgebrachten Wertpapiere an der Börse gehandelt und unterliegen damit auch den üblichen Kursschwankungen.

Anleihen sind grundsätzlich einzeln⁷⁶ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁷⁷ Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁷⁸ Demnach ist die Anleihe bei erstmaliger Bewertung (Zeitpunkt der Entstehung) mit dem Rückzahlungsbetrag zu passivieren, unabhängig davon, wie hoch der tatsächlich zur Verfügung gestellte Betrag (Einzahlungsbetrag) ist.

Bei der Gemeinde Rennau wurden keine Anleihen ermittelt.

5.3.2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Verbindlichkeiten aus Krediten bezeichnen die der Kommune von einem Dritten zur Verfügung gestellten Geldbeträge mit der Verpflichtung, das aufgenommene Kapital mit Zinsen zurückzuzahlen. Die rechtliche Ausgestaltung der Kredite erfolgt bei den Kommunen häufig in Form eines Schuldscheindarlehens.

Als Kreditmarktschulden werden alle Schulden bezeichnet, die die kommunalen Haushalte zum Zweck der Haushaltsfinanzierung mittels Schuldscheindarlehen bei Kreditinstituten oder sonstigen inländischen und ausländischen Stellen aufgenommen haben. Auf fremde Währung lautende Schulden sind auf Euro umzurechnen.

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen sind grundsätzlich einzeln⁷⁹ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁸⁰ Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁸¹

⁷⁶ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

⁷⁷ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

⁷⁸ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁷⁹ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

Zum Stichtag waren Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von **442.765,16 €** bei der Gemeinde Rennau vorhanden.

5.3.2.1.3 Liquiditätskredite

Liquiditätskredite sind kurzfristige, jederzeit fällige Geldschulden (auch Kontokorrentkredite, Überziehungskredite oder Kassenkredite) welche zur Sicherung der Liquidität aufgenommen wurden.

Die Gemeinde kann zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag Liquiditätskredite aufnehmen, soweit der Kasse keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.⁸²

Liquiditätskredite sind grundsätzlich einzeln⁸³ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁸⁴ Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁸⁵

Zum Bilanzstichtag waren Liquiditätskredite von insgesamt **455.318,56 €** aufgenommen.

5.3.2.1.4 Sonstige Geldschulden

Sonstige Geldschulden sind der Gemeinde langfristig zur Verfügung gestellte Geldbeträge mit der Verpflichtung, das aufgenommene Kapital einschließlich Zinsen zurückzuzahlen (Darlehen) mit Ausnahme von Krediten für Investitionen oder zur Liquiditätssicherung.

Sonstige Geldschulden sind grundsätzlich einzeln⁸⁶ und grundsätzlich vollständig zu bewerten.⁸⁷ Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁸⁸

Zum Bilanzstichtag wurden keine sonstigen Geldschulden bei der Gemeinde Rennau ermittelt.

⁸⁰ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

⁸¹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁸² Vgl. § 94 Abs. 1 S. 1 NGO

⁸³ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

⁸⁴ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

⁸⁵ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁸⁶ Vgl. § 44 Abs. 3 GemHKVO

⁸⁷ Vgl. § 42 Abs. 1 GemHKVO

⁸⁸ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

5.3.2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Bei den kreditähnlichen Rechtsgeschäften handelt es sich ebenfalls um Finanzierungsinstrumente, die zu einem späteren Zeitpunkt Zahlungsverpflichtungen auslösen. Im Gegensatz zum Darlehen führen kreditähnliche Rechtsgeschäfte i. d. R. nicht zu einem Zahlungseingang auf den gemeindlichen Konten.

Zahlungsverpflichtungen, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommen (kreditähnliches Rechtsgeschäft), waren zum Bilanzstichtag in der Gemeinde Rennau nicht vorhanden.

5.3.2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Hat eine Gemeinde zum Bilanzstichtag z.B. die ordnungsgemäße Rechnung eines Lieferanten vorliegen, aber noch nicht bezahlt, ist der Betrag als Verbindlichkeit aus Lieferungen und Leistungen in der Bilanz darzustellen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁸⁹

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von insgesamt **1.470,10 €**.

Es handelt sich hierbei vorrangig um ausstehende Abrechnungen wie Strom, Müll etc.

5.3.2.4 Transferverbindlichkeiten

Transferverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, die nicht auf einem Leistungsaustausch beruhen. Sie sind das „Gegenstück“ zu den Transferforderungen. In der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages Transferverbindlichkeiten in Höhe von **0,00 €**.

5.3.2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten

Verpflichtungen aus dem Finanzausgleich für das abgelaufene Jahr, die noch nicht liquiditätswirksam abgeflossen sind.

Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁰

⁸⁹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹⁰ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

In der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages Finanzausgleichsverbindlichkeiten in Höhe von 0,00 €.

5.3.2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke

Zuschüsse an Dritte für das abgelaufene Jahr, die verpflichtend zugesagt sind, aber noch nicht liquiditätswirksam bis zum Bilanzstichtag abgeflossen sind.

Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹¹

In der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keinerlei Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke.

5.3.2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen

Verpflichtend zugesagte Schuldendiensthilfen für das abgelaufene Jahr, die noch nicht liquiditätswirksam bis zum Bilanzstichtag abgeflossen sind.

Gewährte Schuldendiensthilfen dienen der Erleichterung des Schuldendienstes für aufgenommene Kredite beim Empfänger, vorwiegend der Reduzierung der Belastung. Es wird davon ausgegangen, dass keine Gegenleistungspflicht besteht, eine Rückzahlungspflicht bei bestimmungsgemäßer Verwendung ausgeschlossen ist und eine Aktivierungspflicht der Schuldendiensthilfe nicht vorliegt.

Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹²

In der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keinerlei Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen.

5.3.2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten

Verpflichtend zugesagte soziale Leistungsverbindlichkeiten für das abgelaufene Jahr, die noch nicht liquiditätswirksam bis zum Bilanzstichtag abgeflossen sind.

⁹¹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹² Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

Beispiele:

Leistungen der Jugend- und der Sozialhilfe, Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz, dem Wohngeldgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder dem Unterhaltssicherungsgesetz.

Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹³

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keine Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungsverbindlichkeiten.

5.3.2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen

Verpflichtend zugesagte Investitionszuschüsse für das abgelaufene Jahr, die noch nicht liquiditätswirksam bis zum Bilanzstichtag abgeflossen sind.

Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁴

In der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keinerlei Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen.

5.3.2.4.6 Steuerverbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzbehörden wie Kfz-Steuer, Grundsteuer und andere Steuern. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁵

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keinerlei Steuerverbindlichkeiten.

5.3.2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten

Dieser Posten ist als „öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten“ zu verstehen. Beispielsweise sind hier zu nennen: Rückzahlungen überzahlter Gewerbesteuer von gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen der Gemeinde. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁶

⁹³ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹⁴ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹⁵ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹⁶ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages keinerlei andere Transferverbindlichkeiten.

5.3.2.5 Sonstige Verbindlichkeiten

Der Posten „sonstige Verbindlichkeiten“ nimmt alle am Bilanzstichtag bestehenden Verbindlichkeiten auf, die nicht unter die vorhergehenden Verbindlichkeitspositionen zuzuordnen sind.

5.3.2.5.1 Durchlaufende Posten

Durchlaufende Posten sind Einnahmen im Namen und für Rechnung eines Dritten, die bis zum Bilanzstichtag an den Dritten noch nicht ausgezahlt sind. Durchlaufende Posten beeinflussen nicht das Ergebnis. Zu den durchlaufenden Posten gehören die Bilanzpositionen verrechnete Mehrwertsteuer, abzuführende Lohn- und Kirchensteuer sowie sonstige durchlaufende Posten. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁷

Zum Stichtag 31.12.2011 bestanden keine Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Posten.

5.3.2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuern

Unter dieser Position werden die aufgrund der letzten Umsatzsteuervoranmeldung und Umsatzsteuererklärung ermittelten noch zu zahlenden Umsatzsteuerbeträge von Betrieben gewerblicher Art (BgA) ausgewiesen. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁸

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Bilanzstichtag keine durchlaufenden Posten aus der verrechneten Mehrwertsteuer.

⁹⁷ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

⁹⁸ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

5.3.2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer

Unter dieser Bilanzposition sind die aufgrund der Lohnsteueranmeldung des letzten Monats des Vorjahres noch nicht gezahlten Lohn- und Kirchensteuerbeträge auszuweisen. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.⁹⁹

Die zum Bilanzstichtag noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuer belief sich auf einen Nennbetrag von **0,00 €**.

5.3.2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten

Unter dieser Bilanzposition werden durchlaufende Posten bilanziert, die weder aus zu verrechnender Mehrwertsteuer noch aus noch abzuführender Lohn- und Kirchensteuer bestehen. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁰

Sonstige durchlaufende Posten bestanden zum Stichtag nicht.

5.3.2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer

Hier werden die aufgrund von Bescheiden des Finanzamtes festgesetzten abzuführenden Gewerbesteuerumlagen sowie Gewerbesteuerverbindlichkeiten von Betrieben gewerblicher Art (BgA) ausgewiesen.

Wenn noch keine Bescheide vorliegen, sind die voraussichtlichen Beträge als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen auszuweisen. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰¹

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Bilanzstichtag keine durchlaufenden Posten aus der abzuführenden Gewerbesteuer.

5.3.2.5.3 Empfangene Anzahlungen

Empfangene Anzahlungen sind eingegangene Geldbeträge für Lieferungen und Leistungen, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt sind. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰²

⁹⁹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

¹⁰⁰ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

¹⁰¹ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

¹⁰² Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

Der Gemeinde Rennau lagen zum Bilanzstichtag empfangene Anzahlungen im Sinne der Definition der Bilanzposition nicht vor.

5.3.2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten

Andere sonstige Verbindlichkeiten sind bestehende Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag, die nicht unter einer anderen Position auszuweisen sind. Sie sind als Schulden mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰³

Bei der Gemeinde Rennau bestehen zum Bilanzstichtag andere sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von **5.671,17 €**. Es handelt sich hierbei um eine noch nicht beglichene Rechnung des Landesamtes für Statistik für die Abrechnung der Anteile an der Einkommenssteuer in Höhe von 3.660 00 € und um Überzahlungen.

5.3.3 Rückstellungen

Rückstellungen werden für Verbindlichkeiten oder für Aufwendungen gebildet, die der Fälligkeit oder der Höhe nach ungewiss sind und deren Aufwand der Verursachungsperiode zugerechnet werden soll. Sie sind dem langfristigen Fremdkapital zuzuordnen und stellen eine Ergänzung der Verbindlichkeiten dar.

In der Bilanz der Gemeinde Rennau werden Rückstellungen in Höhe von **9.600,00 €** ausgewiesen.

5.3.3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

Pensionsrückstellungen stellen ungewisse Verbindlichkeiten dar. Sie sind die bilanzielle Darstellung der Erfüllung zukünftig wahrscheinlich anfallender Pensionszahlungen und ähnlicher Versorgungsleistungen. Zu den „ähnlichen Verpflichtungen“ gehören u. a. auch Beihilfeverpflichtungen der Gemeinde.

Die Gemeinde Rennau beschäftigt keine Beamten und muss weist deshalb keine Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen aus.

¹⁰³ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO und § 45 Abs. 7 GemHKVO

5.3.3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen

Hierunter fallen die Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen.

Da die Gemeinde Rennau keine Angestellten oder Beamte beschäftigt, weist der Jahresabschluss keine Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen aus.

5.3.3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Hierunter fallen im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung. Für die erste Eröffnungsbilanz war es empfehlenswert keine Instandhaltungsrückstellungen auszuweisen (Netto-Ausweisung).¹⁰⁴ In diesem Fall ist der Reparaturstau in Form einer außerplanmäßigen Abschreibung im Wert der jeweiligen Vermögensgegenstände zu berücksichtigen. Im Falle einer durchgeführten Instandhaltung erfolgt dann eine Wertzuschreibung beim entsprechenden Vermögensgegenstand.

Diesen Hinweisen wurde bei der Gemeinde Rennau gefolgt.

5.3.3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien

Diese Rückstellung stellt die zukünftige Verpflichtung zur Rekultivierung und Nachsorge der Deponien dar, zu denen die Kommune als Betreiber aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet ist. Sie sind als Rückstellungen mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁵

Bei der Gemeinde Rennau bestanden zum Bilanzstichtag keine Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien.

5.3.3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten

Hierunter fallen grundsätzlich lediglich Aufwendungen für Sanierungsmaßnahmen nach einem vorliegenden Sanierungsplan. Die wesentlichen Bestimmungen zur Erfassung und Sanierung von Altlasten finden sich in den bundes- und landesrechtlichen Regelungen zum Bodenschutz. Sie sind als Rückstellungen mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Vgl. „Hinweise zu Fragen der Inventur, zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen“

¹⁰⁵ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO

¹⁰⁶ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO

Zum Bilanzstichtag existierten in der Gemeinde Rennau keine Verdachtsflächen auf Altlasten.

5.3.3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen

Diese Rückstellung wird gebildet für zukünftig sicher anfallende Verbindlichkeiten des Finanzausgleichs (z.B. Kreisumlage bei kreisangehörigen Gemeinden) und für Steuerschuldverhältnisse (z.B. Ertragssteuern von Betrieben gewerblicher Art (BgA)).

Rückstellungen für den Finanzausgleich bildet die Gemeinde, soweit am Bilanzstichtag bekannt ist, dass sie Nachzahlungen zu leisten hat. Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse werden auch gebildet, soweit ein hohes Gewerbesteueraufkommen im letzten Quartal des **Vorjahres** eine Nachzahlung der Gewerbesteuerumlage im Folgejahr erwarten lässt. Sie sind als Rückstellungen mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁷

Steuereinnahmen 2010: 290.087,10 €

Steuereinnahmen 2011: 323.894,73 €

Mehreinnahmen: 33.807,63 € (= 12%)

Die tatsächliche Steuereinnahmekraft in der Summe aller Bezugsfaktoren übersteigt das Vorjahresergebnis um 12%. Eine Rückstellungsbildungspflicht besteht gemäß Vermerk vom 12.06.2018, wenn die tatsächliche Steuereinnahmekraft das Vorjahresergebnis um mindestens 25% übersteigt. Dementsprechend wurde keine Rückstellung im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen gebildet.

5.3.3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren

In Frage kommen drohende Verpflichtungen aus Schadenersatz, Prozesskosten, für Vorbereitung und Durchführung entstehender Kosten der Anwälte, Gerichte, Zeugen, Fahrten, Gutachten etc. Dabei ist zu beachten, dass im Falle einer Verurteilung der

¹⁰⁷ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO

Gemeinde eine Rückzahlung von Beiträgen aus den gebildeten Sonderposten sowie von Steuern, Gebühren usw. durch Absetzung vorgenommen wird. In diesen Fällen wäre eine Rückstellung nur für die Verfahrens- und Nebenkosten zu bilden. Sie sind als Rückstellungen mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁸

Drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren, welche die Einstellung einer Rückstellung in die Eröffnungsbilanz zulassen, waren zum Bilanzstichtag nicht bekannt.

5.3.3.8 Andere Rückstellungen

Als andere Rückstellungen können zum Bilanzstichtag sonstige Aufwandsrückstellungen passiviert werden, die

- ihrer Eigenart nach genau umschrieben sind,
- dem abgelaufenen oder einem früheren Haushaltsjahr zuzuordnen sind,
- beim Eintreten am Bilanzstichtag wahrscheinlich oder sicher sind und
- deren Höhe oder Zeitpunkt ihres Eintretens unbestimmt sind.

Sie sind als Rückstellungen mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.¹⁰⁹

Andere Rückstellungen wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von **9.600 €** bilanziert. Dabei handelt es sich um Rückstellungen für Prüfungsgebühren für die Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss 2011.

5.3.4 Passive Rechnungsabgrenzung

Die (aktiven und) passiven Rechnungsabgrenzungsposten dienen zur periodengerechten Ergebnisermittlung. Als passive Rechnungsabgrenzung werden die Beträge in der Bilanz dargestellt, die vor dem Bilanzstichtag eingegangen sind, aber nach ihrem wirtschaftlichen Entstehungsgrund als Ertrag einem späteren Haushaltsjahr zuzuordnen sind.¹¹⁰

¹⁰⁸ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO

¹¹⁰ Vgl. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO

Auch die nicht im Haushaltsjahr verwendeten zweckgebundenen Erträge müssen auf der Passivseite der Bilanz als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.¹¹¹

Bei der Gemeinde Rennau werden zum Bilanzstichtag passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von **1.054,00 €** in die Bilanz eingestellt.

¹¹¹ Vgl. § 49 Abs. 4 GemHKVO

6 Fazit Bilanz

Die vorherrschende Finanzlage der Gemeinde Rennau ist nicht mehr ausgeglichen. Die Nettoposition ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 25.000 € gesunken. Dies resultiert zum einen daraus, dass die Jahreseinnahmen die gegenüberstehenden Ausgaben nicht decken, was als Jahresfehlbetrag ausgewiesen wird. Zum anderen liegt die Ursache darin, dass ein Teil der Sonderposten aufgelöst wurde.

Die geringe Entschuldung wird durch die höheren Abschreibungen kompensiert.

7 Nicht bilanzierte Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Im Anhang sind gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 6 GemHKVO neben den passivierten Verpflichtungen auch jene Haftungsverhältnisse anzugeben, aus denen sich gleichwertige Rückgriffsforderungen ergeben können.

Zu diesen nicht zu bilanzierenden Verpflichtungen, die unter der Bilanz ausgewiesen werden, zählen insbesondere Verpflichtungen aus langfristigen angemieteten Immobilien, Leasingverträgen etc. Im Haushaltsjahr 2011 bestehen nicht zu bilanzierende Haftungsverhältnisse in Höhe von 0,00 €.

Neben den nicht zu bilanzierenden Verpflichtungen aus Verträgen sind im Anhang gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 5 GemHKVO Haftungsverhältnisse wie Bürgschaften oder Patronatserklärungen aufzuführen. Die Gemeinde Rennau geht zum Abschlussstichtag keine derartigen Haftungsverhältnisse ein.

8 Übersicht der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen 2011

Die Zusammensetzung des im Jahresabschluss 2011 ausgewiesenen Ergebnisses ist in Anlehnung an § 55 GemHKVO im Anhang zum Jahresabschluss zu erläutern.

Gemäß § 59 Nr. 6 GemHKVO werden unter außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen ungewöhnliche, selten vorkommende oder periodenfremden Aufwendungen und Erträge gebucht. Hierzu zählen insbesondere Aufwendungen und Erträge aus Vermögensveräußerungen und Erträge aus der Herabsetzung von Schulden und Rückstellungen.

Das außerordentliche Ergebnis im Jahr 2011 weist einen Fehlbetrag in Höhe von **-232,23 €** aus, welcher sich aus außerordentlichen Erträgen in Höhe von **2.634,39 €** und außergewöhnlichen Aufwendungen in Höhe von **2.866,62 €** zusammensetzt.

Die Finanzvorfälle des außerordentlichen Ergebnisses der einzelnen Teilhaushalte können den folgenden Übersichten entnommen werden:

8.1 Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 2.1

Gesamt außerordentliche Erträge: 2.634,39 €

Gesamt außerordentliche Aufwendungen: 2.866,62 €

Gesamt außerordentliches Ergebnis: -232,23 €

außerordentliche Erträge Teilhaushalt 2.1

31.12.2011	AR04-00250	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Kommunalrabatt Gas 2010	-21,39	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00251	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Erst. Müllgeb. 2010	-76,21	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00252	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Saalnutzung 2010	-103,30	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00253	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Saalnutzung 2010	-67,00	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00254	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Saalnutzung 2010	-96,40	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00255	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Saalnutzung 2010	-101,00	04	57301	211502	TH 2.1

31.12.2011	AR04-00256	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Erst. Heizkostenabrg. 2010	-862,90	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00257	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Erst. Müllgeb.Abrg. 2010	-76,21	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00258	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Kommunalrabatt Strom 2010	-80,10	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00259	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Saalnutzung 2010	-125,00	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00265	5029000	UMBUCHUNG	Umb. NK-Abrg. 2010	-50,93	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00266	5029000	UMBUCHUNG	Umb. NK-Abrg. 2010	-22,93	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00267	5029000	UMBUCHUNG	Umb. NK-Abrg. 2010	-249,56	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	AR04-00268	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Kommunalrabatt Gas	-59,01	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	GUAR04-00054	5029000	UMBUCHUNG	Umb. NK-Abrg. 2010	34,69	04	11180	221300	TH 2.1

					-1.957,25 €				
--	--	--	--	--	-------------	--	--	--	--

außerordentliche Aufwendungen Teilhaushalt 2.1

31.12.2011	ER04-01002	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Strom 2010 Sportheim	233,79	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01005	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Gas 2010	115,90	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01007	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Müllabrg. 2010	21,74	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01009	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Wasser 2010	194,44	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01010	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Wasser 2010	3,75	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01019	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Busbeförderung Dez. 2010	282,00	04	36110	211400	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01020	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Müllgeb.Abrg. 2010	21,24	04	11180	221300	TH 2.1

31.12.2011	ER04-01021	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Wasser 2010	42,28	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01022	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Gas 2010	788,18	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	ER04-01023	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Heizkosten Rest 2010	92,21	04	11180	221300	TH 2.1
31.12.2011	GU04-00099	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Strom 2010 MZH	-158,60	04	57301	211503	TH 2.1
31.12.2011	GU04-00100	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Strom 2010	-9,93	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	GU04-00102	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Müllabrg. 2010	-8,93	04	57301	211502	TH 2.1
31.12.2011	GU04-00104	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Müllabrg. 2010	-76,21	04	57301	211503	TH 2.1
					1.541,86 €				

Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 1.1:

1.957,25 € Erträge

- 1.541,86 € Aufwendungen

= 415,39 €

8.2 Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 2.2

außerordentliche Erträge Teilhaushalt 2.2

31.12.2011	GUAR04-00039	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Anteil Einkomm.St. 2010	2.780,00	04	61100	221100	TH 2.2
31.12.2011	AR04-00261	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. KA Strom 2010	-2.089,69	04	53100	221100	TH 2.2
31.12.2011	AR04-00262	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. KA Gas 2010	-421,63	04	53200	221100	TH 2.2
31.12.2011	AR04-00263	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Dividende 2010	-703,03	04	53100	221100	TH 2.2
					-434,35 €				

außerordentliche Aufwendungen Teilhaushalt 2.2

31.12.2011	ER04-01000	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Gew.St.Umlage Rest 2010	533,00	04	61100	221100	TH 2.2
31.12.2011	ER04-01024	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Prüfungsgeb. JR 2010	1.657,50	04	11130	221100	TH 2.2

					2.190,50 €				
--	--	--	--	--	------------	--	--	--	--

Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 2.1:

434,35 € Erträge

- 2.190,50 € Aufwendungen

= -1.756,15 €

8.3 Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 3.2

außerordentliche Erträge Teilhaushalt 3.2

31.12.2011	AR04-00260	5029000	UMBUCHUNG	Umb. Kommunalrabatt Strom 2010	-242,79	04	54502	321200	TH 3.2
					-242,79 €				

außerordentliche Aufwendungen Teilhaushalt 2.1

31.12.2011	ER04-01016	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenentw. 2010 Ahmstorf	149,28	04	54100	321200	TH 3.2
31.12.2011	ER04-01017	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenentw. 2010 Rennau	3,99	04	54100	321200	TH 3.2

31.12.2011	ER04-01018	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenentw. 2010 Rottorf	5,25	04	54100	321200	TH 3.2
31.12.2011	GU04-00107	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenbel. Ahmstorf 2010	-162,18	04	54502	321200	TH 3.2
31.12.2011	GU04-00108	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenbel. Ahmstorf Mühlenberg 2010	-40,42	04	54502	321200	TH 3.2
31.12.2011	GU04-00109	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenbel. Rennau 2010	-383,05	04	54502	321200	TH 3.2
31.12.2011	GU04-00110	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenbel. Rottorf 2010	-396,88	04	54502	321200	TH 3.2
31.12.2011	GU04-00111	5129000	UMBUCHUNG	Umb. Abrg. Straßenbel. Festplatz 2010	-41,73	04	54502	321200	TH 3.2
					-865,74 €				

Außerordentliches Ergebnis Teilhaushalt 3.2:

242,79 € Erträge

865,74 € Aufwendungen

= 1.108,53 €

9 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen

Es liegen im Haushaltsjahr 2011 keine über- und außerplanmäßigen Aufwendungen vor.

10 Rechenschaftsbericht

10.1 Gesamtergebnishaushalt

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge und Aufwendungen des jeweiligen Haushaltsjahres gegenüber gestellt und das Jahresergebnis ermittelt. Das Jahresergebnis ergibt sich durch Addition des ordentlichen mit dem außerordentlichen Ergebnis.

Nach der Ergebnisrechnung 2011 ergibt sich folgendes Jahresergebnis:

Ordentliches Ergebnis			
	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Ordentl. Erträge	470.578,82 €	423.300,00 €	47.278,82 €
Ordentl. Aufwendungen	483.380,66 €	532.300,00 €	-48.919,34 €
Ordentliches Ergebnis	-12.801,84 €	-109.000,00 €	96.198,16 €

Außerordentliches Ergebnis			
	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Außerordentl. Erträge	2.634,39 €	0,00 €	2.634,39 €
Außerordentl. Aufwendungen	2.866,62 €	0,00 €	2.866,62 €
Außerordentliches Ergebnis	-232,23 €	0,00 €	-232,23 €

Jahresergebnis			
	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Gesamtertrag	473.213,21 €	423.300,00 €	49.913,21 €
Gesamtaufwand	486.247,28 €	532.300,00 €	-46.052,72 €
Jahresergebnis	-13.034,07 €	-109.000,00 €	95.965,93 €

Doppischer Fehlbetragsvortrag aus Vorjahren gesamt	0,00 €
Kameraler Fehlbetragsvortrag aus Vorjahren gesamt	-440.331,96 €
Es ergibt sich somit ein doppisch fortzuschreibender Jahresfehlbetrag von	-13.034,07 €
Es ergibt sich somit ein kameral fortzuschreibender Jahresfehlbetrag von	-440.331,96 €
Summe kameraler und doppischer Fehlbetrag gesamt	-453.366,03 €

10.1.1 Erträge

Gesamtübersicht

Erträge	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Steuern und Abgaben	326.984,23 €	285.200,00 €	41.784,23 €
Zuwendungen/Allgemeine Umlagen	84.456,00 €	62.900,00 €	21.556,00 €
Auflösungserträge aus Sonderposten	16.655,43 €	35.300,00 €	-18.644,57 €
Sonstige Transfererträge	0,00 €	0 €	0,00 €
Öffentlich-rechtl. Entgelte	5.093,50	6.600,00 €	-1.506,50 €
Privatrechtliche Entgelte	10.724,69 €	9.600,00 €	1.124,69 €
Kostenerstattungen/Umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zinsen/ähnl. Finanzerträge	1.181,51 €	700,00 €	481,51 €
Sonstige ordentliche Erträge	25.483,46 €	23.000,00 €	2.483,46 €
Gesamt	470.578,82 €	423.300,00 €	47.278,82 €

Erläuterungen zu einzelnen Ertragsarten

Steuern und ähnliche Abgaben:

Steuern/ähnl. Abgaben	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Grundsteuer A	19.835,74	20.000	-164,26
Grundsteuer B	40.874,17	41.000	-125,83
Gewerbesteuer	24.484,82	4.700	19.784,82
Hundesteuer	3.089,50	2.700	389,50
Gemeindeanteil Einkommensteuer	236.740,00	215.000	21.740,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	1.960,00	1.800	160,00
	326.984,23	285.200,00	41.784,23

Die Erträge aus Steuern stellten im Jahr 2011 mit rd. 69 % der Gesamterträge die wesentlichste Ertragsposition der Gemeinde Rennau dar. Positive Abweichungen ergaben sich bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit Mehrerträgen von jeweils rd. 20.000 €. Bei der Gewerbesteuer führten Nachzahlungen für Vorjahre zu den vorstehenden Mehrerträgen. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stieg insgesamt

das Steueraufkommen im Land Niedersachsen etwas an und führte zu entsprechenden Mehrerträgen.

Alle anderen Steuererträge verliefen im Rahmen der Planungen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Zuwendungen/allg. Umlagen	84.456,00 €	62.900,00 €	21.556,00 €

Veränderungen ergeben sich im Jahresabschluss 2011 nur bei den Zuweisungen von der Samtgemeinde Grasleben, konkret bei der Weiterleitung der Schlüsselzuweisungen an die Mitgliedsgemeinden. Diese werden von der Samtgemeinde Grasleben zunächst insgesamt vereinnahmt und anschließend anteilig an die Mitgliedsgemeinden weitergeleitet. Die Mehrerträge bei der Samtgemeinde im Jahr 2011 bei den Schlüsselzuweisungen führten mithin zu einer höheren Verteilungsmasse für die Mitgliedsgemeinden und steigerten die Ertragslage wie vorstehend ausgeführt.

Auflösungserträge aus Sonderposten

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Auflösungserträge aus Sonderposten	16.655,43 €	35.300,00 €	-18.644,57 €

Zum Zeitpunkt der Ansatzplanung für das Haushaltsjahr 2011 lag noch keine Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 vor. Somit war keine vollständige Übersicht über das Volumen der aufzulösenden Sonderposten möglich. Aufgrund des zu hoch geplanten Ansatzes entstand im Haushaltsjahr 2011 ein Minderertrag in Höhe von 18.644,57 €.

Sonstige Transfererträge

Sonstige Transfererträge waren im Haushaltsjahr 2011 nicht geplant und im Ergebnis auch nicht zu verzeichnen.

Öffentlich rechtliche Entgelte:

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Öffentlich-rechtliche Entgelte	5.093,50 €	6.600,00 €	-1.506,50 €

Die Ertragsposition der Öffentlich-rechtlichen Entgelte setzt sich zusammen aus Benutzungsgebühren, Verwaltungsgebühren und sonstigen Gebühren.

Den größten Anteil an den öffentlichen Entgelten haben die Benutzungsgebühren, mit 5.042,50 €. Diese stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Benutzungsgebühren	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Kindertageseinrichtungen (Bus)	1.775,00 €	2.600,00 €	-825,00 €
Gemeindestraßen	1.080,00 €	1.000,00 €	80,00 €
Dorfgemeinschaftshäuser	2.187,50 €	3.000,00 €	-812,50 €
Gesamt	5.042,50 €	6.600,00 €	-1.557,50 €

Darüber hinaus stellen die Rücklastschriftgebühren den verbleibenden Anteil an den öffentlich-rechtlichen Entgelten dar. Diese stellen sich wie folgt dar:

Verwaltungsgebühren	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Finanz- und Rechnungswesen	51,00 €	0,00 €	51,00 €
Gesamt	51,00 €	0,00 €	51,00 €

Insgesamt ergibt sich somit folgende Gesamtentwicklung ohne weitergehenden Erläuterungsbedarf:

Öffentlich-rechtl. Entgelte	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Benutzungsgebühren	5.042,50 €	6.600,00 €	-1.557,50 €
Verwaltungsgebühren	51,00 €	0,00 €	51,00 €
Gesamt	5.093,50 €	6.600,00 €	-1.506,50 €

Privatrechtliche Entgelte

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Privatrechtliche Entgelte	10.724,69 €	9.600,00 €	1.124,69 €

Hierbei handelt es sich überwiegend um Mieterträge. Es ergeben sich keine erläuterungsbedürftigen Abweichungen.

Kostenerstattungen und Umlagen

Erträge aus Kostenerstattungen und Umlagen waren im Haushaltsjahr 2011 nicht geplant und im Ergebnis auch nicht zu verzeichnen.

Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	Abweichung
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.181,51 €	700,00 €	481,51 €

Die marginale Steigerung der Zinserträge ergab sich aus der Verzinsung von Steuernachforderungen bei der Gewerbesteuer. Hier wurden 430 € festgesetzt, bei einem Ansatz von 100 €.

Sonstige ordentliche Erträge

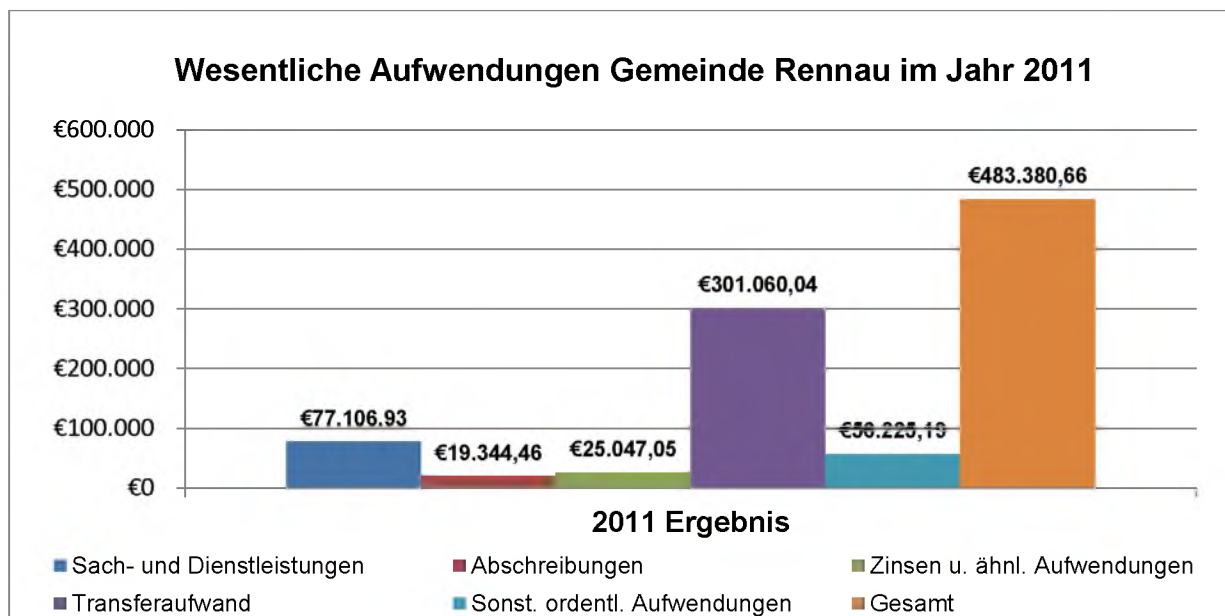
Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	Abweichung
Sonst. ordentliche Erträge	25.483,46 €	23.000,00 €	2.483,46 €

Hierzu fallen im Wesentlichen die Erträge aus Konzessionsabgaben für das Strom- und Gasnetz der Gemeinde Rennau. Mit einem Ergebnis von 25.200 € liegen diese Erträge um 2.400 € über dem veranschlagten Ansatz.

10.1.2 Aufwendungen

Gesamtübersicht

Aufwandsart	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)	Anteil in %
Personalaufwand	4.596,99 €	5.100 €	-503,01 €	0,9%
Versorgungsaufwendungen	0,00 €	0 €	0,00 €	0,0%
Sach- und Dienstleistungen	77.106,93 €	94.100 €	-16.993,07 €	16,0%
Abschreibungen	19.344,46 €	51.500 €	-32.155,54 €	4,0%
Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	25.047,05 €	31.100 €	-6.052,95 €	5,2%
Transferaufwand	301.060,04 €	297.100,00 €	3.960,04 €	62,3%
Sonst. ordentl. Aufwendungen	56.225,19 €	53.400 €	2.825,19 €	11,6%
Gesamt	483.380,66 €	532.300 €	-48.919,34 €	100,0%



Es entspricht dem Organisationsmodell in einer Samtgemeinde, dass die Transferaufwendungen (überwiegend Kreisumlage und Samtgemeindeumlage) von Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde im Regelfall die wesentliche Aufwandsposition im Ergebnishaushalt darstellen. Im Jahr 2011 haben diese einen Anteil von rd. 63 % am Gesamtaufwand. Dafür ist der Personalaufwand in Mitgliedsgemeinden oftmals keine relevante Größe, da dieser zu großen Teilen im Haushalt der Samtgemeinde abgebildet wird. Relevante Aufwandspositionen sind darüber hinaus insbesondere die Sach- und Dienstleistungen (rd. 16 %) sowie die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit einem Anteil von rd. 11 % am Gesamtaufwand.

Personalaufwand

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Personalaufwand	4.596,99 €	5.100,00 €	-503,01 €

Es ergeben sich keine erläuterungsrelevanten Abweichungen.

Aufwendungen für Versorgung

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Aufwendungen für Versorgung	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Aufwendungen für Versorgung von Mitarbeitern waren im Haushaltsjahr 2011 nicht veranschlagt und im Ergebnis auch nicht zu verzeichnen.

Sach- und Dienstleistungen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Sach- und Dienstleistungen	77.106,93 €	94.100,00 €	-16.993,07 €

Bei den Sach- und Dienstleistungen ergeben sich folgende größere Abweichungen:

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Unterhaltung d. Grundst. u. baul. Anl.	38.276,45 €	52.500 €	-14.223,55 €
Energieverbrauch f. Betriebszwecke	7.209,84 €	9.000 €	-1.790,16 €
Sonstige Verw.- u. Betriebsausgaben	2.459,60 €	3.500 €	-1.040,40 €
Gesamt	47.945,89 €	65.000 €	-17.054,11 €

Im Haushaltsjahr 2011 wurden zusätzlich 50.000 € für die Dachsanierung des „Schützenhauses“ in Ahmstorf eingeplant. Die Umsetzung der Reparaturmaßnahme betrug tatsächlich ca. 37.500 €.

Die Stromkosten für Straßenbeleuchtung fielen um 20% niedriger aus als ursprünglich veranschlagt.

Die Gemeinde Rennau hat keinen eigenen Kindergarten und übernimmt daher den Transport zu den Kindergärten in den benachbarten Gemeinden. Die Kosten für die Busbeförderung betrugen in 2011 lediglich rd. 2.500 €.

Abschreibungen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Abschreibungen	19.344,46 €	51.500,00 €	-32.155,54 €

Zum Zeitpunkt der Ansatzplanung für das Haushaltsjahr 2011 lag noch keine Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 vor. Daher waren die einzelnen Anlagen, die einer Abschreibung unterlagen, noch nicht vollständig bewertet. Eine vollständige Ansatzplanung für die Abschreibungen für 2011 war damit nicht möglich.

Der Minderaufwand in Höhe von 32.155,54 € entstand dabei hauptsächlich durch den nicht genutzten Ansatz für Abschreibungen auf Gebäude in Höhe von 9.060,10 € und durch einen Minderaufwand bei den Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen mit 23.012,76 €.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.047,05 €	31.100,00 €	-6.052,95 €

Zinsaufwand entsteht für die Verzinsung der bestehenden langfristig finanzierten Investitionskredite sowie für Zinsen für Liquiditätskredite. Hier ergibt sich folgendes Bild:

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Zinsen für Investitionskredite	18.923,67 €	19.000,00 €	-76,33 €
Zinsen für Liquiditätskredite	6.082,38 €	12.000,00 €	-5.917,62 €
Verzinsung von Steuererstattungen	41,00 €	100 €	-59 €
Gesamt	25.047,05 €	31.100,00 €	-6.052,95 €

Die Zinsaufwendungen für die bestehenden Investitionskredite verliefen im Rahmen der Planung.

Die Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite sind im Ergebnis von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst und nur schwer vorab zu kalkulieren. Insgesamt war im Jahresverlauf 2011 weniger Kreditvolumen erforderlich (vgl. auch Finanzrechnung), andererseits war die Verzinsung der Liquiditätskredite von einem niedrigeren Zinsniveau als erwartet begünstigt. Beide Faktoren erklären im Wesentlichen die Abweichung zwischen Planansatz und Ergebnis.

Transferaufwendungen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Transferaufwendungen	301.060,04 €	297.100,00 €	3.960,04 €

Die Transferaufwendungen ergeben sich aus der Kreisumlage, der Samtgemeindeumlage, der Gewerbesteuerumlage und aus sonstigem Transferaufwand.

Hier ergeben sich im Einzelnen folgende Ergebnisse:

Transferaufwand für	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Kreisumlage	148.190,00 €	148.200 €	-10,00 €
Samtgemeindeumlage	147.243,00 €	147.300 €	-57,00 €
Gewerbesteuerumlage	5.218,00 €	1.100 €	4.118,00 €
Sonstiger Transferaufwand	409,04 €	500 €	-90,96 €
Gesamt	301.060,04 €	297.100,00 €	3.960,04 €

Kreisumlage

Die Kreisumlage ergibt sich in ihrer Höhe in Abhängigkeit zur erreichten Steuereinnahmekraft im jeweiligen Bemessungszeitraum, hier somit der 01.10.2009 bis zum 30.09.2010. Die gegenüber der Planung leicht erhöhte Kreisumlage resultiert mithin aus geringen Ertragssteigerungen. Dies erhöht zeitverzögert die Umlageverpflichtung zur Kreisumlage im Jahr 2011.

Die Steigerung bei der Gewerbesteuerumlage ist das Ergebnis der Mehrerträge bei der Gewebesteuer (vgl. hierzu die Erträge). Hier führten Mehrerträge von rd. 20.000 € zu einer entsprechend erhöhten Gewerbesteuerumlage an das Land Niedersachsen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Sonstige ordentliche Aufwendungen	56.225,19 €	53.400,00 €	2.825,19 €

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen ergeben sich folgende größere Abweichungen:

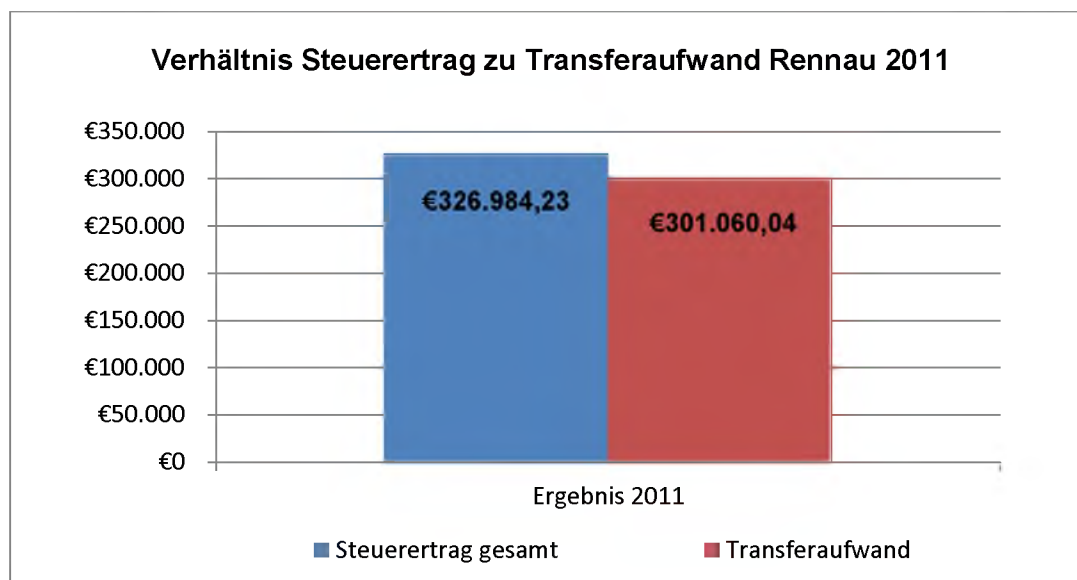
Bezeichnung	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Gebühren für überörtliche Prüfung	9.827,50 €	1.800,00 €	8.027,50 €
Erstatt. Aufw. Dritter aus lfd. Verw.tätigk. Gem.	23.081,12 €	27.000,00 €	3.918,88 €
Gesamt	32.908,62 €	28.800,00 €	11.946,38 €

Für die Prüfung der Eröffnungsbilanz und der Jahresrechnung wurden im Produkt „Finanz- und Rechnungswesen“ Rückstellungen in Höhe von 9.600 € gebildet.

Im Produkt „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ waren in 2011 Erstattungen an Nachbarkommunen im Rahmen der Defizitbezuschung in Höhe von 27.000 € veranschlagt. Die erbrachten Aufwendungen fielen letztendlich um 15 % niedriger aus und stehen in Abhängigkeit zur tatsächlich erfolgten Nutzung der Kindertagesstätten durch Kinder der Gemeinde Rennau.

Bewertung der Haushaltssituation 2011

Insgesamt setzte sich im Jahr 2011 die angespannte Haushaltslage der Gemeinde Rennau unverändert fort. Ursächlich hierfür ist unverändert die fehlende Ertragslage im Ergebnishaushalt, hier insbesondere bei der Gewerbesteuer. Das hohe Umlagevolumen ist die wesentliche Belastungsposition für den Haushalt und kann kaum noch vollständig durch Steuererträge gedeckt werden. Hier wiederum spiegelt sich die geringe Größe der Samtgemeinde und ihrer Mitgliedsgemeinden wider. Daneben führt aber auch die hohe Kreisumlage an den Landkreis Helmstedt zu einer erheblichen Haushaltsbelastung und schränkt den kommunalen Selbstverwaltungsspielraum zunehmend gravierend ein.



Die vorstehende Grafik verdeutlicht sehr anschaulich, dass nahezu das gesamte Steueraufkommen durch die zu leistenden Umlagen gebunden wird. Im Jahr 2011 kann nur noch ein marginaler Deckungsbeitrag für den Resthaushalt generiert werden. Dieser verbleibende Überschussanteil ist aber nicht ausreichend, um die Zuschussbedarfe der übrigen Produkte zu decken und führt im Ergebnis zu einer Unterdeckung im Ergebnishaushalt.

10.2 Gesamtfinanzhaushalt

Der Finanzhaushalt unterteilt sich in

- Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Zahlungen aus Investitionstätigkeit und
- Zahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Aufnahme Kredite, Tilgung).

10.2.1 Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit setzen sich entsprechend der vorstehenden Erläuterungen zum Ergebnishaushalt insgesamt wie folgt zusammen:

	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	454.739,13 €	388.000,00 €	66.739,13 €
Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	455.832,72 €	480.800,00 €	-24.967,28 €
Saldo	-1.093,59 €	-92.800,00 €	91.706,41 €

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist mit -1.093,59 € um rd. 91.700 € besser ausgefallen als im Haushaltsplan 2011 veranschlagt. Ursächlich hierfür sind Mehreinzahlungen von rd. 66.700 € und Minderauszahlungen von rd. 25.000 €. Unabhängig von dieser Verbesserung verbleibt aber ein geringer Liquiditätsverlust, der zur Aufnahme zusätzlicher Liquiditätskredite führte.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben sich im Einzelnen wie nachfolgend dargestellt:

Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigkeit	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Steuern/ähnliche Abgaben	329.557,69 €	285.200,00 €	44.357,69 €
Zuwendungen/Allgem. Umlagen	87.090,39 €	62.900,00 €	24.190,39 €
Sonstige Transfereinzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Öffentl.-rechtl. Entgelte	4.926,70 €	6.600,00 €	-1.673,30 €
Privatrechtliche Entgelte	10.431,61 €	9.600,00 €	831,61 €

Kostenerstattungen/Umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zinsen/äbnl. Einzahlungen	413,00 €	700,00 €	-287,00 €
Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger VermGG	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonst. haushaltswirks. Einzahlungen	22.319,74 €	23.000,00 €	-680,26 €
Gesamt	454.739,13 €	388.000,00 €	66.739,13 €

Die Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit ergeben sich im Einzelnen wie nachfolgend dargestellt:

Auszahlungen für lfd. Verwaltungstätigkeit	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/weniger (-)
Personalauszahlungen	4.596,99 €	5.100,00 €	-503,01 €
Vorsorgeauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Auszahlungen f. Sach- und Dienstleistungen	74.918,03 €	94.100,00 €	-19.181,97 €
Zinsen u. ähnliche Auszahlungen	24.624,02 €	31.100,00 €	-6.475,98 €
Transferaufwendungen	302.228,04 €	297.100,00 €	5.128,04 €
Sonst. haushaltswirksame Auszahlungen	49.465,64 €	53.400,00 €	-3.934,36 €
Gesamt	455.832,72 €	480.800,00 €	-24.967,28 €

10.2.2 Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Für die im Haushaltsplan 2011 veranschlagten Investitionen ergeben sich folgende Ergebnisse:

	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	Haushaltsreste	mehr (+)/weniger (-)
Einzahlungen Investitionstätigkeit	16.950,15 €	6.300,00 €	0,00 €	10.650,15 €
Auszahlungen Investitionstätigkeit	6.668,60 €	50.600,00 €	0,00 €	-43.931,40 €
Saldo	10.281,55 €	-44.300,00 €	0,00 €	54.581,55 €

Der Saldo aus Investitionstätigkeit zeigt auf, in welcher Höhe die Investitionen durch Fördermittel und/oder Eigenkapital gedeckt sind (positiver Saldo) bzw. in welcher Höhe eine Finanzierung mit Fremdmitteln (negativer Saldo) erforderlich wird.

Im Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ergab sich in der Planung mithin ein Fremdkapitalbedarf in Höhe von 44.300 €. Im Ergebnis wurde dagegen ein positives Saldo in Höhe von rd. 10.000 € erreicht.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit ergaben sich im Einzelnen aus folgenden Maßnahmen:

Einzahlungen Investitionstätigkeit	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Diverse Kasseneinnahmereste	3.170,03 €	0,00 €	3.170,03 €
Endausbau "Sandblessen II"	13.780,12 €	6.300,00 €	7.480,12 €
Einzahlungen Gesamt	16.950,15 €	6.300 €	10.650,15 €

Die erhöhten Einzahlungen im Rahmen des Endausbaues Sandblessen II konnten zum Zeitpunkt der Planung nur überschlägig kalkuliert werden und führten im Ergebnis zu Mehreinzahlungen von rd. 7.500 €. Insgesamt lagen die Einzahlungen um rd. 10.600 € über dem Ansatz.

Die Auszahlungen für Investitionen verliefen im Jahr 2011 wie folgt:

Maßnahme	Auszahlungen Ansatz 2011	HAR 2010	Ergebnis	mehr (+)/ weniger (-)
Straßenentwässerungsanteile für Investitionen an den Wasser- verband Vorsfelde/Umgebung	1.600,00 €	0,00 €	1.525,03 €	-74,97 €
Endausbau "Sandblessen II"	7.000,00 €	0,00 €	5.143,57 €	-1.856,43 €
Modernisierung der Straßenbeleuchtung	42.000,00 €	0,00 €	0 €	-42.000,00 €
Gesamt	50.600,00 €	0,00 €	6.668,60 €	-43.931,40 €

Die letzten Arbeiten für den Endausbau „Sandblessen II“ konnten etwas kostengünstiger abgewickelt werden und führten zu einer geringen Ersparnis. Dagegen konnte die Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Jahr 2011 gar nicht umgesetzt werden. Der Ansatz wurde vollständig in das Jahr 2012 übertragen.

10.2.3 Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind grundsätzlich deckungsgleich mit der vorgesehenen Kreditermächtigung des jeweiligen Jahres, mithin 44.300 € im Jahr 2011.

Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit stellen unverändert die Tilgungsleistungen auf der Grundlage der langfristig bestehenden Kreditverträge respektive neuer Kredite im Jahresverlauf dar.

Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit gibt Auskunft über Entwicklung der Verschuldung. Ein positiver Saldo bedeutet einen Anstieg der Neuverschuldung, ein negativer Saldo bedeutet dagegen einen Schuldenabbau.

Es ergeben sich insgesamt folgende Ergebnisse:

	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0 €	44.300 €	-44.300,00 €
Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	8.889,51 €	8.900 €	-10,49 €
Saldo	-8.889,51 €	35.400 €	-44.289,51 €

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit beträgt im Jahr 2011 insgesamt -8.889,51 €. Die im Haushaltsplan kalkulierte Kreditaufnahme für 2011 in Höhe von 44.300 € ist nicht erfolgt. Ursächlich hierfür waren zunächst höhere Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und die zeitliche Verschiebung der wesentlichen Investitionsmaßnahme in das Folgejahr.

Die Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit (Tilgungsleistungen) verliefen dagegen planmäßig und betrugen rd. 8.900 €.

Der Finanzhaushalt 2011 hat somit insgesamt folgendes Gesamtergebnis:

	2011 Ergebnis	2011 Ansatz	mehr (+)/ weniger (-)
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	454.739,13 €	388.000,00 €	66.739,13 €
Einzahlungen Investitionstätigkeit	16.950,15 €	6.300,00 €	10.650,15 €
Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00 €	44.300,00 €	-44.300,00 €
Summe Einzahlungen	471.689,28 €	438.600,00 €	33.089,28 €
Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	455.832,72 €	480.800,00 €	-24.967,28 €
Auszahlungen Investitionstätigkeit	6.668,60 €	50.600,00 €	-43.931,40 €
Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	8.889,51 €	8.900,00 €	-10,49 €
Summe Auszahlungen	471.390,83 €	540.300,00 €	-68.909,17 €
Finanzmitteländerung	298,45 €	-101.700,00 €	101.998,45 €

Die eigene Liquidität konnte mithin im Jahr 2011 nahezu konstant gehalten werden. In der Summe ergab sich ein marginaler Liquiditätszugang von rd. 300 €. Damit weicht die Entwicklung bei der Liquiditätsentwicklung um erfreuliche 100.000 € positiv von der Planung 2011 ab.

Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Krediten:

Die Verschuldung aus Krediten ergibt sich aus Liquiditätskrediten sowie den Krediten zur Finanzierung von Investitionen (Investitionskredite). Hier ist für das Jahr 2011 folgende Entwicklung gegeben:

	Anfangsbestand 01.01.2011	Endbestand 31.12.2011	mehr (+)/ weniger (-)
Bestand Liquiditätskredite	452.815,63 €	455.318,56 €	2.502,93 €
Bestand Investitionskredite	451.654,67 €	442.765,16 €	-8.889,51 €
Kredite gesamt	904.470,30 €	898.083,72 €	-6.386,58 €

Bedingt durch einen stichtagsbezogen leichten Anstieg der Liquiditätskredite stieg der Bestand an Liquiditätskrediten im Jahr 2011 um geringfügig rd. 2.500 € an.

Bei den Investitionskrediten konnte dagegen eine leichte Entschuldung von rd. 8.900 € erreicht werden.

Bezogen auf den Bilanzstichtag 31.12.2011 sind die Verbindlichkeiten aus Krediten mithin um rd. 6.300,00 € im Jahr 2011 gesunken und betragen insgesamt rd. 898.000,00 €.

11 Anlagen zum Rechenschaftsbericht 2011

11.1 Anlagenübersicht gem. § 56 Abs. 1 GemHKVO

Vermögen ¹⁾	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen ³⁾	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
		+	-	+/-			-	-	+			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände²⁾	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sachvermögen²⁾ (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.876.927,82	6.668,60	0,00	0,00	1.883.596,42	0,00	-19.327,14	0,00	0,00	-19.327,14	1.864.269,28	1.876.927,82
2.1 Unbebaute Grundstücke	48.531,43	0,00	0,00	0,00	48.531,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48.531,43	48.531,43
2.2 Bebaute Grundstücke	799.049,23	0,00	0,00	0,00	799.049,23	0,00	-9.439,90	0,00	0,00	-9.439,90	789.609,33	799.049,23
2.3 Infrastrukturvermögen	585.862,39	1.525,03	0,00	168.667,76	756.055,18	0,00	-9.887,24	0,00	0,00	-9.887,24	746.167,94	585.862,39
2.9 Geleistete Anzahlungen; Anlagen im Bau	443.484,77	5.143,57	0,00	-168.667,76	279.960,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	279.960,58	443.484,77
3. Finanzvermögen²⁾ (ohne Forderungen)	2.880,00	0,00	0,00	0,00	2.880,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.880,00	2.880,00
3.2 Beteiligungen	2.880,00	0,00	0,00	0,00	2.880,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.880,00	2.880,00
insgesamt	1.879.807,82	6.668,60	0,00	0,00	1.886.476,42	0,00	-19.327,14	0,00	0,00	-19.327,14	1.867.149,28	1.879.807,82

¹⁾ In der Anlagenübersicht auszuweisen sind Immaterielle Vermögensgegenstände, das Sachvermögen ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände sowie das Finanzvermögen ohne Vorräte

²⁾ Es ist eine Darstellung entsprechend dem Muster 14 A. Bilanz vorgegebenen Gliederung der Bilanzpositionen vorzunehmen.

³⁾ Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

11.2 Forderungsübersicht gem. §56 Abs. 2 GemHKVO

Art der Forderungen ¹⁾	Gesamt- Betrag ²⁾ am 31.12. des Haushalts- jahres -Euro-	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag am 31.12. des Vor- jahres Euro-	Mehr (+)/ weniger(-) -Euro-
		bis zu 1 Jahr -Euro-	über 1 bis 5 Jahre -Euro-	mehr als 5 Jahre -Euro-		
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	5.152,11	5.152,11	0,00	0,00	5.813,83 €	-661,72
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	2.298,10	2.298,10	0,00	0,00	118,00	2.180,10
Summe aller Forderungen	7.450,21	7.450,21	0,00	0,00	5.931,83 €	1.518,38

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

2) Der Gesamtbetrag bezieht sich auf Forderungen abzüglich im Haushaltsjahr vorgenommener Wertberichtigungen.

Abweichend kann als Gesamtbetrag der Nominalbetrag der Forderung und in einer gesonderten Spalte die Wertberichtigungen ausgewiesen werden.

11.3 Schuldenübersicht gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO

Art der Schulden ¹⁾	Gesamt- betrag am 31.12. des Haushalts- jahres -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamt betrag am 31.12. des Vor- jahres -Euro-	Mehr (+)/ weniger (-) -Euro-
		bis zu 1 Jahr -Euro-	über 1 bis 5 Jahre -Euro-	mehr als 5 Jahre -Euro-		
	1	2	3	4	5	6
1. Geldschulden	898.083,72	455.318,56	0,00	442.765,16	904.470,30	-6.386,58
1.1 Anleihen						
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	442.765,16	0,00	0,00	442.765,16	451.654,67	-8.889,51
1.3 Liquiditätskredite	455.318,56	455.318,56	0,00	0,00	452.815,63	+2.502,93
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
2. Verbindlichkeiten aus kredit- ähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.470,10	1.470,10	0,00	0,00	0,00	+1.470,10
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	+0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.671,17	5.671,17	0,00	0,00	4.885,67	+785,50
Schulden insgesamt	905.224,99	462.459,83	0,00	442.765,16	909.355,97	-4.130,98

¹⁾ Gliederung richtet sich nach der Bilanz

11.4 Rückstellungsübersicht gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

Art der Rückstellung ¹⁾	Bestand am 31.12. des Haushalts- jahres	Zuführung	Inanspruch- nahme und Herab- setzung ²⁾	Auflösung ³⁾	Bestand am 31.12. des Vor- jahres	Mehr (+)/ weniger (-)
	-Euro- 1	-Euro- 2	-Euro- 3	-Euro- 4	-Euro- 5	-Euro- 6
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen davon	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldéponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. andere Rückstellungen	9.600,00	9.600,00	0,00	0,00	0,00	9.600,00
Summe aller Rückstellungen	9.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.600,00

¹⁾ Gliederung richtet sich nach der Bilanz

²⁾ Inanspruchnahme und Herabsetzung sind im ordentlichen Ergebnis auszuweisen.

³⁾ Die Auflösung ist gem. § 60 Nr. 6 KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

11.5 Produktübersicht nach der Organisationsstruktur der Gemeinde Rennau 2011

Zuordnung der Produkte zu Teilhaushalten:

THH 1.1 Haupt- und Personalamgelegenheiten, Wirtschaftsförderung

11110 Gemeindeorgane, Sitzungsdienst, repräs. Veranstalt.

11120 Innere Verwaltungsangelegenheiten

THH 2.1 Wahlen, Schule, Kultur, Kindergärten und Sport

28110 Heimat- und sonstige Kulturpflege

36110 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

42100 Förderung des Sports

42402 Sportplätze

57301 Dorfgemeinschaftshäuser

THH 2.2 Finanzwirtschaft

11130 Finanz- und Rechnungswesen

11180 Grundstücks- und Gebäudemanagement

53100 Konzessionsabgabe Strom

53200 Konzessionsabgabe Gas

61100 Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen

61200 Sonstige allg. Finanzwirtschaft

THH 3.2 Bauverwaltung

36600 Spielplätze

51100 Raumplanung und Ortsentwicklung

54100 Gemeindestraßen

54502 Straßenbeleuchtung

55200 Unterhaltung und Entwicklung von Gewässern

55500 Wirtschaftswege

12 Vollständigkeitserklärung

Nach § 129 Abs. 1 Satz 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) stelle ich gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 fest.

Es wird bestätigt,

- dass alle für den Jahresabschluss notwendigen Aufklärungen, Nachweise und Unterlagen vollständig und den gesetzlichen Normen entsprechend dem Rechnungsprüfungsamt übergeben wurden,
- dass alle Finanzvorfälle richtig und vollständig ausgewiesen sind und die Führung der Geschäfte und der Jahresabschluss nach besten Wissen und Gewissen aufgestellt wurden,
- dass im Jahresabschluss alle zu bilanzierenden Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Forderungen und Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzung enthalten sind und darüber hinaus alle Aufwendungen, Erträge und Auszahlungen und Einzahlungen im Jahresabschluss erfasst wurden,
- dass der gesetzlich vorgeschriebene Anhang und Rechenschaftsbericht alle für eine umfassende Beurteilung der Vermögens und Finanzlage der Gemeinde Rennau erforderlichen Angaben enthalten und diese den gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen entsprechen.

Grasleben, den _____

Frank Nitsche

Gemeindedirektor der Gemeinde Rennau

13 Bilanzkennzahlen

Kapitalstruktur

Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition}}{\text{Bilanzsumme}}$

Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang (incl. Sonderposten) berücksichtigt.

Ziel: Wert möglichst hoch

	Kennzahl	31.12.2011
1.	Kapitalstruktur	
1.1.	Nettopositionsquote (Eigenkapitalquote)	51,42 %
1.2.	Verschuldung je Einwohner aus Kreditverbindlichkeiten	1.312,99 €
1.3.	Kreditverschuldungsgrad	47,64 %
2.	Finanzstruktur/Liquidität	
2.1.	Liquidität 1. Grades	2,25 %

Bilanzposition	31.12.2011
Nettoposition	969.338,82 €
Summe Passivseite	1.885.217,81 €
Nettopositionsquote	51,42 %

Hinweis: Je höher der Nettopositionsansatz ist, desto unabhängiger ist die Kommune von den Entwicklungen der Zinsen am Kreditmarkt. Ein starker Zinsanstieg würde sich daher z.B. weniger auf die Ertrags-/Aufwandsstruktur auswirken.

Verschuldung je Einwohner aus Kreditverbindlichkeiten

Berechnung: Verbindlichkeiten aus Krediten

Einwohner

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Krediten umfassen die Investitionskredite und Liquiditätskredite.

Ziel: Wert möglichst niedrig

Bilanzposition	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	442.765,16 €
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	455.318,56 €
Einwohner	684
Verschuldung je Einwohner aus Kreditverbindlichkeiten	1.312,99 €

Hinweis: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Kommune verschuldet ist.

Kreditverschuldungsgrad

Berechnung: Verbindlichkeiten aus Krediten

Bilanzsumme

Datenbasis: Die Verbindlichkeiten aus Krediten umfassen die Investitionskredite und die Liquiditätskredite.

Ziel: Wert möglichst gering

Bilanzposition	31.12.2011
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	442.765,16 €
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	455.318,56 €
Bilanzsumme	1.885.217,81 €
Kreditverschuldungsgrad	47,64 %

Hinweis: Hoher Verschuldungsgrad bedeutet

- hohes Zinsänderungsrisiko

- Abhängigkeit von Gläubigern. Das Finanzierungsrisiko ist für den Kreditgeber höher und führt möglicherweise zu einem höheren Fremdkapitalzinssatz

Finanzstruktur /Liquidität

Liquidität 1. Grades

Berechnung: Liquide Mittel

Kurzfristiges Fremdkapital < 1 Jahr

Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	31.12.2011
Liquide Mittel	10.618,32 €
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	455.318,56 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.470,10 €
Transferverbindlichkeiten	0,00 €
Sonstige Verbindlichkeiten	5.671,17 €
Andere Rückstellungen	9.600,00 €
Liquidität 1. Grades	2,25 %

Hinweis: Aussage über die Zahlungsfähigkeit der Kommune zum Betrachtungstichtag.

14 Anlage zum Rechenschaftsbericht: Übersicht über die einzelnen Produktergebnisse

Produkt	Bezeichnung	Ansatz			Ergebnis			Ergebnis- Abweichung	Außerordentliches Ergebnis			Jahres- ergebnis
		Ordentl. Erträge	Ordentl. Aufwand	Ergebnis geplant	Ordentl. Erträge	Ordentl. Aufwand	Ergebnis Ist		Ertrag	Aufwand	Ergebnis	
11110	Gemeindeorgane, Sitzungsdienst	- €	5.900,00 €	- 5.900,00 €	- €	5.757,32 €	- 5.757,32 €	142,68 €	- €	- €	- €	- 5.757,32 €
11120	Innere Verwaltungsangelegenheiten	- €	1.600,00 €	- 1.600,00 €	- €	1.328,00 €	- 1.328,00 €	272,00 €	- €	- €	- €	- 1.328,00 €
11130	Finanz- und Rechnungswesen	200,00 €	1.800,00 €	- 1.600,00 €	334,46 €	10.296,49 €	- 9.962,03 €	- 8.362,03 €	- €	1.657,50 €	-1.657,50 €	- 11.619,53 €
11180	Grundstücks- und Gebäudemanagement	9.600,00 €	61.400,00 €	- 51.800,00 €	9.955,04 €	43.934,62 €	- 33.979,58 €	17.820,42 €	347,74 €	943,91 €	- 596,17 €	- 34.575,75 €
28110	Heimat- und sonstige Kulturpflege	- €	200,00 €	- 200,00 €	- €	190,00 €	- 190,00 €	10,00 €	- €	- €	- €	- 190,00 €
36110	Förderung v. Kindern in Tageseinrichtg.	2.600,00 €	34.500,00 €	- 31.900,00 €	1.775,00 €	29.200,75 €	- 27.425,75 €	4.474,25 €	- €	282,00 €	- 282,00 €	- 27.707,75 €
42100	Förderung des Sports	- €	600,00 €	- 600,00 €	- €	409,04 €	- 409,04 €	190,96 €	- €	- €	- €	- 409,04 €
42402	Sportplätze	- €	1.400,00 €	- 1.400,00 €	- €	1.596,60 €	- 1.596,60 €	- 196,60 €	- €	- €	- €	- 1.596,60 €
53100	Konzessionsabgaben Strom	21.800,00 €	- €	21.800,00 €	23.951,51 €	- €	23.951,51 €	2.151,51 €	2.792,72 €	- €	2.792,72 €	26.744,23 €
53200	Konzessionsabgaben Gas	1.600,00 €	- €	1.600,00 €	2.000,00 €	- €	2.000,00 €	400,00 €	421,63 €	- €	421,63 €	2.421,63 €
54100	Gemeindestraßen	27.300,00 €	42.900,00 €	- 15.600,00 €	9.608,97 €	19.982,64 €	- 10.373,67 €	5.226,33 €	- €	158,52 €	- 158,52 €	- 10.532,19 €
54502	Straßenbeleuchtung	- €	11.000,00 €	- 11.000,00 €	- €	9.053,04 €	- 9.053,04 €	1.946,96 €	242,79 €	-1.024,26 €	1.267,05 €	- 7.785,99 €
55200	Unterhaltung u. Entwicklung von Gewässern	- €	12.900,00 €	- 12.900,00 €	- €	12.868,08 €	- 12.868,08 €	31,92 €	- €	- €	- €	- 12.868,08 €
55500	Wirtschaftswege	- €	7.500,00 €	- 7.500,00 €	- €	6.762,57 €	- 6.762,57 €	737,43 €	- €	- €	- €	- 6.762,57 €
57301	Dorfgemeinschaftshäuser	5.000,00 €	22.900,00 €	- 17.900,00 €	3.782,33 €	16.294,76 €	- 12.512,43 €	5.387,57 €	1.609,51 €	315,95 €	1.293,56 €	- 11.218,87 €
61100	Steuern. allg. Zuweisungen und Umlagen	355.200,00 €	296.700,00 €	58.500,00 €	419.171,51 €	300.700,70 €	118.470,81 €	59.970,81 €	-2.780,00 €	533,00 €	-3.313,00 €	115.157,81 €
61200	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	- €	31.000,00 €	- 31.000,00 €	- €	25.006,05 €	- 25.006,05 €	5.993,95 €	- €	- €	- €	- 25.006,05 €
		423.300,00 €	532.300,00 €	-109.000,00 €	470.578,82 €	483.380,66 €	- 12.801,84 €	96.198,16 €	2.634,39 €	2.866,62 €	- 232,23 €	- 13.034,07 €

Produkt 11110

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen				0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung				0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		819,00	400,00	419,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		4.938,32	5.500,00	-561,68
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		5.757,32	5.900,00	-142,68
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		5.757,32	5.900,00	-142,68
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		5.757,32	5.900,00	-142,68

Produkt 11120

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		1.328,00	1.600,00	-272,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		1.328,00	1.600,00	-272,00
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-1.328,00	-1.600,00	272,00
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-1.328,00	-1.600,00	272,00

Produkt 11130

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	40,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		51,00	0,00	51,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		283,46	200,00	83,46
12	= Summe ordentliche Erträge		334,46	200,00	134,46
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		409,37	0,00	409,37
16	Abschreibungen		8,62	0,00	8,62
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen				
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		9.878,50	1.800,00	8.078,50
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		10.296,49	1.800,00	8.496,49
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-9.962,03	-1.600,00	-8.362,03
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		1.657,50	0,00	1.657,50
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-1.657,50	0,00	-1.657,50
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-11.619,53	-1.600,00	-10.019,53

Produkt 11180

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		9.955,04	9.600,00	355,04
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		9.955,04	9.600,00	355,04
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		42.817,71	55.400,00	-12.582,29
16	Abschreibungen		1.116,91	6.000,00	-4.883,09
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		43.934,62	61.400,00	-17.465,38
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-33.979,58	-51.800,00	17.820,42
22	außerordentliche Erträge		347,74	0,00	347,74
23	außerordentliche Aufwendungen		943,91	0,00	943,91
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-596,17	0,00	-596,17
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-34.575,75	-51.800,00	17.224,25

Produkt 28110

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	-412,81
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		190,00	200,00	200,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		190,00	200,00	200,00
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-190,00	-200,00	-200,00
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-190,00	-200,00	-200,00

Produkt 36110

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		1.775,00	2.600,00	-825,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		1.775,00	2.600,00	-825,00
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		3.660,03	4.000,00	-339,97
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.459,60	3.500,00	-1.040,40
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		23.081,12	27.000,00	-3.918,88
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		29.200,75	34.500,00	-5.299,25
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-27.425,75	-31.900,00	4.474,25
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		282,00	0,00	282,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-282,00	0,00	-282,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-27.707,75	-31.900,00	4.192,25

Produkt 42100

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	100,00	-100,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		409,04	500,00	-90,96
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		409,04	600,00	-190,96
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-409,04	-600,00	190,96
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-409,04	-600,00	190,96

Produkt 42402

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.380,49	1.400,00	-19,51
16	Abschreibungen		216,11	0,00	216,11
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		1.596,60	1.400,00	196,60
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-1.596,60	-1.400,00	-196,60
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-1.596,60	-1.400,00	-196,60

Produkt 53100

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		751,51	600,00	151,51
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		23.200,00	21.200,00	2.000,00
12	= Summe ordentliche Erträge		23.951,51	21.800,00	2.151,51
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		23.951,51	21.800,00	2.151,51
22	außerordentliche Erträge		2.792,72	0,00	2.792,72
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		2.792,72	0,00	2.792,72
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		26.744,23	21.800,00	4.944,23

Produkt 53200

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		2.000,00	1.600,00	400,00
12	= Summe ordentliche Erträge		2.000,00	1.600,00	400,00
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		2.000,00	1.600,00	400,00
22	außerordentliche Erträge		421,63	0,00	421,63
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		421,63	0,00	421,63
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		2.421,63	1.600,00	821,63

Produkt 54100

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH-Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflöserträge aus Sonderposten		8.513,63	26.300,00	-17.786,37
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		1.080,00	1.000,00	80,00
06	privatrechtliche Entgelte		15,34	0,00	15,34
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		9.608,97	27.300,00	-17.691,03
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		6.269,21	5.400,00	869,21
16	Abschreibungen		9.582,26	32.900,00	-23.317,74
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		4.131,17	4.600,00	-468,83
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		19.982,64	42.900,00	-22.917,36
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-10.373,67	-15.600,00	5.226,33
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		158,52	0,00	158,52
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-158,52	0,00	-158,52
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-10.532,19	-15.600,00	5.067,81

Produkt 54502

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH-Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		8.748,06	11.000,00	-2.251,94
16	Abschreibungen		304,98	0,00	304,98
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		9.053,04	11.000,00	-1.946,96
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-9.053,04	-11.000,00	1.946,96
22	außerordentliche Erträge		242,79	0,00	242,79
23	außerordentliche Aufwendungen		-1.024,26	0,00	-1.024,26
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		1.267,05	0,00	1.267,05
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-7.785,99	-11.000,00	3.214,01

Produkt 55200

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		12.868,08	12.900,00	-31,92
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		12.868,08	12.900,00	-31,92
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-12.868,08	-12.900,00	31,92
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-12.868,08	-12.900,00	31,92

Produkt 55500

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		6.762,57	7.500,00	-737,43
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		6.762,57	7.500,00	-737,43
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-6.762,57	-7.500,00	737,43
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-6.762,57	-7.500,00	737,43

Produkt 57301

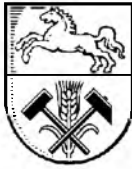
	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		840,52	2.000,00	-1.159,48
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		2.187,50	3.000,00	-812,50
06	privatrechtliche Entgelte		754,31	0,00	754,31
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		3.782,33	5.000,00	-1.217,67
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		936,96	1.100,00	-163,04
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		7.250,92	9.300,00	-2.049,08
16	Abschreibungen		8.106,88	12.500,00	-4.393,12
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		16.294,76	22.900,00	-6.605,24
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-12.512,43	-17.900,00	5.387,57
22	außerordentliche Erträge		1.609,51	0,00	1.609,51
23	außerordentliche Aufwendungen		315,95	0,00	315,95
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		1.293,56	0,00	1.293,56
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-11.218,87	-17.900,00	6.681,13

Produkt 61100

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		326.984,23	285.200,00	41.784,23
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		84.456,00	62.900,00	21.556,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		7.301,28	7.000,00	301,28
04	sonstige Transfererträge				
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)				
06	privatrechtliche Entgelte				
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen				
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		430,00	100,00	330,00
09	aktivierte Eigenleistungen				
10	Bestandsveränderungen				
11	sonstige ordentliche Erträge				
12	= Summe ordentliche Erträge		419.171,51	355.200,00	63.971,51
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal				
14	Aufwendungen für Versorgung				
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				
16	Abschreibungen		8,70		8,70
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		41,00	100,00	-59,00
18	Transferaufwendungen		300.651,00	296.600,00	4.051,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen				
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		300.700,70	296.700,00	4.000,70
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		118.470,81	58.500,00	59.970,81
22	außerordentliche Erträge		-2.780,00		-2.780,00
23	außerordentliche Aufwendungen		533,00		533,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		-3.313,00		-3.313,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		115.157,81	58.500,00	56.657,81

Produkt 61200

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des HH- Jahres	Ansätze des HH- Jahres	mehr (+) / weniger (-)
	Ordentliche Erträge				
01	Steuern und ähnliche Abgaben		0,00	0,00	0,00
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (nicht für Investitionstätigkeit)		0,00	0,00	0,00
03	Auflösungserträge aus Sonderposten		0,00	0,00	0,00
04	sonstige Transfererträge		0,00	0,00	0,00
05	öffentlich-rechtliche Entgelte (ohne Beiträge und Entgelte für Inv.- tätigkeit)		0,00	0,00	0,00
06	privatrechtliche Entgelte		0,00	0,00	0,00
07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0,00	0,00	0,00
08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0,00	0,00	0,00
09	aktivierte Eigenleistungen		0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen		0,00	0,00	0,00
11	sonstige ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
12	= Summe ordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
	Ordentliche Aufwendungen				
13	Aufwendungen für aktives Personal		0,00	0,00	0,00
14	Aufwendungen für Versorgung		0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0,00	0,00	0,00
16	Abschreibungen		0,00	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		25.006,05	31.000,00	-5.993,95
18	Transferaufwendungen		0,00	0,00	0,00
19	sonstige ordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
20	= Summe ordentliche Aufwendungen		25.006,05	31.000,00	-5.993,95
21	ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen)		-25.006,05	-31.000,00	5.993,95
22	außerordentliche Erträge		0,00	0,00	0,00
23	außerordentliche Aufwendungen		0,00	0,00	0,00
24	außerordentliches Ergebnis (außerord. Erträge abzüglich außerord. Aufwendungen)		0,00	0,00	0,00
25	Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)		-25.006,05	-31.000,00	5.993,95



Referat (R) Rechnungsprüfung
Landkreis Helmstedt

Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau

Schlussbericht vom:	10.08.2018
Rechtsgrundlagen:	§§ 155, 156 NKomVG
Prüfer/in:	Frau Beidokat
Prüfungszeit:	23.07.2018 bis 03.08.2018 (mit Unterbrechungen)

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Vorbemerkungen	7
1.1 Prüfungsauftrag	7
1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen	7
1.3 Vorangegangene Prüfungen	8
1.3.1 Jahresrechnung 2010	8
1.3.2 Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011	8
1.3.3 Unvermutete Kassenprüfung	8
1.3.4 Beleg- und Maßnahmeprüfung	9
1.3.5 Zwischenprüfungen	9
2. Grundsätzliche Feststellungen	9
2.1 Systemprüfung	9
2.1.1 Rechnungswesen	10
2.1.2 Anordnungswesen	10
2.1.3 Buchführung	10
2.1.4 Richtlinien, Dienstanweisungen	10
2.1.5 Verträge	11
2.1.6 Verwaltungsinterne Steuerung	11
2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs	12
2.2.1 Form und Frist des Jahresabschlusses	12
2.2.2 Nullstellung der Konten	12
2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse	13
2.4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	13
2.5 Stundung, Niederschlagung und Erlass; Behandlung von Kleinbeträgen ..	13
3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft.....	14
3.1 Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung	14
3.2 Haushaltsplan/Nachtragshaushaltsplan	14
3.3 Haushaltssicherung	15
3.3.1 Haushaltssicherungskonzept	16
3.3.2 Haushaltssicherungsbericht	16
4. Ausführung des Haushaltsplans	16
4.1 Plan-Ist-Vergleich	16
4.1.1 Ergebnishaushalt	17
4.1.2 Finanzhaushalt	18

4.1.3	Teilhaushalte/Budgets	18
4.2	Vorläufige Haushaltsführung.....	19
4.3	Liquiditätskredite	19
5.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011	19
5.1	Ergebnisrechnung	20
5.1.1	Ordentliche Erträge	21
5.1.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben.....	21
5.1.1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	21
5.1.1.3	Auflösungserträge aus Sonderposten.....	22
5.1.1.4	Sonstige Transfererträge	22
5.1.1.5	Öffentlich-rechtliche Entgelte	22
5.1.1.5.1	Erhebung von Benutzungsgebühren	23
5.1.1.6	Privatrechtliche Entgelte	23
5.1.1.7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen.....	23
5.1.1.8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	23
5.1.1.9	Aktiviert Eigenleistungen/Bestandsveränderungen	24
5.1.1.10	Sonstige ordentliche Erträge	24
5.1.2	Ordentliche Aufwendungen	24
5.1.2.1	Aufwendungen für aktives Personal.....	24
5.1.2.1.1	Stellenplan.....	24
5.1.2.1.2	Personalaufwendungen.....	24
5.1.2.1.3	Aufwendungen für Versorgung.....	25
5.1.2.2	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25
5.1.2.3	Abschreibungen	25
5.1.2.4	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26
5.1.2.5	Transferaufwendungen.....	26
5.1.2.6	Sonstige ordentliche Aufwendungen	26
5.1.3	Außerordentliche Erträge	27
5.1.4	Außerordentliche Aufwendungen	27
5.1.5	Außerordentliches Ergebnis.....	27
5.1.6	Jahresergebnis	27
5.2	Teilergebnisrechnungen	27
5.3	Finanzrechnung	27
5.3.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	29
5.3.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30
5.3.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	31
5.3.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	31
5.3.5	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	32

5.3.6	Saldo aus Investitionstätigkeit	32
5.3.7	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	32
5.3.8	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	33
5.3.9	Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) ...	33
5.4	Teilfinanzrechnung.....	33
5.5	Bilanz.....	33
5.5.1	Inventur	33
5.5.2	Vermögens- und Finanzlage.....	34
5.5.2.1	Bilanz - Aktiva	34
5.5.2.1.1	Immaterielles Vermögen	34
5.5.2.1.2	Sachvermögen	35
5.5.2.1.3	Finanzvermögen	36
5.5.2.1.4	Liquide Mittel	36
5.5.2.1.5	Aktive Rechnungsabgrenzung	37
5.5.2.2	Bilanz - Passiva	37
5.5.2.2.1	Nettoposition	38
5.5.2.2.2	Schulden.....	39
5.5.2.2.3	Rückstellungen.....	39
5.5.2.3	Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre.....	40
5.6	Anhang	40
5.6.1	Rechenschaftsbericht.....	41
5.6.2	Anlagenübersicht.....	41
5.6.3	Schuldenübersicht	41
5.6.4	Forderungsübersicht.....	42
5.6.5	Rückstellungsübersicht	42
5.6.6	Übertrag von Haushaltsermächtigungen	43
5.6.6.1	Ergebnishaushalt.....	44
5.6.6.2	Finanzhaushalt.....	44
5.6.6.2.1	Maßnahme Modernisierung der Straßenbeleuchtung	44
5.6.7	Nebenrechnungen	45
6.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	45
6.1	Fehlbetrag.....	45
6.2	Zusammenfassung	46
6.2.1	Beschlussfassung über den Jahresabschluss und Entlastung	46
6.2.2	Öffentliche Auslegung des Schlussberichtes	46
6.3	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts	47
7.	Kennzahlen des Jahresabschlusses	48

Ansichtenverzeichnis

Ansicht 1:	Erträge 2011	21
Ansicht 2:	Aufwendungen 2011	24
Ansicht 3:	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011	30
Ansicht 4:	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011	30
Ansicht 5:	Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2011	31
Ansicht 6:	Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2011	32
Ansicht 7:	Aktiva 2011	34
Ansicht 8:	Passiva 2011	37
Ansicht 9:	Ertragsquoten	48
Ansicht 10:	Aufwendungsintensitäten	48
Ansicht 11:	Schulden und Investitionen	49
Ansicht 12:	Analyse des Finanzmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit	50
Ansicht 13:	Liquidität	50

Abkürzungsverzeichnis

ANL	Anlage
AO	Abgabenordnung
E-Bilanz	Erste Eröffnungsbilanz
EigBetrVO	Eigenbetriebsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
GemHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf der Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)
GemHausRNeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HA	Haushaltsansatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HSK	Haushaltssicherungskonzept
HVB	Hauptverwaltungsbeamter
KomHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung)
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
SK	Sachkonto
SOPO	Sonderposten
UStG	Umsatzsteuergesetz
VgV	Vergabeverordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +- einer Einheit (T€, Prozent usw.) auftreten.

1. Allgemeine Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der Jahresabschluss 2011 der Gemeinde Rennau ist gem. § 155 Abs. 1 i.V.m. § 153 Abs. 3 NKomVG durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Helmstedt zu prüfen.

Nach § 129 Abs. 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Der Jahresabschluss 2011 wurde dem RPA mit Datum vom 18.06.2018 zur Prüfung vorgelegt.

Die Erklärung der Vollständigkeit und Richtigkeit durch den Gemeindedirektor lag mit Datum vom 18.06.2018 vor.

Somit ergab sich ein gesetzlicher Prüfungsauftrag für das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Helmstedt zur Prüfung des Jahresabschlusses. Der vorliegende Bericht gibt Aufschluss über Art und Umfang sowie über die Ergebnisse der Prüfung.

1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Die Prüfung wurde nach § 156 Abs. 1 NKomVG durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen.

Im Einzelnen sind für das Jahr 2011 vorgelegt worden:

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz
- Anhang

Dem Anhang waren folgende Anlagen beigelegt:

- Rechenschaftsbericht
- Anlagenübersicht
- Schuldenübersicht
- Forderungsübersicht
- Rückstellungsübersicht
- Übersicht der in das nächste Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

Die weiteren, zur Prüfung angeforderten Unterlagen wurden dem RPA zur Verfügung gestellt. Notwendige Auskünfte wurden von der Verwaltung erteilt.

Feststellungen, die im Laufe der Prüfung bereits ausgeräumt wurden oder von untergeordneter Bedeutung sind, wurden bereits mit den zuständigen Bediensteten der Verwaltung besprochen und sind nicht in diesem Bericht dargestellt.

Besondere Schwerpunkte dieser Prüfung waren:

- Haushaltssicherung, Bz. 3.3,
 - Erhebung von Benutzungsgebühren, vgl. Bz. 5.1.1.5.1,
 - Maßnahme Umrüstung der Straßenbeleuchtung, vgl. Bz. 5.6.6.2.1 und
 - Sonderposten für Beiträge, vgl. Bz. 5.5.2.2.1.3.
-

1.3 Vorangegangene Prüfungen

1.3.1 Jahresrechnung 2010

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2010 wurde durch das RPA vom 23.03.2011 bis 04.04.2011 geprüft. Der Schlussbericht des RPA datiert vom 14.04.2011. Prüfungsfeststellungen wurden nicht getroffen. Der Schlussbericht wurde der Vertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Vertretung hat über die geprüfte Jahresrechnung 2010 gemäß § 101 Abs. 1 NGO (neu: § 129 Abs. 1 NKomVG) am 27.06.2011 beschlossen und die Entlastung erteilt (V070/11).

Die Bekanntgabe und Veröffentlichung nach § 101 Abs. 2 NGO (neu: § 129 Abs. 2 NKomVG) ist gemäß den Regelungen der seinerzeit geltenden Hauptsatzung durch Aushang im Schaukasten vorgenommen worden.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Da die Bekanntmachung nicht mehr nachgewiesen werden konnte, wurde im Jahr 2017 eine erneute Bekanntmachung auf der Grundlage des § 129 Abs. 2 NKomVG im Amtsblatt Nr. 23 vom 05.07.2017 vorgenommen. Die Jahresrechnung 2010 und der Rechenschaftsbericht sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes lagen in der Zeit vom 17.07.2017 bis 21.07.2017 und vom 24.07.2017 bis 25.07.2017 öffentlich aus.

1.3.2 Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011

Die Erste Eröffnungsbilanz der Gemeinde Rennau und der Anhang wurden dem RPA am 15.03.2016 zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung durch das RPA wurde am 13.07.2016 begonnen. Im Laufe der Prüfung ergab sich ein Korrekturbedarf. Aufgrund der Erheblichkeit wurden die Korrekturen noch zur Eröffnungsbilanz vorgenommen. Die überarbeitete Fassung der Ersten Eröffnungsbilanz wurde dem Referat Rechnungsprüfung mit Datum vom 17.08.2016 zur Prüfung vorgelegt.

Der Schlussbericht des RPA datiert vom 26.08.2016¹. Die Eröffnungsbilanz und der Anhang entsprachen den gesetzlichen Vorschriften. Sie vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde.

Die geprüfte Erste Eröffnungsbilanz wurde am 21.09.2016 vom Rat der Gemeinde einstimmig beschlossen, vgl. Art 6 Abs. 8 GemHausRNeuOG. Danach gelten die Vorschriften der NGO (neu: NKomVG) für die Eröffnungsbilanz entsprechend.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Eine Bekanntmachung und öffentliche Auslegung im Sinne von § 129 Abs. 1 NKomVG ist nicht erfolgt. Entsprechend den Regelungen der Hauptsatzung vom 15.11.2011, bekanntgemacht im ABl. Nr. 3 vom 27.01.2012, ist die Bekanntmachung durch Veröffentlichung im Amtsblatt vorzunehmen.

Sowohl die Bekanntmachung als auch die öffentliche Auslegung wurden durch die Gemeinde Rennau nachgeholt. Die Bekanntmachung erfolgte im ABl. Nr. 23 vom 05.07.2017 mit anschließender Auslegung vom 17.07.2017 bis 25.07.2017.

1.3.3 Unvermutete Kassenprüfung

Die Kassengeschäfte der Gemeinde Rennau werden auf der Grundlage des § 98 Abs. 5 NKomVG durch die Samtgemeinde durchgeführt. Die nach § 155 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG vorgesehene Prüfung der Samtgemeindekasse wurde am 07.04.2011 durchgeführt. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

¹ Bericht über die Prüfung der Ersten Eröffnungsbilanz der Gemeinde Rennau vom 26.08.2016

Durch das RPA werden regelmäßige unvermutete Kassenprüfungen vorgenommen. Die letzte Kassenprüfung der Samtgemeinde wurde am 05.09.2017 durchgeführt, der Bericht datiert vom 26.10.2017.

1.3.4 Beleg- und Maßnahmeprüfung

Durch das RPA wurde eine Beleg- und Maßnahmeprüfung zur Baumaßnahme „Dacherneuerung Mehrzweckhalle Rottorf“ für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 durchgeführt. Der Bericht datiert vom 07.05.2012. Besondere Feststellungen haben sich nicht ergeben.

1.3.5 Zwischenprüfungen

Das RPA hat auf der Grundlage des § 155 NKomVG i.V.m. § 129 Abs. 1 S. 1 NKomVG jährliche Zwischenprüfungen in Bezug auf die Erstellung der Jahresabschlüsse, insbesondere die Aufholung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2015, sowie des zeitlichen Horizonts zur Erreichung einer rechtskonformen Haushaltswirtschaft durchgeführt. Schwerpunkte der Prüfung waren die Personalressourcen der Samtgemeinde Grasleben zur Erstellung der Jahresabschlüsse, die zeitlichen Planungen zur Abwicklung der Jahresabschlüsse der Vorjahre sowie die vorliegenden Rahmenbedingungen. Die Berichte datieren vom 07.08.2014, 10.12.2015 und 30.11.2016.

Laut Zwischenbericht 2014 war Ziel, die ausstehenden Jahresabschlüsse 2010 bis 2013 bis September 2018 aufgeholt zu haben. Mit Zwischenbericht 2015, der den Jahresabschluss 2014 einbezieht, wurde der Zeitraum bis Februar 2020 angegeben, d.h. der rechtskonforme Zustand kann erst im Jahr 2027 wieder erreicht werden. Diese dem RPA mitgeteilte Zeitplanung wurde seinerzeit seitens des RPA als ambitioniert, aber unbefriedigend angesehen.

Im Rahmen der Zwischenprüfung 2016 (Bericht des RPA vom 30.11.2016) wurde durch die Verwaltung das Ziel formuliert, die Jahresabschlüsse 2011 bis 2015 bis Oktober 2020 aufgeholt zu haben.

Im Ergebnis aller Zwischenberichte stellte das RPA fest, dass die Samtgemeinde Grasleben fachlich grundsätzlich in der Lage ist, die Erstellung der ausstehenden Jahresabschlüsse bewerkstelligen zu können. Nach dem Zwischenbericht 2016 hält das RPA die Zeitplanung der Samtgemeinde Grasleben zur Aufholung der ausstehenden Jahresabschlüsse und die Erreichung des rechtskonformen Zustandes im Jahr 2027 für realisierbar.

2. Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

2.1 Systemprüfung

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften und den Beschlussfassungen des etatzberechtigten Organs geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 110 Abs. 3 NKomVG war die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung zu führen. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sind zu beachten.

2.1.1 Rechnungswesen

Das Rechnungswesen entspricht den Bedürfnissen einer Verwaltungsbehörde dieser Größenordnung.

Es kann relevante Informationen zeitnah liefern.

2.1.2 Anordnungswesen

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen wurden beachtet.

Die Kassenvorgänge und Belege wurden entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG Im Rahmen dieser Jahresabschlussprüfung stichprobenweise geprüft. Darüber hinaus fanden regelmäßige Kassenprüfungen durch das RPA statt, vgl. Bz. 1.3.3 und 1.3.4.

2.1.3 Buchführung

Bei Unterstützung der Buchführung durch automatische Datenverarbeitung muss gem. § 37 Abs. 5 KomHKVO u.a. sichergestellt werden, dass nur Programme verwendet werden, die mit dem geltenden Recht übereinstimmen, die für die Gemeinde zugänglich dokumentiert und durch sie zur Anwendung freigegeben sind. Diese Regelung gilt neben dem eigentlichen Buchungsprogramm auch für alle Vorverfahren. Festlegungen zur Freigabe von Verfahren und Berechtigungen im Verfahren sind gem. § 43 Abs. 2 Nr. 2 KomHKVO) zwingend per Dienstanweisung zu regeln.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Buchführung sowie die Führung der Kassengeschäfte für die Mitgliedsgemeinden erfolgt gem. § 98 Abs. 5 NKomVG durch die Samtgemeindeverwaltung unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems newsystem@kommunal, mit dem auch der Jahresabschluss erstellt wurde.

Für die eingerichteten Konten wurde gem. § 35 Abs. 4 GemHKVO (neu: § 37 Abs. 4 KomHKVO) ein Kontenplan aufgestellt. Der verbindliche Kontenrahmen einschließlich der zugehörigen Zuordnungsvorschriften wurde, soweit geprüft, eingehalten.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung wurden die Bücher ordnungsgemäß geführt. Die Buchführung erfolgte grundsätzlich unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Bücher sind nach den Regeln der doppelten Buchführung geführt worden.

2.1.4 Richtlinien, Dienstanweisungen

Nach der GemHKVO (neu: KomHKVO) sind für folgende Punkte örtliche Regelungen zu erlassen:

- Liquiditätssteuerung / Geldanlagen
 - Ausgestaltung der Buchführung
 - Aufbewahrung von Unterlagen
 - Befugnis zur Erteilung von Kassenanordnungen
 - Erledigung der Zahlungsabwicklung/Umgang mit Zahlungsmitteln
 - Ausgestaltung von Sicherheitsstandards
-

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Samtgemeindeverwaltung hatte für die Mitgliedsgemeinden im Jahr 2011 die zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erledigung der Zahlungsanweisung, der Buchführung und der Zahlungsabwicklung erforderliche Dienstanweisung zu § 41 GemHKVO (neu § 43 KomHKVO) mit Wirkung vom 09.05.2011 erlassen. Eine geänderte Fassung trat am 24.09.2015 in Kraft. Eine Anpassung an die geänderten Rechtsvorschriften der KomHKVO ist im Jahr 2018 unter Beteiligung des RPA erfolgt. Die Dienstanweisung trat zum 06.07.2018 in Kraft.

Sie regelt die im NKomVG bzw. in der GemHKVO (neu: KomHKVO) selbst bestimmbaren Verfahrensabläufe und Sicherheitsstandards in ausreichendem Maße.

Auf die Beratungsgespräche während der Prüfung wird verwiesen.

2.1.5 Verträge

Im Anhang zum Jahresabschluss müssen gem. § 55 Abs. 2 Nr. 5 und 6 GemHKVO (neu: § 56 Abs. 2 und 6 KomHKVO) Haftungsverhältnisse sowie Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, angegeben und erläutert werden. Hierzu dient ein Vertragsregister, in dem alle wichtigen mehrjährigen Verträge systematisch aufgelistet werden.

Die Schaffung eines zentralen Vertragsregisters bzw. eines Vertragsmanagements ist als Teil des Risikomanagements zu sehen. Durch die fortzuschreibende Vertragsinventur ergibt sich für die Kommune die Chance, bereits bestehende, aber auch zukünftige Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu steuern. Neben einer sogenannten Frühwarnfunktion erfüllt ein Vertragsregister auch den Zweck, die kommunalen Ressourcen optimal einzusetzen.

Es ergaben sich folgende Empfehlungen:

Eine Übersicht aller bestehenden Verträge existiert derzeit nicht. Das RPA empfiehlt, alle bestehenden Verträge anhand einer geeigneten Aufstellung zu führen. Den Jahresabschlüssen sollten zumindest Aussagen über im betreffenden Berichtsjahr geschlossene Verträge entnommen werden können.

2.1.6 Verwaltungsinterne Steuerung

Der Haushalt der Gemeinde Rennau ist in fünf Teilhaushalte untergliedert und den zwei bestehenden Fachbereichen zugeordnet. Es wurden 19 Produkte gebildet, die den Teilhaushalten zugeordnet wurden. Die Budgetbildung erfolgte auf der Ebene der Teilhaushalte (Ergebnishaushalt) bzw. der Produktebene (Ein- und Auszahlungen investiv).

Das kommunale Haushaltsrecht fordert in Abhängigkeit von den örtlichen Bedürfnissen den Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und eines Controllings sowie eines unterjährigen Berichtswesens (§ 21 GemHKVO, neu: § 21 KomHKVO) zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit. Des Weiteren sollen Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen und Kennzahlen zur Grundlage von Planung und Steuerung gemacht werden (§ 4 Abs. 7 GemHKVO, neu: § 4 Abs. 7 KomHKVO).

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, eines Controllings und eines Berichtswesens ist grundsätzlich vorgeschrieben. Steuerungsinstrumente wurden bisher nicht eingerichtet, aufgrund des vorliegenden Zeitverzuges bei der Erstellung der Jahresabschlüsse erachtet es das RPA als nicht sinnvoll, im Zeitraum der Aufholung solche Systeme einzurichten, da es sonst zu weiteren Verzögerungen bei

der Jahresabschlusserstellung kommen könnte.²

Nach § 15 GemHKVO (neu: § 15 KomHKVO) sollen interne Leistungen zwischen den Teilergebnishaushalten angemessen veranschlagt und verrechnet werden. Interne Leistungsbeziehungen wurden im Haushalt der Gemeinde Rennau weder im Prüfungsjahr 2011 noch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum geplant.

2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs

2.2.1 Form und Frist des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist gem. § 129 Abs. 1 NKomVG innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres unter Beachtung der Formvorschriften des § 128 Abs. 2 NKomVG aufzustellen.

Er ist unter Beachtung der Formvorschriften, jedoch nicht fristgemäß aufgestellt worden und enthält die verbindlich vorgeschriebenen Anlagen. Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung des NKomVG und der GemHKVO (neu: KomHKVO) aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Gemeinde entwickelt worden sind.

Die nach § 129 Abs. 1 NKomVG erforderliche Erklärung des Gemeindedirektors über die Vollständigkeit und Richtigkeit des Abschlusses lag den Unterlagen zum Jahresabschluss mit Datum vom 18.06.2018 bei. Der Jahresabschluss gilt mit der Unterschrift des Gemeindedirektors, mit der er zum Ausdruck bringt, dass er die Verantwortung für das erarbeitete Zahlenwerk übernimmt und Entlastung anstrebt, als aufgestellt.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden beachtet. Der Anhang enthält Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben grundsätzlich im erforderlichen Umfang, vgl. Bz. 5.6.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgte mit erheblicher zeitlicher Verfristung.

In Folge dessen liegen seit Jahren keine verlässlichen Daten für die Haushaltsplanung vor. Der Jahresabschluss muss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde wiedergeben. Dies setzt voraus, dass Vermögen und Verbindlichkeiten vollständig erfasst, zutreffend bewertet und Geschäftsvorfälle ordnungsgemäß gebucht werden. Erhebliche Fristüberschreitungen führen dazu, dass die Abschlüsse an Bedeutung verlieren, obwohl sie die Grundlage für die Entlastung der Verwaltungsführung sind. Darüber hinaus steigt mit zunehmendem zeitlichem Verzug auch der Aufwand für die Jahresabschlussarbeiten.

2.2.2 Nullstellung der Konten

Der Abschluss der Buchhaltungsperiode und die Nullstellung der Konten der Ergebnis- und Finanzrechnung sowie der Bilanz sind nach den GoB zwingend durchzuführen. Das Zahlenwerk ist dadurch nachträglich nicht veränderbar/manipulierbar. In diesem Zusammenhang weist das RPA darauf hin, dass auch bei erfolgter Nullstellung noch Posten gebucht werden können, diese Berichtigungen in den Büchern jedoch gem. § 35 Abs. 5 Nr. 6 GemHKVO (neu: § 37 Abs. 5 Nr. 6 KomHKVO) protokolliert werden müssen. Die Protokolle sind wie Belege aufzubewahren. Die Nullstellung ist zu wiederholen, wenn in einem abgeschlossenen Jahr gebucht wird.

² Vgl. Zwischenbericht 2016 über die Zeitplanung zur Aufholung der Jahresabschlüsse der Samtgemeinde Grasleben vom 30.11.2016

Erst danach ist die Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit durch den Hauptverwaltungsbeamten vorzunehmen. Diese Bescheinigung ist die Grundvoraussetzung für eine Prüffähigkeit des Jahresabschlusses.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die erforderlichen Nullstellungen für das Haushaltsjahr 2011 sind erfolgt. Mit Datum vom 18.06.2018 wurde die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses durch den Gemeindedirektor festgestellt, so dass insofern die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet wurden.

2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse

Gemäß § 110 Abs. 2 NKomVG ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen. Die Beachtung dieses Haushaltsgrundsatzes ist auch im Hinblick auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung prüfungsrelevant.

In Anwendung des Haushaltsgrundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit muss dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen gem. § 26a GemHKVO (neu: § 28 KomHKVO) eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen, wenn nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen. Bei der Vergabe von Aufträgen dient die Beachtung der Vergabevorschriften dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren. Für Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt das Vergaberecht (gemäß § 4 Vergabeverordnung (VgV) i. V. m. § 98 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Das RPA hat daher im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die Beachtung von Vergabevorschriften zu prüfen, vgl. Bz. 1.3.4 und 5.6.6.2.1.

2.4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind gem. § 117 Abs. 1 NKomVG nur zulässig, soweit sie zeitlich und sachlich unabweisbar sind.

Die Erheblichkeitsgrenze im Sinne des § 117 Abs. 1 S.2 NKomVG wurde in der Hauptsatzung der Gemeinde Rennau festgelegt. Danach ist der Gemeindedirektor für die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einer Wertgrenze von 1.000,00 EUR im Einzelfall zuständig, darüber hinaus ist nach § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG ein Beschluss der Vertretung herbeizuführen.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Im Berichtsjahr 2011 fielen in der Gemeinde Rennau keine über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen an.

Das Überschreitungsverbot gem. § 13 Abs. 3 GemHKVO (neu: § 13 Abs. 3 KomHKVO) für die zweckfreien Ansätze Verfügungsmittel und Deckungsreserve wurden beachtet:

Verfügungsmittel HA 200,00 EUR Ergebnis 166,40 EUR

Eine Deckungsreserve wurde nicht veranschlagt.

2.5 Stundung, Niederschlagung und Erlass; Behandlung von Kleinbeträgen

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Im Berichtsjahr 2011 wurden keine Stundungen, Niederschlagungen oder Erlasse von Forderungen vorgenommen.

Mehrere der zum Jahresende 2011 ausgewiesenen Forderungen sind bereits im Vorjahr 2010 entstanden und wurden bereits als kamerale Kasseneinnahmereste ausgewiesen. In den Jahresabschlüssen 2010 bis 2013 werden daher noch Forderungen aus den Jahren ab 2010 ausgewiesen. Es konnte jedoch festgestellt

werden, dass durch die Verwaltung zwischenzeitlich zahlreiche Altfälle aufgearbeitet und im Jahr 2014 Niederschlagungen vorgenommen wurden, vgl. 5.5.2.1.3.

Es erfolgte keine Ausbuchung von Kleinbeträgen im nennenswerten Gesamtumfang.

3. Grundlagen der Haushaltswirtschaft

3.1 Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung

In seiner Sitzung am 20.12.2010 hat die Vertretung die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 beschlossen.

Der Vorlagetetermin nach § 114 Abs. 1 NKomVG zum 30. November 2010 wurde nicht eingehalten. Im Vorjahr erfolgte die Vorlage allerdings fristgerecht.

Die Haushaltssatzung enthielt genehmigungspflichtige Teile.

Die Auslegungsfrist von sieben Werktagen nach § 114 Abs. 2 S. 3 NKomVG wurde eingehalten.

Die notwendige Genehmigung wurde am 14.04.2011 von der Kommunalaufsichtsbehörde erteilt. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung nicht beanstandet.

Die Bekanntmachung erfolgte gemäß Hauptsatzung im Amtsblatt Nr. 15/2011 vom 20.04.2011. Im Anschluss daran erfolgte vom 26.04. bis 29.04.2011 und vom 02.05. bis 04.05.2011 die öffentliche Auslegung. Somit trat die Haushaltssatzung am 05.05.2011 in Kraft.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen soll gem. § 114 Abs.1 NKomVG spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Kommunalaufsichtsbehörde vorgelegt werden. Die erst am 20.12.2010 beschlossene Haushaltssatzung wurde damit verspätet der Aufsichtsbehörde vorgelegt.

Hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzepts stellte die Kommunalaufsichtsbehörde im Rahmen der Haushaltsgenehmigung fest, dass die Sicherungsmaßnahmen nicht ausreichend sind, um in absehbarer Zeit einen Haushaltsausgleich herbeizuführen, vgl. Bz. 3.3.

3.2 Haushaltsplan/Nachtragshaushaltsplan

Der Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt unausgeglichen und schließt in den

ordentlichen Erträgen mit	423.300,00 EUR und
ordentlichen Aufwendungen mit	532.300,00 EUR sowie
außerordentlichen Erträgen mit	0,00 EUR und
außerordentlichen Aufwendungen mit	0,00 EUR ab.

Der gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG vorgeschriebene Haushaltsausgleich war somit nicht gegeben. Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbedarf von 109.000,00 EUR aus. Die Ertrags-/Finanzkraft der Gemeinde reichte nach den Plan-Ansätzen nicht aus, um die Aufwendungen zu finanzieren. Wegen der Teilhaushalte wird auf den Haushaltsplan Bezug genommen.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wurde auf 44.300,00 EUR festgesetzt, vgl. Bz. 5.6.6.2.

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde auf 600.000,00 EUR festgesetzt.

Der Haushaltsplan enthielt alle nach § 1 Abs. 1 und 2 GemHKVO (neu: § 1 Abs. 1 und 2 KomHKVO) geforderten Bestandteile und Anlagen. Nach §110 Abs. 4 NKomVG soll der Haushalt in jedem Planungsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Der Haushalt würde jedoch nach § 110 NKomVG auch dann als ausgeglichen gelten, wenn eine Verrechnung mit Überschussrücklagen oder nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ein Ausgleich der Fehlbeträge spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr (hier 2013) möglich wäre. Ein Ausgleich des planseitigen Fehlbedarfes war der Gemeinde Rennau nicht möglich, da weder Überschussrücklagen bestanden noch mittelfristig der Haushaltsausgleich erreicht werden kann.

Anzumerken ist, dass sich das Jahresergebnis des geprüften Haushaltsjahres 2011, mit einem Fehlbetrag von rd. 13,0 TEUR gegenüber dem geplanten Fehlbedarf von rd. 109,0 TEUR um rd. 96,0 TEUR verbessert hat.

Zusätzlich zum erforderlichen Ausgleich des Ergebnishaushaltes sind gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG die Liquidität sowie die Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sicherzustellen. Zur Deckung der Auszahlungen für Investitionstätigkeit dienen nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 GemHKVO (neu: § 17 Abs. 3 KomHKVO) die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen. Der Finanzhaushalt weist

Einzahlungen von 438.600,00 EUR und

Auszahlungen von 540.300,00 EUR nach.

Der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen in der Finanzplanung schloss mit einem Finanzmittelbedarf von 101,7 TEUR.

	Einzahlungen in €	Auszahlungen in €	Saldo in €
Laufende Verw.-tätigkeit	388.000,00	480.800,00	-92.800,00
Investitionstätigkeit	6.300,00	50.600,00	-44.300,00
Finanzierungstätigkeit	44.300,00	8.900,00	35.400,00
Gesamt	438.600,00	540.300,00	101.700,00

Zur Finanzierung der Investitionen standen keine Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit zur Verfügung, auch die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit konnten planseitig die Investitionen bei Weitem nicht finanzieren. Zur Deckung der Investitionen wurde daher ein Kreditbedarf von 44,3 TEUR veranschlagt.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Der gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG vorgeschriebene Haushaltsausgleich war mit dem Haushaltsplan 2011 nicht gegeben. Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbedarf von 109,0 TEUR aus.

3.3 Haushaltssicherung

Die Gemeinde Rennau kann seit 1996 den Haushaltsausgleich nicht mehr erreichen. Auch im Berichtsjahr 2011 musste die Gemeinde aufgrund des nicht erreichten Haushaltsausgleichs (Fehlbedarf 109.000,00 EUR) Maßnahmen zur Haushaltssicherung ergreifen.

3.3.1 Haushaltssicherungskonzept

Es war gem. § 110 Abs. 6 NKomVG ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Es lag dem Haushaltsplan gem. § 1 Abs. 2 Nr. 4 GemHKVO (neu: § 1 Abs. 2 Nr. 4 KomHKVO) als Anlage bei.

Als Sicherungsmaßnahmen wurden benannt:

Kürzung der Mittel im Bereich der ordentl. Aufwendungen	500,00 EUR
Kürzung Aufwandsentschädigung Hausmeister	800,00 EUR
Erhöhung der Hebesätze bei Realsteuern	600,00 EUR
Umrüstung Straßenbeleuchtung	<u>2.500,00 EUR</u>
	<u>4.400,00 EUR</u>

Insgesamt wurde im Haushaltssicherungskonzept die Auffassung vertreten, dass ein vollständiger Abbau aufgelaufener Fehlbeträge im Jahr 2066 erreicht werde.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Das vorliegende HSK der Gemeinde Rennau für das Haushaltsjahr 2011 entspricht grundsätzlich den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 82 Abs. 6 NGO (neu: § 110 Abs. 6 NKomVG). Ein Haushaltsausgleich konnte im Haushaltsjahr 2011 nicht erreicht werden. Kamerale Fehlbeträge belaufen sich zum 31.12.2011 auf -440.331,96 EUR. In den nächsten Haushaltsjahren wird sich dieser Negativbestand nochmals weiter erhöhen. Aufgrund der defizitären Haushaltslage ist der Gemeinde Rennau eine Risikovorsorge in Form von Überschussrücklagen unmöglich.

Die Sicherungsmaßnahmen des Jahres 2011 und der Folgejahre sind bei Weitem nicht ausreichend, um eine erhebliche Verbesserung der Haushaltslage zu ermöglichen, vgl. auch Bz. 3.1.

3.3.2 Haushaltssicherungsbericht

Da auch bereits in den Vorjahren ein HSK erforderlich war, wurde darüber hinaus dem Haushaltsplan auch ein Haushaltssicherungsbericht beigelegt, in dem über den Erfolg der Sicherungsmaßnahme berichtet wird (§ 110 Abs. 6 NKomVG).

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Der vorliegende Haushaltssicherungsbericht 2011 zum Haushaltsplan 2012 enthält nur unzureichende Aussagen über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen. Laut Haushaltssicherungsbericht wurde kurz auf die Einsparungen der Vorjahre eingegangen, ohne jedoch konkret das Jahr 2011 zu benennen. Hier wären z. B. auch Ausführungen über den Stand der Umrüstung der Straßenbeleuchtung erforderlich gewesen, zumal diese Maßnahme mit dem größten Einsparpotential einhergeht. Für 2011 und die Folgejahre wurde eine Einsparung von 2.500,00 EUR/Jahr prognostiziert. Die Maßnahme wurde im Jahr 2011 noch nicht begonnen und in das Folgejahr verschoben, daher ist erst in den Folgejahren mit Auswirkungen zu rechnen.

4. Ausführung des Haushaltsplans

4.1 Plan-Ist-Vergleich

Gem. § 52 GemHKVO (neu: § 54 KomHKVO) werden im Jahresabschluss die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen nach der Gliederung ausgewiesen, die in den §§ 50 und 51 vorgegeben ist und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

4.1.1 Ergebnishaushalt

Ergebnishaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
ordentliche Erträge	423.300,00 €	470.578,82 €	47.278,82 €
ordentliche Aufwendungen	532.300,00 €	483.380,66 €	-48.919,34 €
ordentliches Ergebnis	-109.000,00 €	-12.801,84 €	96.198,16 €
außerordentliche Erträge	0,00 €	2.634,39 €	2.634,39 €
außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	2.866,62 €	2.866,62 €
außerordentliches Ergebnis	0,00 €	-232,23 €	-232,23 €

Tabelle 1: Ergebnishaushalt

Aus dem Vorjahr standen keine übertragenen Haushaltsermächtigungen für Aufwendungen zur Verfügung.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Für das Jahr 2011 ist eine deutliche Ergebnisverbesserung zu verzeichnen, vgl. auch Bz. 5.1, Tabelle 4. Gegenüber einem geplanten Fehlbedarf von 109,0 TEUR schließt die Ergebnisrechnung mit einem Fehlbetrag von rd. 13,0 TEUR ab.

Der Plan-Ist-Vergleich ergab erhebliche Abweichungen, insbesondere bei den folgenden Erträgen bzw. Aufwendungen:

<i>Steuern und ähnl. Abgaben</i>	<i>+41,8 TEUR</i>
<i>Zuwendungen und allg. Umlagen</i>	<i>+21,6 TEUR</i>
<i><u>Auflösungserträge Sonderposten</u></i>	<i><u>-18,6 TEUR</u></i>
<i>Aufwendungen für Sach- und Dienstl.</i>	<i>-17,0 TEUR</i>
<i>Abschreibungen</i>	<i>- 32,2 TEUR</i>
<i>Zinsen und ähnl. Aufwendungen</i>	<i>- 6,1 TEUR</i>

Erläuterungen hinsichtlich der Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen und dem Jahresergebnis bei den einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen sind der Bz. 5.1 zu entnehmen. Im Anhang wurden die Abweichungen ausreichend erläutert (S. 77 – 84).

4.1.2 Finanzhaushalt

Finanzhaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	388.000,00 €	454.739,13 €	66.739,13 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	480.800,00 €	455.832,72 €	-24.967,28 €
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-92.800,00 €	-1.093,59 €	91.706,41 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.300,00 €	16.950,15 €	10.650,15 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	50.600,00 €	6.668,60 €	-43.931,40 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-44.300,00 €	10.281,55 €	54.581,55 €
Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	-137.100,00 €	9.187,96 €	146.287,96 €
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	44.300,00 €	0,00 €	-44.300,00 €
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	8.900,00 €	8.889,51 €	-10,49 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	35.400,00 €	-8.889,51 €	-44.289,51 €
Finanzmittelbestand	-101.700,00 €	298,45 €	101.998,45 €
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		0,00 €	
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		0,00 €	
nachrichtl.: Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen		0,00 €	
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln		10.319,87 €	
Endbestand an Zahlungsmitteln		10.618,32 €	

Tabelle 2: Finanzhaushalt

Aus dem Vorjahr standen weder Einzahlungs- noch Auszahlungsermächtigungen zur Verfügung.

4.1.3 Teilhaushalte/Budgets

Gem. § 4 Abs. 7 GemHKVO (neu: § 4 Abs. 7 KomHKVO) werden in jedem Teilhaushalt die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen beschrieben sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt. Angaben zu den wesentlichen Produkten der Teilhaushalte sind in einer Anlage dem Haushaltsplan beizufügen.

Die Gemeinde Rennau hat folgende Teilhaushalte/Budgets eingerichtet:

Teilhaushalte und Budgets		
Bezeichnung	Ansatz	Abschluss
1. Haupt- und Personalangelegenheiten, Wirtschaftsförderung	-7.500,00 €	-7.085,32 €
2. Wahlen, Schule, Kultur, Kindergärten und Sport	-52.000,00 €	-41.122,26 €
3. Finanzwirtschaft	-2.500,00 €	73.122,34 €
4. Sicherheit und Ordnung	0,00 €	0,00 €
5. Bauverwaltung	-47.000,00 €	-37.948,83 €
Gesamt	-109.000,00 €	-13.034,07 €

Tabelle 3: Teilhaushalte und Budgets

4.2 Vorläufige Haushaltsführung

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rennau ist am 05.05.2011 in Kraft getreten. Daher galten bis dahin die Regelungen des § 88 NGO (neu: § 116 NKomVG) über die vorläufige Haushaltsführung. Die Gemeinde Rennau hat die Regelungen beachtet.

4.3 Liquiditätskredite

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen betrug nach § 4 der Haushaltssatzung 600.000,00 EUR.

Die Überprüfung der Auszüge aller Konten ergab, dass Liquiditätskredite - auch als Überziehungskredite der Girokonten - durchgängig in Anspruch genommen wurden, vgl. Bz. 5.5.2.2.2.

Der genehmigte Höchstbetrag wurde nicht überschritten. Für Liquiditätskredite waren im Berichtsjahr 6.082,38 EUR an Zinsleistungen aufzubringen.

5. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011

Bei dem geprüften Abschluss handelte es sich um den ersten doppelischen Jahresabschluss. Die Gemeinde Rennau hat daher entsprechend § 62 Abs. 5 GemHKVO auf das Ausweisen der Vorjahreswerte verzichtet.

5.1 Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

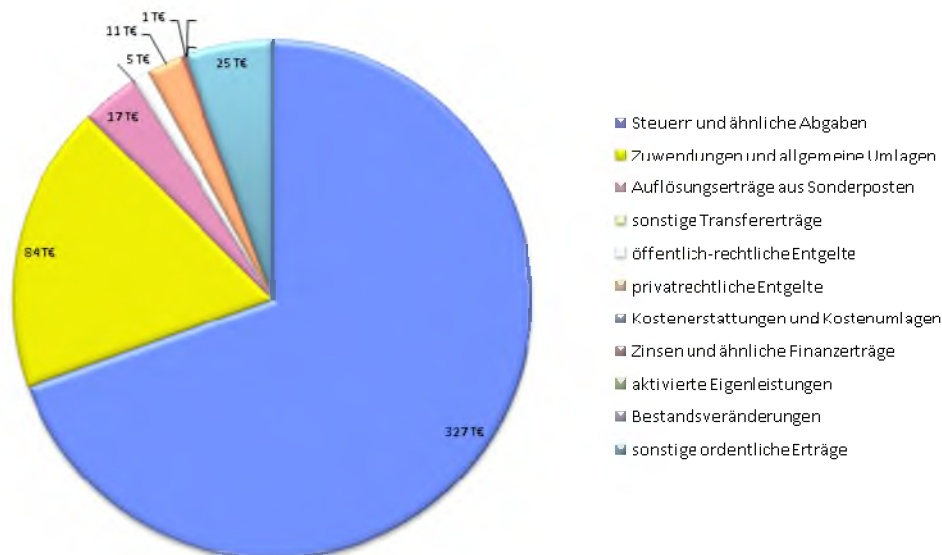
Ergebnisrechnung			
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr (+) weniger (-)
ordentliche Erträge			
1. Steuern und ähnliche Abgaben	326.984,23 €	285.200,00 €	41.784,23 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	84.456,00 €	62.900,00 €	21.556,00 €
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	16.655,43 €	35.300,00 €	-18.644,57 €
4. sonstige Transfererträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	5.093,50 €	6.600,00 €	-1.506,50 €
6. privatrechtliche Entgelte	10.724,69 €	9.600,00 €	1.124,69 €
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.181,51 €	700,00 €	481,51 €
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10. Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11. sonstige ordentliche Erträge	25.483,46 €	23.000,00 €	2.483,46 €
ordentliche Aufwendungen			
13. Aufwendungen für aktives Personal	4.596,99 €	5.100,00 €	-503,01 €
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.106,93 €	94.100,00 €	-16.993,07 €
16. Abschreibungen	19.344,46 €	51.500,00 €	-32.155,54 €
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.047,05 €	31.100,00 €	-6.052,95 €
18. Transferaufwendungen	301.060,04 €	297.100,00 €	3.960,04 €
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	56.225,19 €	53.400,00 €	2.825,19 €
21. ordentliches Ergebnis			
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-12.801,84 €	-109.000,00 €	96.198,16 €
22. außerordentliche Erträge	2.634,39 €	0,00 €	2.634,39 €
23. außerordentliche Aufwendungen	2.866,62 €	0,00 €	2.866,62 €
24. außerordentliches Ergebnis	-232,23 €	0,00 €	-232,23 €
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	-13.034,07 €	-109.000,00 €	95.965,93 €

Tabelle 4: Ergebnisrechnung

Zu den größeren Einzelposten wird im Folgenden berichtet.

5.1.1 Ordentliche Erträge

Ergebnis Prüfungsjahr 470.578,82 EUR (Ansatz 423.300,00 EUR)



Ansicht 1: Erträge 2011

Die Erträge wurden rechtzeitig und vollständig erfasst. Sie wurden nach dem Ergebnis dieser Prüfung in der Regel zeitnah geltend gemacht. Der Zahlungseingang wurde dabei ordnungsgemäß überwacht.

Die Rückzahlung zu viel eingegangener Erträge und Einzahlungen erfolgte zutreffend bei den entsprechenden Buchungsstellen.

5.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Ergebnis Prüfungsjahr 326.984,23 EUR (Ansatz 285.200,00 EUR)

Die Finanzvorfälle wurden entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen, Kontengruppe 30 erfasst.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Mehrerträge bei Steuern und ähnlichen Abgaben von rd. 41,8 TEUR gegenüber der Haushaltsplanung wirkten sich positiv auf das Jahresergebnis 2011 aus, vgl. Bz. 5.1.6.

Die Steuererträge stellen mit rd. 327 TEUR und rd. 69 % der Gesamterträge die wesentlichste Position dar. Insbesondere die Gewerbesteuererträge lagen mit rd. 24,5 TEUR erheblich über dem Ansatz von 4,7 TEUR. Laut Rechenschaftsbericht führten insbesondere Nachzahlungen für die Vorjahre zu den Mehrerträgen. Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer waren Mehrerträge von rd. 21,7 TEUR zu verzeichnen.

5.1.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Ergebnis Prüfungsjahr 84.456,00 EUR (Ansatz 62.900,00 EUR)

Die erhaltenen Zuwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wurden zutreffend als Ertrag gebucht. Umlagen wurden durch die Gemeinde Rennau nicht erhoben.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Ursächlich für die Mehrerträge von rd. 21,6 TEUR gegenüber der Haushaltsplanung waren die höheren Schlüsselzuweisungen.

5.1.1.3 Auflösungserträge aus Sonderposten

Ergebnis Prüfungsjahr 16.655,43 EUR (Ansatz 35.300,00 EUR)

Die Auflösungserträge setzten sich zusammen aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus: Zuwendungen und Zuschüssen (SK 3161000) 9.892,23 EUR

Beiträgen (SK 3371000) 6.763,20 EUR

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden zutreffend gebucht, vgl. Bz. 5.5.2.2.1.3.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Mindererträge gegenüber der Haushaltsplanung von rd. 18,6 TEUR sind fehlenden Erfahrungswerten geschuldet (Rechenschaftsbericht S. 78).

Bei den Auflösungen handelte es sich um die planmäßigen Auflösungen der SOPO aus Investitionszuweisungen (9.892,23 EUR)

- *Mehrzweckhalle Rottorf (840,52 EUR),*
- *Straße Zum Weingarten (1.272,21 EUR),*
- *Gehweg Rehackerweg (121,48 EUR),*
- *Gehweg Querenhorster Straße (356,74 EUR) und*
- *pauschale Investitionszuweisungen (7.301,28 EUR)*

sowie der SOPO aus Beiträgen (6.763,20 EUR)

- *Erschließungsanlagen Brunnenweg Rottorf (5.153,75 EUR),*
- *Zum Weingarten Rottorf (1.019,93 EUR) und*
- *Am Sandblessen (589,52 EUR).*

5.1.1.4 Sonstige Transfererträge

Die Gemeinde Rennau hatte keine Transfererträge.

5.1.1.5 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Ergebnis Prüfungsjahr 5.093,50 EUR (Ansatz 6.600,00 EUR)

Die erhobenen öffentlich-rechtlichen Entgelte (Gebühren und Beiträge) wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Es ergaben sich folgende Hinweise:

Unter dieser Position wurden insbesondere Benutzungsgebühren für die Dorfgemeinschaftshäuser, Sondernutzungsgebühren und Gebühren für den Bustransport der Kita-Kinder nachgewiesen.

Unter dem SK 3562400 wurden Rücklastschriftgebühren von 51,00 EUR gebucht. Die Zuordnung erfolgte entsprechend dem verbindlichen Kontenplan. Danach sind diese den „Sonstigen ordentlichen Erträgen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (SK 35) zuzuordnen. In der Ergebnisrechnung (analog Finanzrechnung) wurde das Konto jedoch den „Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“ zugeordnet. Die Ergebnis- und Finanzgliederungscodes sollten hinsichtlich der fehlerhaften Schlüsselung korrigiert werden.*

5.1.1.5.1 Erhebung von Benutzungsgebühren

Das NKAG definiert in § 5 die Benutzungsgebühr als eine entgeltliche Gegenleistung für die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung. Benutzungsgebühren werden durch einen Gebührenbescheid festgesetzt. Die Festsetzung ist ein Verwaltungsakt i. S. d. § 35 S. 1 VwVfG.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde stichprobenhaft die Gebührenerhebung für die Nutzung gemeindlicher Einrichtungen geprüft:

AR04-00013

AR04-00001

AR04-00009

AR04-00014

AR04-00027

AR04-00044

Grundlage für die Erhebung der Gebühren bildete die „1. Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung für das Schützen- und Sportheim in Rennau“ vom 19.09.2001.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Gebührenfestsetzung ist entsprechend den satzungsrechtlichen Regelungen erfolgt.

Die Gebührenbescheide wurden in der Regel ca. 2 Wochen nach der Benutzung versandt. In den geprüften Fällen wurden die Gebühren spätestens innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe gezahlt.

*Die Gebührensatzung wurde im Jahr **1992** beschlossen und zum 01.01.2002 aufgrund der Euro-Einführung angepasst. Über einen Zeitraum von 26 Jahren wurde noch keine Neukalkulation der Gebühren vorgenommen. Diese Verfahrensweise ist mit dem geltenden Gebührenrecht nicht vereinbar. Benutzungsgebühren unterliegen Grundsätzen und besonderen Regeln, die sich aus dem öffentlichen Recht ergeben. Die Rechtsprechung hat zahlreiche gebührenrechtliche Grundsätze definiert, die bei der Kalkulation zu beachten sind. Das RPA sieht eine Kalkulation der Benutzungsgebühren als dringend erforderlich an und behält sich eine dahingehende Prüfung für die kommenden Abschlussprüfungen vor.*

5.1.1.6 Privatrechtliche Entgelte

Ergebnis Prüfungsjahr 10.724,69 EUR (Ansatz 9.600,00 EUR)

Die im Haushaltsjahr entstandenen Erträge aus privatrechtlichen Entgelten (Mieten und Pachten sowie Nebenkosten) wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die tatsächlichen Erträge lagen mit rd. 10,7 TEUR etwas über dem Haushaltsansatz von 9,6 TEUR.

5.1.1.7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Im Berichtsjahr 2011 waren keine Erträge aus Kostenerstattungen und –umlagen zu verzeichnen.

5.1.1.8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Ergebnis Prüfungsjahr 1.181,51 EUR (Ansatz 700,00 EUR)

Gebucht wurden Erträge aus der Verzinsung von Steuernachforderungen.

5.1.1.9 Aktivierte Eigenleistungen/Bestandsveränderungen

Die Gemeinde Rennau hatte keine eigenen Leistungen erbracht, die in der Ergebnisrechnung als Ertrag ausgewiesen werden könnten.

5.1.1.10 Sonstige ordentliche Erträge

Ergebnis Prüfungsjahr 25.483,46 EUR (Ansatz 23.000,00 EUR)

Die Zuordnung der sonstigen ordentlichen Erträge erfolgte im geprüften Haushaltsjahr zutreffend.

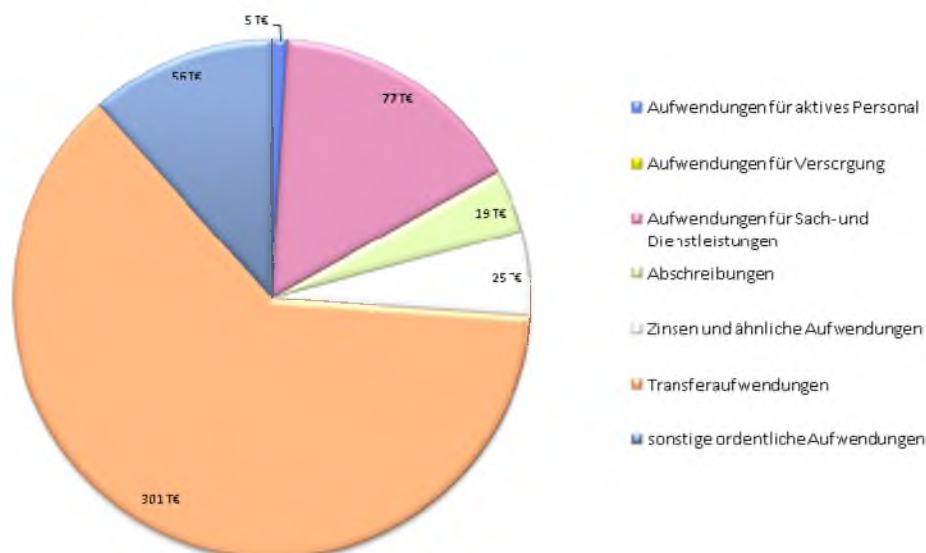
Es ergaben sich folgende Kommentare:

Als sonstige ordentliche Erträge wurden die Erträge aus Konzessionsabgaben für das Strom- und Gasnetz der Gemeinde Rennau nachgewiesen.

5.1.2 Ordentliche Aufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 483.380,66 EUR (Ansatz 532.300,00 EUR)

Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2011 stellen sich wie folgt dar:



Ansicht 2: Aufwendungen 2011

5.1.2.1 Aufwendungen für aktives Personal

5.1.2.1.1 Stellenplan

Da die Gemeinde Rennau über kein eigenes Personal verfügt, erübrigen sich Aussagen zum Stellenplan und dessen Einhaltung.

5.1.2.1.2 Personalaufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 4.596,99 EUR (Ansatz 5.100,00 EUR)

Als Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen zu erfassen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen, also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen. Grundsätzlich werden die Beträge brutto erfasst.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Gemeinde Rennau beschäftigt laut Stellenplan kein eigenes Personal, dennoch werden Personalaufwendungen geplant und geleistet, wenn auch in unerheblichem Umfang von rd. 4,6 TEUR/Jahr. Es handelte sich dabei um Personalausgaben für zwei geringfügig Beschäftigte, die nicht im Stellenplan geführt werden.

Dies sollte künftig Anlass sein, im Anhang eine kurze Erläuterung dazu abzugeben.

Die Personalaufwendungen in Höhe von 4.596,99 EUR fielen an im TH 2.1 Schule, Kultur, Kindergärten und Sport, davon

<i>Produkt 36110 Busbegleitung Kiga-Kinder</i>	<i>3.660,03 EUR</i> <i>(HA 4.000,00 EUR)</i>
<i>Produkt 57301 Hausmeister Hasenwinkelhaus</i>	<i>936,96 EUR</i> <i>(HA 1.100,00 EUR)</i>

5.1.2.1.3 Aufwendungen für Versorgung

Es sind alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) zu erfassen – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind. Außerdem sind evtl. Sachaufwendungen für Pensionäre oder ehemals Beschäftigte und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Betracht zu ziehen.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Gemeinde Rennau beschäftigt keine Beamten, so dass keine Versorgungsaufwendungen anfielen.

5.1.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Ergebnis Prüfungsjahr 77.106,93 EUR (Ansatz 94.100,00 EUR)

Es handelt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um Aufwendungen, die mit Ressourcenverbrauch einhergehen.

Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurde in der Regel beachtet. Die Zuordnungen der Aufwendungen zur Kontengruppe 42 erfolgten zutreffend.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist zwischen dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand und dem erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand zu unterscheiden. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand hat hierbei eine direkte Wirkung auf die kommunale Nettoposition.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen lagen mit rd. 77,1 TEUR erheblich unter dem Planansatz von 94,1 TEUR. Einsparungen waren hier insbesondere im Bereich der Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen zu verzeichnen (rd. -14,2 TEUR). Ursächlich dafür waren die Minderaufwendungen von rd. 12,5 TEUR bei der Dachsanierung des „Schützenhauses“ in Ahmstorf.

5.1.2.3 Abschreibungen

Ergebnis Prüfungsjahr 19.344,46 EUR (Ansatz 51.500,00 EUR)

Die Abschreibungen im Berichtsjahr entsprechen den Werten aus der Anlagenbuchhaltung. Die Abschreibungssätze sind nach § 47 GemHKVO (neu: § 49 KomHKVO) gebildet worden und entsprechen dem Ausführungserlass.³

³ Anlage 19 des Ausführungserlasses.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Der im Jahr 2011 gebuchte Abschreibungsbetrag setzt sich zusammen aus:

Abschreibungen auf Sachvermögen 19.327,14 EUR

Abschreibungen auf Forderungen (Kleinbeträge) 17,32 EUR

Die Abschreibungsbeträge laut Ergebnisrechnung stimmen mit den Angaben in der Anlagenübersicht überein.

Es ergaben sich folgende Hinweise:

*Das RPA weist darauf hin, dass gemäß Rd.Erl. v. 24.04.2017, Nds. MBl. 19/2017 S. 566 mit dem neuen Ausführungserlass Ziff. 3 auch eine neue Abschreibungstabelle (Anlage 19) für verbindlich erklärt wurde. Diese wird zukünftig zu beachten sein. Die erfolgten Anpassungen / Änderungen finden bei den **ab 01.01.2018** zu aktivierenden Vermögensgegenständen Anwendung.*

5.1.2.4 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 25.047,05 EUR (Ansatz 31.100,00 EUR)

Unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen zu erfassen.

Es erfolgte dabei eine zutreffende Differenzierung der Zinsaufwendungen nach den Empfängern bzw. Darlehensgebern entsprechend der Bereichsabgrenzung, so dass die Anforderungen an die Statistik erfüllt wurden.⁴

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Erfasst wurden hier die Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite. Die Zinsen für Liquiditätskredite lagen mit rd. 6,1 TEUR (Vj. rd. 4,7 TEUR) erheblich unter dem Planansatz von 12,0 TEUR. Der Rechenschaftsbericht enthält Erläuterungen hierzu (S. 83).

5.1.2.5 Transferaufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 301.060,04 EUR (Ansatz 297.100,00 EUR)

Transferaufwendungen sind Leistungen an Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung. Die Transferaufwendungen betrugen im Jahr 2011 in der Gemeinde Rennau 301.060,04 EUR. Wesentliche Positionen waren hier die Kreisumlage mit rd. 148,2 TEUR und die Samtgemeindeumlage mit rd. 147,2 TEUR.

5.1.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 56.225,19 EUR (Ansatz 53.400,00 EUR)

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

Die ausgewiesenen sonstigen ordentlichen Aufwendungen standen in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Gemeinde Rennau.

Bei der stichprobenmäßigen Prüfung einzelner Positionen der Geschäftsaufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

⁴ Bund, Land, Gemeinden, Zweckverbände, sonstiger öffentlicher Bereich, verbundene Unternehmen, öffentliche Sonderrechnungen, Kreditinstitute, sonstiger inländischer Bereich, sonstiger ausländischer Bereich

5.1.3 Außerordentliche Erträge

Ergebnis Prüfungsjahr 2.634,39 EUR (Ansatz 0,00 EUR)

Die außerordentlichen Erträge setzten sich aus folgenden Positionen zusammen:

SK 5029000	periodenfremde Erträge	2.634,39 EUR
------------	------------------------	--------------

5.1.4 Außerordentliche Aufwendungen

Ergebnis Prüfungsjahr 2.866,62 EUR (Ansatz 0,00 EUR)

Die außerordentlichen Aufwendungen bestanden aus folgenden Positionen:

SK 5129000	periodenfremde Aufwendungen	2.866,62 EUR
------------	-----------------------------	--------------

Es ergaben sich folgende Hinweise:

Das RPA weist darauf hin, dass der „außerordentliche Ergebnisbereich“ neu abgegrenzt worden ist (vgl. § 60 Nr. 6 KomHKVO). Danach sind periodenfremde Vorgänge nicht mehr automatisch außerordentliche Erträge und Aufwendungen, sondern nur dann, wenn sie eines der drei Kriterien (Unvorhersehbarkeit, Seltenheit oder Ungewöhnlichkeit) erfüllen.

5.1.5 Außerordentliches Ergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von -232,23 EUR.

5.1.6 Jahresergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (-12.801,84 EUR) und dem außerordentlichen Ergebnis (-232,23 EUR) wird mit -13.034,07 EUR als Jahresergebnis ausgewiesen. Damit ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe entstanden. Im Vergleich zum Haushaltsplan ist ein deutlich besseres Ergebnis zu verzeichnen. Geplant war ein Fehlbetrag von 109.000,00 EUR.

Ursächlich dafür waren insbesondere die erheblichen Mehrerträge gegenüber der Haushaltsplanung von rd. 47 TEUR, insbesondere bei Steuern (41,8 TEUR) und Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (21,6 TEUR), aber auch die Minderaufwendungen von rd. 49 TEUR, die insbesondere bei Abschreibungen (32 TEUR) und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (17 TEUR) zu verzeichnen waren.

5.2 Teilergebnisrechnungen

Die produktorientierten Teilergebnisrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in die Prüfung einbezogen worden.

Die Teilergebnisrechnungen entsprachen der in § 50 Abs. 2 GemHKVO (neu: § 52 Abs. 2 KomHKVO) vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung erfolgte gemäß § 2 GemHKVO (neu: § 2 KomHKVO).

Die durchgeführte Plausibilitätsprüfung ergab, dass die Summe aller Teilergebnisrechnungen (ohne interne Leistungsbeziehungen) mit den Werten der Ergebnisrechnung übereinstimmt. Interne Leistungsbeziehungen zwischen den Teilergebnishaushalten wurden in der Gemeinde nicht veranschlagt und verrechnet.

5.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt:

Finanzrechnung			
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
1. Steuern und ähnliche Abgaben	329.557,69 €	285.200,00 €	44.357,69 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	87.090,39 €	62.900,00 €	24.190,39 €
3. sonstige Transfereinzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	4.926,70 €	6.600,00 €	-1.673,30 €
5. privatrechtliche Entgelte	10.431,61 €	9.600,00 €	831,61 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	413,00 €	700,00 €	-287,00 €
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	22.319,74 €	23.000,00 €	-680,26 €
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	454.739,13 €	388.000,00 €	66.739,13 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
11. Auszahlungen für aktives Personal	4.596,99 €	5.100,00 €	-503,01 €
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	74.918,03 €	94.100,00 €	-19.181,97 €
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	24.624,02 €	31.100,00 €	-6.475,98 €
15. Transferauszahlungen	302.228,04 €	297.100,00 €	5.128,04 €
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	49.465,64 €	53.400,00 €	-3.934,36 €
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	455.832,72 €	480.800,00 €	-24.967,28 €
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.093,59 €	-92.800,00 €	91.706,41 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit			
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	16.950,15 €	6.300,00 €	10.650,15 €
21. Veräußerung von Sachvermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22. Finanzvermögensanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23. sonstige Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24. = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.950,15 €	6.300,00 €	10.650,15 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit			
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26. Baumaßnahmen	6.668,60 €	50.600,00 €	-43.931,40 €
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30. Sonstige	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Finanzrechnung			
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Investitionstätigkeit			
31. = Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	6.668,60 €	50.600,00 €	-43.931,40 €
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	10.281,55 €	-44.300,00 €	54.581,55 €
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	9.187,96 €	-137.100,00 €	146.287,96 €
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit			
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00 €	44.300,00 €	-44.300,00 €
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	8.889,51 €	8.900,00 €	-10,49 €
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-8.889,51 €	35.400,00 €	-44.289,51 €
37. Finanzmittelbestand	298,45 €	-101.700,00 €	101.998,45 €
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00 €		
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00 €		
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0,00 €		
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	10.319,87 €	0,00 €	
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	10.618,32 €	-101.700,00 €	

Tabelle 5: Finanzrechnung

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Finanzrechnung schließt gegenüber der Haushaltsplanung mit einem deutlich verbesserten Jahresergebnis ab. War die Planung noch von einem Finanzmittelbedarf in Höhe von -137.100,00 EUR ausgegangen, beträgt das Jahresergebnis 9.187,96 EUR. Dies entspricht einer nicht unerheblichen Verbesserung gegenüber der Planung von rd. 146,3 TEUR.

Zu den größeren Einzelposten wird im Folgenden berichtet.

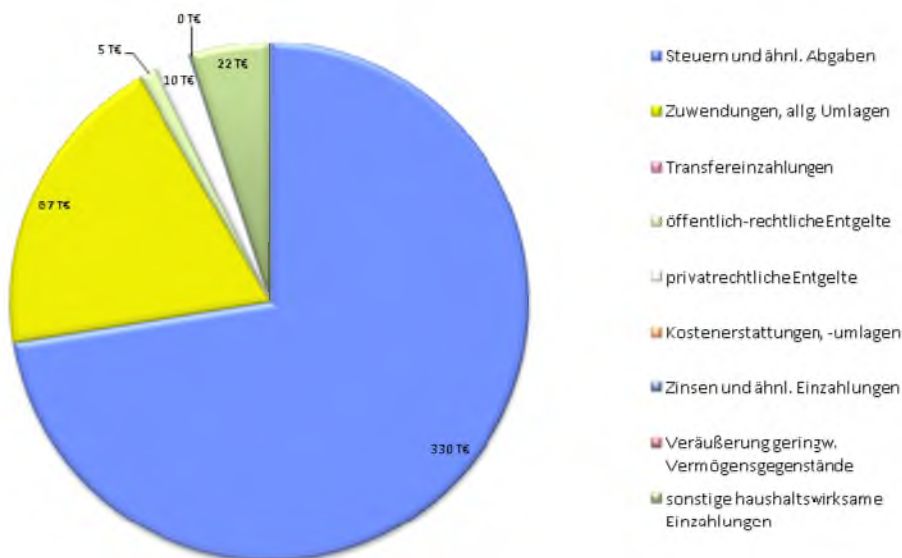
5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 454.739,13 (Ansatz 388.000,00 EUR)

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um ertragsgleiche Einzahlungen.

Den Großteil der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit machen Steuern und ähnliche Abgaben mit rd. 329,6 TEUR, Zuwendungen und allgemeine Umlagen mit rd. 87,1 TEUR und sonstige haushaltswirksame Einzahlungen mit rd. 22,3 TEUR aus.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011 zeigen folgende Verteilung:



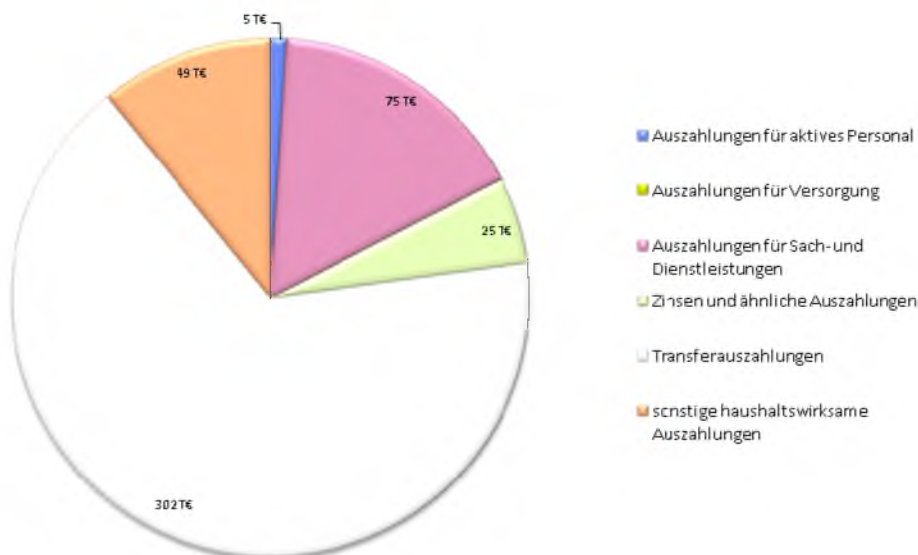
Ansicht 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011

5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 455.832,72 EUR (Ansatz 480.800,00 EUR)

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um aufwandsgleiche Auszahlungen. Die größten Positionen stellen die Transferauszahlungen mit rd. 302,2 TEUR (Kreisumlage und Samtgemeindeumlage) und Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen mit rd. 74,9 TEUR dar, die jedoch nicht immer deutlich unter dem Planansatz von 94,1 TEUR liegen.

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011 zeigen folgende Verteilung:



Ansicht 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2011

5.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr -1.093,59 EUR (Ansatz -92.800,00 EUR)

Der Zahlungsmittelsaldo (Cash Flow) aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres -1.093,59 EUR. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen. Damit müssen laufende Auszahlungen durch Veräußerung von Vermögen, Verzicht auf Investitionen, durch Aufnahme von Krediten oder durch Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven finanziert werden.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Im Hinblick auf die intergenerative bzw. interperiodische Gerechtigkeit ist die Wirkung des erzielten Cash Flow weder im Anhang noch im Rechenschaftsbericht zutreffend dargestellt worden. Dies erachtet das RPA wegen der Bedeutung des Cash Flow aber für geboten, vgl. Bz. 5.6.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

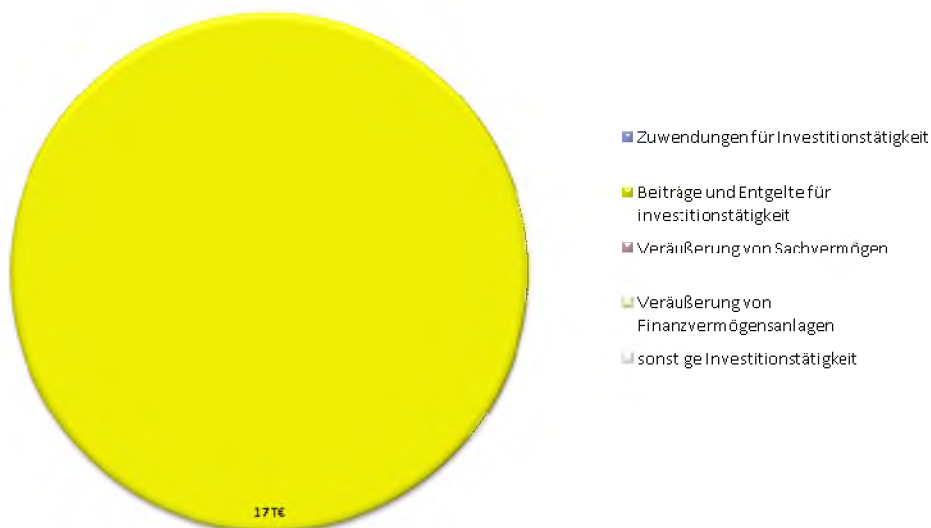
Der Zahlungsmittelsaldo schließt zwar mit einem negativen Saldo ab, lag aber rd. 91,7 TEUR über der Haushaltsplanung. Im Haushaltsjahr war noch ein Saldo von -92.800,00 EUR veranschlagt. Im Jahresergebnis lagen die Einzahlungen insgesamt mit 66,7 TEUR über der Haushaltsplanung, die Auszahlungen blieben um rd. 25 TEUR unter den Haushaltsansätzen.

5.3.4 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 16.950,15 EUR (Ansatz 6.300,00 EUR)

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 2011 verteilen sich wie folgt:



Ansicht 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2011

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

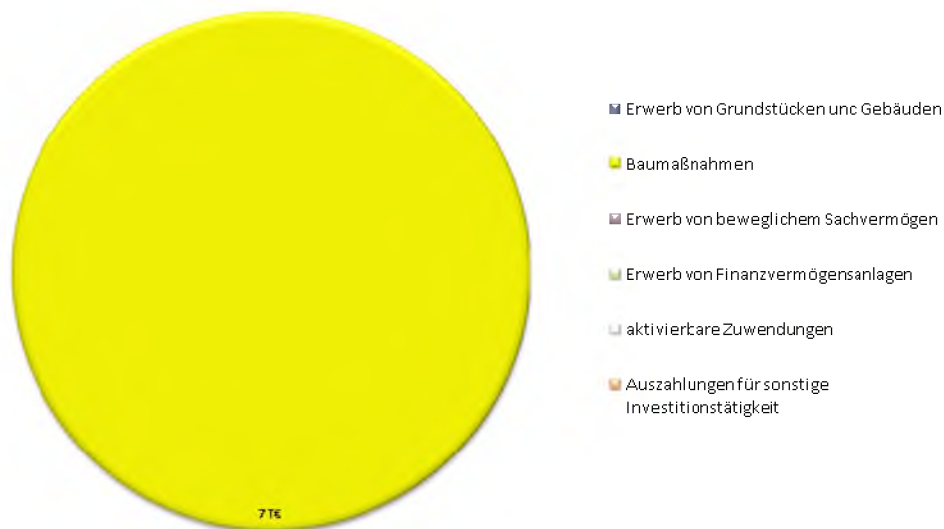
Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit lagen um rd. 10,7 TEUR erheblich über dem geplanten Haushaltsansatz von 6.300,00 EUR. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf Mehreinzahlungen für Beiträge (Endausbau Sandblessen II). Laut Rechenschaftsbericht konnte der Haushaltsansatz nur überschlägig ermittelt werden.

5.3.5 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 6.668,60 EUR (Ansatz 50.600,00 EUR)

Zu den Auszahlungen für Investitionstätigkeit gehören die Ausgaben für Immobilienerwerb, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichen Sachvermögen, für den Erwerb von Finanzvermögen, für geleistete Investitionszuwendungen und sonstige Investitionsauszahlungen.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2011 verteilen sich wie folgt:



Ansicht 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2011

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Es fielen Auszahlungen an für Straßenentwässerungsanteile (1,5 TEUR) und den Endausbau „Sandblesen II“ (5,1 TEUR). Der Haushaltsansatz von 42 TEUR für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung wurde als HAR in das Folgejahr übertragen, vgl. Bz. 5.6.6.2.1. Die ausgewiesenen Investitionsauszahlungen wurden mit den Zugängen in der Bilanz abgestimmt. Feststellungen ergaben sich nicht.

5.3.6 Saldo aus Investitionstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 10.281,55 EUR (Ansatz -44.300,00 EUR)

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres 10.281,55 EUR. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen. Der Saldo zeigt auf, in welcher Höhe die Investitionen gedeckt sind bzw. in welcher Höhe eine Fremdfinanzierung erforderlich ist. Die Gemeinde Rennau konnte ihre Auszahlungen für Investitionen vollumfänglich durch entsprechende Einzahlungen decken. Die geplante Kreditaufnahme war im Berichtsjahr nicht erforderlich. Es wurde ein HER in das Folgejahr übertragen, vgl. Bz. 5.6.6.2.

5.3.7 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 0,00 EUR (Ansatz 44.300,00 EUR)

Die Gemeinde Rennau hat im Haushaltsjahr 2011 zwar Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 44.300,00 EUR veranschlagt, die Kreditaufnahme war jedoch nicht notwendig, da die Investitionsmaßnahme „Modernisierung Straßenbeleuchtung in das Folgejahr verschoben wurde, vgl. Bz. 5.6.6.2.1.

5.3.8 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Ergebnis Prüfungsjahr 8.889,51 EUR (Ansatz 8.900,00 EUR)

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit fielen an in Höhe von 8.889,51 EUR für die planmäßige Tilgung der Investitionskredite.

5.3.9 Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)

Ergebnis Prüfungsjahr 10.618,32 EUR (Ansatz -101.700,00 EUR)

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2011 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert waren.

Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition „Liquide Mittel“ abgeschlossen.

Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Endbestand an Zahlungsmitteln stimmt mit der Bilanzposition „Liquide Mittel“ des Haushaltsjahres überein, vgl. Bz. 5.5.2.1.4.

5.4 Teilfinanzrechnung

Die produkt(bereich)orientierten Teilfinanzrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in diese Prüfung einbezogen worden. Die Teilfinanzrechnungen entsprachen der in § 51 GemHKVO (neu: § 53 KomHKVO) vorgeschriebenen Staffelform, die Gliederung entsprach den gesetzlichen Bestimmungen.

Die dargestellten Investitionen wurden den entsprechenden Produkten zutreffend zugeordnet. Eine Wertgrenze gemäß § 4 Abs. 6 GemHKVO (neu: § 4 Abs. 6 KomHKVO) wurde durch den Rat nicht festgelegt.

5.5 Bilanz

Die unter Einbeziehung des Jahresergebnisses ausgeglichene Bilanzsumme beträgt 1.885.217,81 EUR (Eröffnungsbilanzwert: 1.893.556,59 EUR).

Die Bilanz ist entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung aufgestellt worden.

5.5.1 Inventur

Gem. § 37 Abs. 1 GemHKVO ist zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres eine Inventur in Form einer körperlichen Bestandsaufnahme durchzuführen. § 38 GemHKVO lässt diesbezüglich ausdrücklich Vereinfachungen zu. So kann auf eine körperliche Bestandsaufnahme verzichtet werden, wenn anhand vorhandener Verzeichnisse der Bestand an Vermögensgegenständen und Schulden nach Art, Menge und Wert festgestellt werden kann (Buchinventur) und gesichert ist, dass das Inventar die tatsächlichen Verhältnisse zutreffend darstellt. Außerdem kann auf eine körperliche Bestandsaufnahme verzichtet werden, wenn durch ein Fortschreibungsverfahren gesichert ist, dass der Bestand zum Abschlussstichtag auch ohne körperliche Inventur festgestellt werden kann (permanente Inventur).

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Gemeinde Rennau hat seit der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 keine körperlichen Bestandsaufnahmen in den gemeindlichen Einrichtungen vorgenommen.

Das gesetzliche Erfordernis ist insbesondere durch das Führen einer Anlagenbuchhaltung gewährleistet. Dennoch sollte, um das Ergebnis der Buchinventur zu bestätigen, nach nunmehr 7 Jahren eine erneute Bestandsaufnahme erfolgen. Ein mehrjähriger Verzicht steht mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht im Einklang.

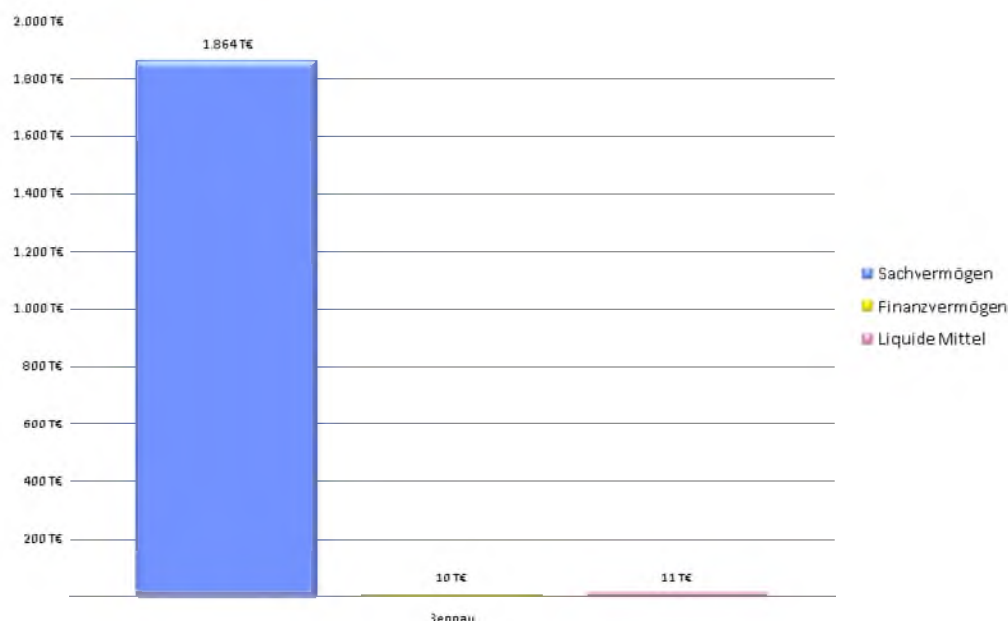
5.5.2 Vermögens- und Finanzlage

5.5.2.1 Bilanz - Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

Aktiva			
	Eröffnungsbilanz 01.01.2011	31.12.2011	Veränderung in %
1. Immaterielles Vermögen	0,00 €	0,00 €	
2. Sachvermögen	1.876.927,82 €	1.864.269,28 €	-0,7 %
3. Finanzvermögen	8.811,83 €	10.330,21 €	17,2 %
4. Liquide Mittel	7.816,94 €	10.618,32 €	35,8 %
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €	
Gesamt	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €	-0,4 %

Tabelle 6: Aktiva



Ansicht 7: Aktiva 2011

Das Gesamtvermögen reduzierte sich geringfügig um rd. 8,3 TEUR, insbesondere beim Sachvermögen war ein Rückgang von 12,7 TEUR aufgrund planmäßiger Abschreibung zu verzeichnen. Eine Erhöhung war zu verzeichnen beim Finanzvermögen aufgrund des Anstiegs der privatrechtlichen Forderungen um rd. 2,2 TEUR und bei den liquiden Mitteln um 2,8 TEUR.

Die fortgeführten Buchwerte stimmten mit der ausgedruckten Anlagenübersicht in der Gesamtsumme überein. Der Bestand der Forderungen zum Jahresende mit der Veränderung der Forderungen gegenüber dem Vorjahr kann der Aufstellung des Kapitels „Anhang - Forderungsübersicht“ entnommen werden. Das Anlagevermögen der Gemeinde wird in der Anlagenübersicht zum Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres 2011 korrekt ausgewiesen.

5.5.2.1.1 Immaterielles Vermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Vermögensgegenstände, die nicht körperlich bzw. nicht gegenständlich sind, sondern Rechte oder andere wirtschaftliche Werte darstellen. Sie gelten weder als unbewegliches noch als bewegliches Anlagevermögen.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Gemeinde Rennau verfügt über kein immaterielles Vermögen, somit ist dieser Wert in der Bilanz mit 0,00 EUR auszuweisen.

5.5.2.1.2 Sachvermögen

Bilanzwert 2011: 1.864.269,28 EUR (E-Bilanz: 1.876.927,82 EUR)

2	Sachvermögen	Bestand in €	
		01.01.2011	31.12.2011
2.1	unbeb. Grundst. Und grundstücksgl. Rechte	48.531,43	48.531,43
2.2	bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	799.049,23	789.609,33
2.3	Infrastrukturvermögen	585862,39	746.167,94
2.4	Bauten auf fremden Grundst.	0,00	0,00
2.5	Kunstgegenst., Kulturdenkmäler	0,00	0,00
2.6	Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00
2.7	BGA, Pflanzen, Tiere	0,00	4.759,46
2.8	Vorräte	0,00	0,00
2.9	Gel. Anz., Anlagen im Bau	443.484,77	279.960,58
Gesamt		1.876.927,82	1.864.269,28

Die Sachanlagen waren in einer eigenständigen Anwendung erfasst. Die Erfassung und Bewertung des Sachvermögens ist nachvollziehbar erfolgt. Das in der Bilanz ausgewiesene Sachvermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen und ist in der Anlagenübersicht zutreffend dokumentiert.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabelle angesetzt.

Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Hierfür ist grundsätzlich eine lineare Abschreibung vorgesehen. Diese fand auch Anwendung.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe als Aufwand gebucht (§ 45 Abs.6 GemHKVO, neu: § 47 Abs. 5 KomHKVO) wurde beachtet).

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Das Infrastrukturvermögen erhöhte sich gegenüber der E-Bilanz um rd. 160,3 TEUR, was insbesondere der Umbuchung von Anzahlungen im Bau zum Infrastrukturvermögen (rd. 168,7 TEUR zurückzuführen ist. Es handelte sich dabei um den Ausbau „Sandblessen II“. Die Maßnahme wurde nach Beendigung im Jahr 2011 aktiviert (ANL000750) und ab Dezember 2011 planmäßig abgeschrieben.

Den Zugängen von Sachvermögen von 6.668,60 EUR standen Abschreibungen von 19.327,14 EUR gegenüber.

Die Zugänge betrafen die

*Pos. A 2.3 Infrastrukturvermögen 1.525,03 EUR (Straßenentwässerung)
5.143,57 EUR (Ausbau Sandblessen)*

5.5.2.1.3 Finanzvermögen

Bilanzwert 2011: 10.330,21 EUR (E-Bilanz: 8.811,83 EUR)

3	Finanzvermögen	Bestand in €	
		01.01.2011	31.12.2011
3.1	Anteile an verb. Unternehmen	0,00	0,00
3.2	Beteiligungen	2.880,00	2.880,00
3.3	Sondervermögen mit Sonderr.	0,00	0,00
3.4	Ausleihungen	0,00	0,00
3.5	Wertpapiere	0,00	0,00
3.6	Öff.-rechtl. Forderungen	5.813,83	5.152,11
3.7	Forderungen aus Transferl.	0,00	0,00
3.8	Sonst. Privatr. Forderungen	118,00	2.298,10
3.9	Sonst. Vermögensgegenstände	0,00	0,00
	Gesamt	8.811,83	10.330,21

Das Finanzvermögen der Gemeinde Rennau ist gegenüber der Ersten Eröffnungsbilanz geringfügig um rd. 1,5 TEUR gestiegen.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Bei den Beteiligungen handelt es sich um eine Beteiligung an der Fallersleber Elektrizitäts AG (4 Aktien).

Die in der Bilanz dargestellten Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,5 TEUR. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Wegen der Einzelheiten wird auf das Kapitel „Forderungsübersicht“ verwiesen.

Die bilanzierten Forderungen stimmten mit der Offene-Posten-Liste überein.

5.5.2.1.4 Liquide Mittel

Bilanzwert 2011: 10.618,32 EUR (E-Bilanz: 7.816,94 EUR)

Als flüssige Mittel sind der anteilige Kassenbestand und das anteilige Guthaben der Gemeinde Rennau bei Kreditinstituten aufgeführt:

Nord LB	5802517	9.560,62 €
Volksbank	10920700	146,04 €
Postbank	33085307	856,92 €
Barkasse		54,74 €
Gesamt		10.618,32 €

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Kassengeschäfte der Gemeinde Rennau werden gem. § 98 Abs. 5 NKomVG durch die Samtgemeinde geführt. Die Samtgemeinde Grasleben hat die positiven Bestände der gemeinschaftlich geführten Bankkonten, die als liquide Mittel auszuweisen sind, analog zum jeweils anteiligen Bestand der Liquiditätskredite prozentual ermittelt (vgl. auch Bz. 5.5.2.2.2). Der Anteil der Gemeinde Rennau beträgt 6,5988 %.

Die Höhe der liquiden Mittel der Gemeinde Rennau belief sich zum Stichtag ausweislich der vorgelegten Belege (Kontoauszüge und Saldenbestätigungen) im Rahmen dieser Aufteilung auf 710.618,32 EUR. Das Guthaben bei Kreditinstituten war durch Kontoauszüge nachgewiesen. Die Liquidität der Gemeinde Rennau war im

geprüften Haushaltsjahr 2011 durchgängig nicht durch eigene Mittel gewährleistet (siehe Kapitel „Liquiditätskredite“).

5.5.2.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Bilanzwert 2011: 0,00 EUR (E-Bilanz: 0,00 EUR)

Es wurden keine aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

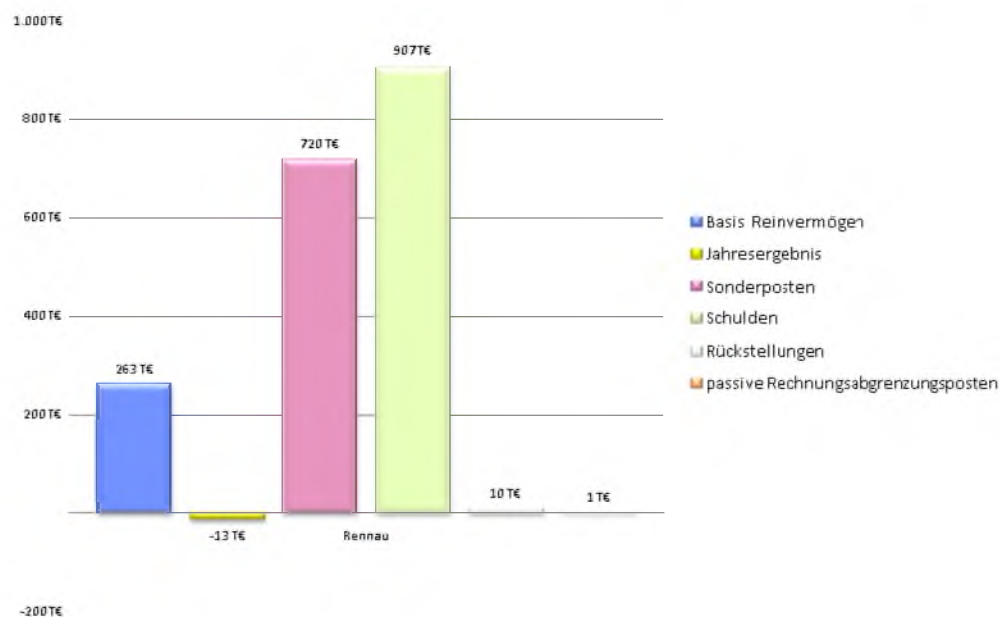
Per Verfügung 2/2017 wurde eine Wertgrenze von 500,00 EUR für die Bildung aktiver und auch passiver Rechnungsabgrenzungsposten, rückwirkend ab dem 01.01.2011, festgelegt.

5.5.2.2 Bilanz - Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

	Eröffnungsbilanz 01.01.2011	31.12.2011	Veränderung in %
1. Nettoposition			
1.1 Basis-Reinvermögen	262.865,94 €	262.865,94 €	0,0 %
1.2 Rücklagen	0,00 €	0,00 €	
1.3 Jahresergebnis	0,00 €	-13.034,07 €	
1.4 Sonderposten	721.334,68 €	719.506,95 €	-0,3 %
2. Schulden	909.355,97 €	905.224,99 €	-0,3 %
3. Rückstellungen	0,00 €	9.600,00 €	
4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	1.054,00 €	
Gesamt	1.893.556,59 €	1.885.217,81 €	-0,4 %

Tabelle 7: Passiva



Ansicht 8: Passiva 2011

Die Bilanzsumme hat sich um 8.338,78 EUR auf 1.885.217,81 EUR vermindert. Die Bilanzpositionen der Passiva waren durch entsprechende Nachweise zutreffend nachgewiesen und ausreichend erläutert. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.5.2.2.1 Nettoposition

Bilanzwert 2011: 969.338,82 EUR (E-Bilanz: 984.200,62 EUR)

Die Nettoposition ist eine Saldo-Größe aus den gesamten Aktiva abzüglich der Schulden, der Rückstellungen und der passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Nettoposition gemäß § 54 Abs. 4 Nr. 1 GemHKVO (neu: § 55 Abs. 3 Nr. 1 KomHKVO) setzt sich aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen, dem Jahresergebnis und den Sonderposten zusammen.

5.5.2.2.1.1 Basis-Reinvermögen

Bilanzwert 2011: 262.865,94 EUR (E-Bilanz: 262.865,94EUR)

Das Basis-Reinvermögen setzt sich zusammen aus dem Reinvermögen (703.197,90 EUR) und dem Sollfehlbetrag aus der letzten kameralen Jahresrechnung (440.331,96 EUR). Das Basis-Reinvermögen zum 31.12.2011 wird gegenüber der Eröffnungsbilanz unverändert ausgewiesen.

Beim Reinvermögen handelt es sich um eine feste Größe, die sich in der ersten Eröffnungsbilanz aus dem Vermögen abzüglich fremder Mittel, Rücklagen und Sonderposten errechnete. In den Folgejahren sind Änderungen des Reinvermögens nur unter den Voraussetzungen des § 110 Abs. 5 bzw. 7 NKomVG zulässig. Darüber hinaus ist eine Änderung auch in Folge von Berichtigungen der ersten Eröffnungsbilanz (§ 61 GemHKVO, neu: § 62 KomHKVO) zulässig.

5.5.2.2.1.2 Jahresergebnis

Bilanzwert 2011: -13.034,07 EUR

Da es sich beim Jahresabschluss 2011 um den ersten doppischen Abschluss handelte, wird kein E-Bilanz-Wert ausgewiesen.

5.5.2.2.1.3 Sonderposten

Bilanzwert 2011: 719.506,95 EUR (E-Bilanz: 721.334,68 EUR)

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die geringfügige Veränderung gegenüber der E-Bilanz um 1.827,73 EUR resultiert aus:

<i>Neubildung SOPO Inv.zuweisungen</i>	<i>14.827,70 EUR</i>
<i>Umbuchungen</i>	<i>+/-162.028,40 EUR</i>
<i>Auflösungen</i>	<i>16.655,43 EUR</i>

Sowohl die Umbuchungen (von Anzahlungen auf Sonderposten auf Sonderposten aus Beiträgen) als auch die Neubildung stehen im Zusammenhang mit der im Dezember 2011 fertig gestellten Straßenbaumaßnahme „Am Sandblessen“. Aus den geleisteten Vorauszahlungen von 162.028,40 EUR zuzüglich der im Jahr 2011 erhobenen endgültigen Beiträge von 11.991,46 EUR ergibt sich ein zu passivierender Sonderposten in Höhe von 174.019,86 EUR. Bilanziert wurde jedoch ein Sonderposten von 176.856,10 EUR. Im Zuge der Endabrechnung ergab sich bei einem Debitor eine Überzahlung von 2.836,24 EUR, die bei der Bildung des SOPO unberücksichtigt blieb. Die Auszahlung an den Beitragszahler wurde mit Datum vom 13.12.2011 festgestellt. Somit wurde der SOPO000237 „Am Sandblessen“ um diesen Betrag zu hoch gebildet. Der Sachverhalt wurde bereits im Laufe der Prüfung in der Verwaltung besprochen; eine Korrektur des SOPO wird im Zuge des Jahresabschlusses 2012 vorgenommen.

5.5.2.2.2 Schulden

Bilanzwert 2011: 905.224,99 EUR (E-Bilanz: 909.355,97 EUR)

2	Schulden	Bestand in €	
		01.01.2011	31.12.2011
2.1	Geldschulden	904.470,30	898.083,72
2.3	Verb. aus Lief. u. Leist.	0,00	1.470,10
2.4	Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.5	Sonstige Verbindlichkeiten	4.885,67	5.671,17
Gesamt		909.355,97	905.224,99

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Schulden haben sich gegenüber der E-Bilanz um 4.130,98 EUR reduziert. In der Gemeinde Rennau bestanden zum 31.12.2011 sowohl Investitionskredite (442.765,16 EUR) als auch Liquiditätskredite (455.318,56 EUR). Eine Kreditaufnahme erfolgte im Berichtsjahr nicht.

Die bilanzierten Schulden werden in gleicher Höhe in der Schuldenübersicht nachgewiesen.

Es war jedoch festzustellen, dass die Unterteilung nach Restlaufzeiten nicht ordnungsgemäß erfolgte. Der bei der Nord/LB bestehende Kredit mit einer Restsumme zum 31.12.2011 von 1.277,97 EUR hatte nur noch eine Restlaufzeit bis 2012, wurde in der Schuldenübersicht jedoch mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren angegeben.

Die Höhe der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist um 1.470,10 EUR gestiegen. Zudem wurden sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 5.671,17 EUR (kreditorische Debitoren) ausgewiesen. In 8 Fällen mit einem Gesamtbetrag von 4.972,37 EUR wurde der Ausgleich dieser Verbindlichkeiten geprüft:

Debitor 3744	3.666,00 EUR	Ausgleich 2012
Debitor 1734	76,03 EUR	Ausgleich 2014
Debitor 1282	59,99 EUR	Ausgleich 2014
Debitor 1078	52,41 EUR	Verrechnung 2014
Debitor 2844	14,43 EUR	Erbfall, noch offen
Debitor 3067	394,03 EUR	Ausgleich 2012
Debitor 1101	374,33 EUR	Ausgleich 2012
Debitor 1103	335,15 EUR	Ausgleich 2012

In Einzelfällen entstanden die Überzahlungen bereits 2006 (59,99 EUR), 2008 (76,03 EUR) und 2009 (52,41 EUR). Künftig sollte ein zeitnaher Ausgleich gewährleistet werden. Im Erbfall (14,43 EUR aus dem Jahr 2008) sollte, sofern die Voraussetzungen vorliegen, eine Umbuchung als außerordentlicher Ertrag vorgenommen werden.

5.5.2.2.3 Rückstellungen

Bilanzwert 2011: 9.600,00 EUR (E-Bilanz 0,00 EUR)

Es handelt sich dabei um eine Rückstellung für die Prüfungskosten der Ersten Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses 2011.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Hinsichtlich der Bildung von FAG-Rückstellungen hat die Samtgemeinde eine Wesentlichkeitsgrenze von 25 Prozent der Steuermehrerträge gegenüber dem Vorjahr festgelegt (siehe Vermerk vom 12.06.2018). Die Steuererträge 2011 überstiegen das Vorjahresergebnis um rd. zwölf Prozent, so dass von einer Rückstellungsbildung abgesehen wurde.

5.5.2.2.4 Passive Rechnungsabgrenzung

Bilanzwert: 11.054,00 EUR (E-Bilanz 0,00 EUR)

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die passive Rechnungsabgrenzung resultiert zu wesentlichen Teilen aus nicht periodengerechten Einzahlungen, die dem Haushaltsjahr 2017 zuzurechnen waren.

5.5.2.3 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

Übertrag von	85.500,00 €
Haushaltsermächtigungen	
Bürgschaften	0,00 €
Gewährleistungsverträge	0,00 €
In Anspruch genommene	
Verpflichtungsermächtigungen	0,00 €
Verpflichtungen aus kreditähnlichen	
Rechtsgeschäften	0,00 €
Über das Haushaltsjahr hinaus	
gestundete Beträge	0,00 €
	0,00 €

Es ergaben sich folgende Hinweise:

Der Betrag setzt sich zusammen aus:

HAR 42.000,00 EUR für Umstellung Straßenbeleuchtung

HER 43.500,00 EUR Kreditermächtigung

Als Vorbelastung für künftige Haushaltsjahre sind lediglich die übertragenen Auszahlungsermächtigungen (investiv) auszuweisen, nicht jedoch die gebildeten Einzahlungsreste.

5.6 Anhang

Regelungen zu den Inhalten und zur Ausgestaltung des Anhangs im Jahresabschluss enthalten die §§ 55 – 57 GemHKVO (neu: §§ 56 und 57 KomHKVO) sowie der § 62 Abs. 6 GemHKVO (neu: 3 63 Abs. 2 KomHKVO). Im Anhang werden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert.

Der Anhang ist einer der Pflichtbestandteile des doppelten Jahresabschlusses. In den Anhang werden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Zweck des Anhangs ist es, dazu beizutragen, dem Leser des Jahresabschlusses ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Verschuldungs-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der jeweiligen Gebietskörperschaft zu verschaffen. Dieser Zweck wird erfüllt durch Angabe zusätzlicher Informationen, wie z. B. zu den verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Gem. § 62 Abs. 6 GemHKVO (neu: § 63 Abs. 2 KomHKVO) sind die noch nicht abgedeckten Sollfehlbeträge aus kameralen Abschlüssen im Anhang zum Jahresabschluss nach Jahren getrennt anzugeben und zu erläutern. Der Anhang

enthält keine Informationen zu den kameralen Sollfehlbeträgen, die immerhin einen Gesamtbetrag von -440,3 TEUR ausmachen.

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die in § 55 Abs. 2 Nr. 1 bis 7 GemHKVO (neu: § 56 Abs. 2 Nr. 1 bis 8 KomHKVO) aufgeführten Pflichtbestandteile des Anhangs hat die Gemeinde Rennau aufgeführt. Nachfragen wurden zeitnah beantwortet, Erläuterungen wurden vorgelegt, Belege und Nachweise wurden erbracht. Der Zweck des Anhangs wurde erfüllt. Dennoch wäre im Einzelfall eine ausführlichere Darstellung der für das Berichtsjahr wesentlichen Geschäftsvorfälle wünschenswert gewesen, vgl. 5.1.2.1.2.

Darüber hinaus war eine Rückstellungsübersicht enthalten, die erstmals mit dem Jahresabschluss 2017 vorzulegen ist. Die Gemeinde ist insofern bereits im Vorgriff auf die am 01.01.2017 in Kraft getretene KomHKVO tätig geworden.

5.6.1 Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht für 2011 ist gemäß § 128 Abs. 3 Nr. 1 NKomVG, § 57 GemHKVO (neu: § 57 KomHKVO) erstellt worden. Er enthält die grundsätzlich geforderten Angaben.

Es ergaben sich folgende Hinweise:

Der zur Prüfung vorgelegte Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben im Rechenschaftsbericht erwecken keine falschen Vorstellungen von der Lage der Gemeinde Rennau.

Im Rechenschaftsbericht ist eine Bewertung des Jahresabschlusses vorzunehmen (§ 57 Abs. 1 GemHKVO, neu: § 58 KomHKVO). Der Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rennau enthält dazu nur einige wenige Ausführungen, vgl. Bz. 5.3.3.

Nach § 57 Abs. 2 GemHKVO (neu: § 58 Abs. 2 KomHKVO) soll der Rechenschaftsbericht auch Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken darstellen. Nicht zuletzt aufgrund der erheblichen zeitlichen Verzögerung bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse sollte der Rechenschaftsbericht kurz auf diese Sachverhalte eingehen.

5.6.2 Anlagenübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Anlagenübersicht gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG, § 56 Abs. 1 GemHKVO (neu: § 57 Abs. 2 KomHKVO) dargestellt.

Anlagenübersicht			
Anlagenvermögen	Buchwerte		
	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 01.01. des Haushaltsjahres	
Spalte 1	Spalte 12	Spalte 13	
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	1.864.269,28 €	1.876.927,82 €	
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	2.880,00 €	2.880,00 €	
Insgesamt	1.867.149,28 €	1.879.807,82 €	

Tabelle 8: Anlagenübersicht

5.6.3 Schuldenübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Schuldenübersicht gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG, § 56 Abs. 3 GemHKVO (neu: § 57 Abs. 3 KomHKVO) dargestellt.

Schuldenübersicht					
Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31.12.2011	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 01.01.2011
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Geldschulden	898.083,72 €	455.318,56 €	0,00 €	442.765,16 €	904.470,30 €
1.1 Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	442.765,16 €	0,00 €	0,00 €	442.765,16 €	451.654,67 €
1.3 Liquiditätskredite	455.318,56 €	455.318,56 €	0,00 €	0,00 €	452.815,63 €
1.4 sonstige Geldschulden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten aus kredit-ähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.470,10 €	1.470,10 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Transferverbindlichkeiten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. sonstige Verbindlichkeiten	5.671,17 €	5.671,17 €	0,00 €	0,00 €	4.885,67 €
Schulden insgesamt	905.224,99 €	462.459,83 €	0,00 €	442.765,16 €	909.355,97 €

Tabelle 9: Schuldenübersicht

Die Angaben der Schuldenübersicht stimmen, mit Ausnahme der Restlaufzeiten, mit den Werten der Bilanz überein, vgl. Bz. 5.5.2.2.2.

5.6.4 Forderungsübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Forderungsübersicht gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG, § 56 Abs. 2 GemHKVO (neu: § 57 Abs. 5 KomHKVO) dargestellt.

Forderungsübersicht					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12.2011	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 01.01.2011
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	5.152,11 €	5.152,11 €	0,00 €	0,00 €	5.813,83 €
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	2.298,10 €	2.298,10 €	0,00 €	0,00 €	118,00 €
Summe aller Forderungen	7.450,21 €	7.450,21 €	0,00 €	0,00 €	5.931,83 €

Tabelle 10: Forderungsübersicht

Die Angaben der Forderungsübersicht stimmten mit den Werten in der Bilanz überein.

5.6.5 Rückstellungsübersicht

In der folgenden Tabelle ist eine Rückstellungsübersicht gemäß der zukünftigen Regelung des § 128 Abs. 3 NKomVG i.V.m. § 57 Abs. 4 KomHKVO dargestellt.

Art der Rückstellung	Höhe
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00 €
Rückstellungen für Altersteilzeit und andere Maßnahmen	0,00 €
Instandhaltungsrückstellungen	0,00 €
Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien	0,00 €
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00 €
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00 €
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen	0,00 €
Andere Rückstellungen	9.600,00 €
Summe	9.600,00 €

Tabelle 11: Rückstellungsübersicht

Es ergaben sich folgende Kommentare:

Die Verwaltung hat erfreulicher Weise im Vorgriff auf den neuen § 128 Abs. 3 Nr. 4 NKomVG und die KomHKVO und den dazu erlassenen Runderlass v. 24.04.2017 (Ausführungserlass) auch eine Rückstellungsübersicht erstellt. Dies dient der Transparenz der Angaben in der Bilanz und macht die Angaben auch nachvollziehbarer. Die Angaben der Rückstellungsübersicht stimmen mit den Werten der Bilanz überein.

5.6.6 Übertrag von Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Haushaltsermächtigungen gemäß § 20 GemHKVO zulässig, soweit nach § 43 GemHKVO nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Überträge führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Das NKR in Niedersachsen sieht die folgenden (zwingenden) Formvorschriften vor:

Alle in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen für Erträge und Einzahlungen sowie für Aufwendungen und Auszahlungen sind einzeln in einer Übersicht dem Anhang des Jahresabschlusses beizufügen (§ 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG).

Die Überträge von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen müssen im Rechenschaftsbericht begründet werden, wobei unwesentliche Beträge zusammengefasst werden dürfen (§ 20 Abs. 5 GemHKVO).

Alle übertragenen Haushaltsermächtigungen werden in die Haushaltsüberwachungslisten für das Folgejahr vorgetragen (§ 25 Abs. 5 und § 26 Abs. 4 GemHKVO).

Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Überträge für Aufwandsermächtigungen wird in der Bilanz beim Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag als Vorbelastung angegeben, während die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Überträge für Auszahlungsermächtigungen unter der Bilanz auszuweisen ist (§ 54 Abs. 4, Nr. 1.3.2 GemHKVO i. V. m. RdErl. d. MI v. 04.12.2006 -33.3-10300/2-, Muster 15).

Da im Jahr der Bildung keine Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt erfolgt, wirkt sich die Bildung auch in keiner Weise auf das Jahresergebnis 2011 aus. Erst im Jahr der Inanspruchnahme wirken sich die entsprechenden Buchungen aus und beeinflussen das Jahresergebnis negativ. Aus diesem Grund sind die Haushaltsreste

nur in der erforderlichen Höhe zu bilden und im Rechenschaftsbericht zu begründen (§ 20 Abs. 5 GemHKVO, neu: § 20 Abs. 5 KomHKVO). Daneben regelt § 17 Abs. 3 GemHKVO, dass die Übertragung das geplante Ergebnis nicht gefährden darf.

5.6.6.1 Ergebnishaushalt

Aus dem Vorjahr wurden keine Aufwendungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.

Auch im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 erfolgten keine weiteren Überträge aus Aufwandsermächtigungen.

5.6.6.2 Finanzhaushalt

Aus dem Vorjahr wurden keine Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 erfolgte die Übertragung einer Auszahlungsermächtigung in Höhe von 42.000,00 EUR für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung.

Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Überträge für Auszahlungsermächtigungen ist gem. § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO i. V. m. RdErl. d. MI v. 04.12.2006 -33.3- 10300/2-, Muster 15) unter der Bilanz auszuweisen. Dieser Verpflichtung ist die Gemeinde Rennau nachgekommen.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Maßnahme war im Haushaltsplan 2011 veranschlagt, konnte aber nicht durchgeführt werden, so dass der gesamte Haushaltsansatz übertragen wurde. Die Ausschreibung wurde im Folgejahr durchgeführt, vgl. Bz. 5.6.6.2.1.

Darüber hinaus wurde ein HER in Höhe von 43.500,00 EUR für die nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung in das Folgejahr übertragen.

5.6.6.2.1 Maßnahme Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Im Haushalt 2011 wurde die Maßnahme „Modernisierung der Straßenbeleuchtung“ mit einem Haushaltsansatz von 42 TEUR veranschlagt (Inv-Nr. 2011-037, Produkt 54502, Kostenstelle 321200, Kostenträger 54502, SK 0962002). Sie wurde im Haushaltssicherungskonzept zum Haushaltsplan 2011 als Maßnahme zur Beseitigung bzw. Verringerung des Defizits benannt, vgl. Bz. 3.3.1.

Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2011 nicht mehr begonnen, so dass der gesamte Haushaltsansatz in das Folgejahr übertragen wurde, vgl. Bz. 5.5.2.3. Eine Inanspruchnahme erfolgte in den Jahren 2012/2013:

2012		65,00 EUR	Gebühren RPA
2013	580,32 EUR		
	4.111,85 EUR		
	<u>31.016,64 EUR</u>		
	35.708,81 EUR	<u>35.708,81 EUR</u>	Baukosten
		35.773,81 EUR	

Im Rahmen einer Freihändigen Vergabe wurden vier Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Der Zuschlag wurde auf das Angebot des wirtschaftlichsten Bieters erteilt. Der Verwaltungsausschuss fasste in seiner Sitzung am 12.09.2012 einstimmig den Vergabebeschluss. Der Auftrag wurde durch den Gemeindedirektor am 13.09.2012 in Höhe von 32.411,52 EUR erteilt. Abgerechnet

wurde die Maßnahme mit insgesamt 35.773,81 EUR, die als Anschaffungskosten in die Anlagenbuchhaltung eingingen.

Im Rahmen dieser Abschlussprüfung wurde neben der zweckentsprechenden Verwendung des HAR im Folgejahr auch die Durchführung des Vergabeverfahrens, die Abrechnung der Maßnahme sowie die Erfassung in der Anlagenbuchhaltung geprüft.

Es ergaben sich folgende Feststellungen:

Die Inanspruchnahme des HAR in den Folgejahren ist zu 85 % erfolgt.

Durchgeführt wurde eine Freihändige Vergabe. Soweit es im Rahmen dieser Prüfung feststellbar war, wurde diese ordnungsgemäß durchgeführt.

Die Vorlage beim RPA zur gesetzlich vorgeschriebenen Vorprüfung ab einem Bruttoauftragswert von 30.000,00 EUR erfolgte nicht im Vorfeld, sondern erst mit Schreiben vom 20.09.2012, nachdem der Auftrag bereits ausgelöst wurde.

Die Abrechnung der erbrachten Leistungen in Höhe von 35.773,81 EUR erfolgte ordnungsgemäß:

AR vom 10.08.2013 31.016,64 EUR

SR vom 13.12.2013 4.111,85 EUR

Re. vom 13.12.2013 580,32 EUR

In Höhe der Gesamtkosten von 35.773,81 EUR wurde die Aktivierung des Vermögensgegenstandes in der Anlagenbuchhaltung vorgenommen (ANL001270). Es wurde eine Abschreibungsdauer von 25 Jahren zu Grunde gelegt. Sie entspricht der verbindlichen Abschreibungstabelle des Landes Niedersachsen. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

5.6.7 Nebenrechnungen

Es wurden keine Nebenrechnungen geführt.

6. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

6.1 Fehlbetrag

Die Bilanz der Gemeinde Rennau weist einen Sollfehlbetrag aus dem letzten kameralen Abschluss in Höhe von 440.331,96 EUR aus.

Es gab keine kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2011 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 12.801,84 EUR (geplant -109.000,00 EUR).

Die Fehlbetragsquote⁵ lag damit bei 2,7 Prozent, die Gesamtfehlbetragsquote immerhin bei 96,3 Prozent. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Rennau ist nicht als gegeben anzusehen.

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (-12.801,84 EUR) und dem außerordentlichen Ergebnis (-232,23 EUR) wird als Jahresergebnis 2011 ausgewiesen (-13.034,07 EUR), vgl. Bz. 5.1.6.

⁵ Fehlbetrag in Relation zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes

6.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2011 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Gemeinde entwickelt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung, der sonstigen Teile des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Kassen- und Vergabewesens hat Feststellungen ergeben, vgl. insbesondere Bz. 3.3, 5.1.1.5.1 und 5.5.2.2.1.3.

Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sind nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung nicht zu erheben.

Die Vermögenswerte sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung wurden nach den Vorschriften des NKomVG und GemHKVO (neu: KomHKVO) aufgestellt.

Der Anhang enthält grundsätzlich die vorgeschriebenen Angaben.

Diese Aussagen beziehen sich ausschließlich auf das Ergebnis der in diesem Schlussbericht dargestellten schwerpunktmäßigen Prüfung.

6.2.1 Beschlussfassung über den Jahresabschluss und Entlastung

Die Vertretung beschließt gem. § 129 Abs. 1 NKomVG über den Jahresabschluss und die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten. Der vorliegende Schlussbericht ist mit der Stellungnahme des Hauptverwaltungsbeamten der Vertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gem. § 129 Abs. 2 S. 1 NKomVG sind die Beschlüsse der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen.

Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der Jahresabschluss ohne die Forderungsübersicht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

6.2.2 Öffentliche Auslegung des Schlussberichtes

Gem. § 156 Abs. 4 NKomVG ist der um die Stellungnahme ergänzte Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes frühestens nach seiner Vorlage in der Vertretung an sieben Tagen öffentlich auszulegen, die Auslegung ist bekannt zu machen. Dabei sind die Belange des Datenschutzes zu beachten. Bekanntmachung und Auslegung können mit dem Verfahren nach § 129 Abs. 2 NKomVG verbunden werden.

6.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Es wird bestätigt, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die einzelnen Buchungsvorgänge und Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs grundsätzlich nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.
- Ferner hat die Prüfung ergeben, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet worden sind und
- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen nach den geltenden Vorschriften verfahren wurde.

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gemeinde Rennau wird wie folgt zusammengefasst:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2011, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung der Gemeinde entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Haushaltsführung erfolgte ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage, der Liquidität und der Rentabilität geben zu Beanstandungen keinen Anlass. Die Gemeinde Rennau wird wirtschaftlich geführt.

Referat (R) Rechnungsprüfung

Landkreis Helmstedt

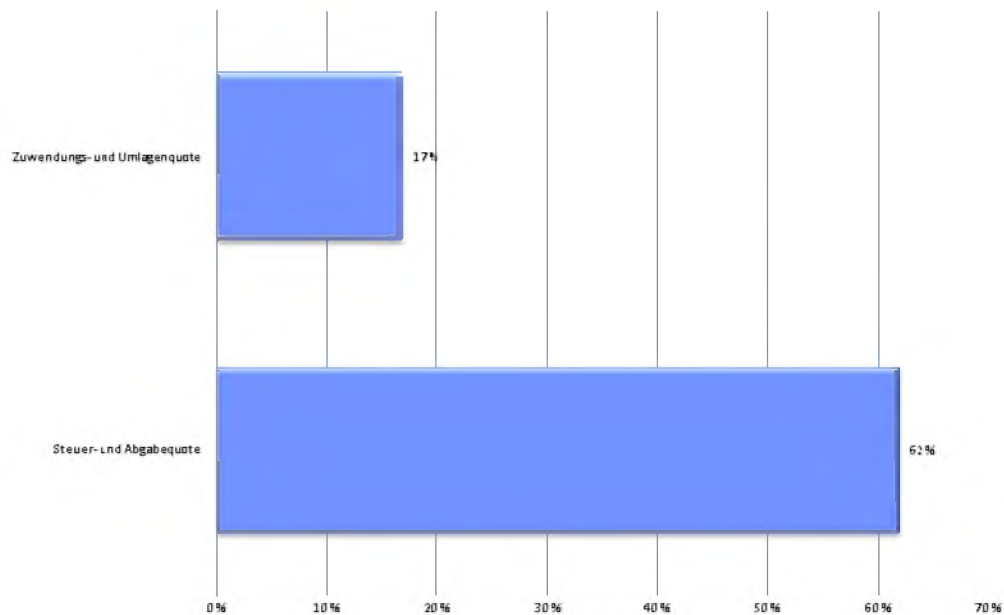
Az.: 14 13 04 / 3 (2011)

Helmstedt, den 10.08.2018

gez. Beidokat

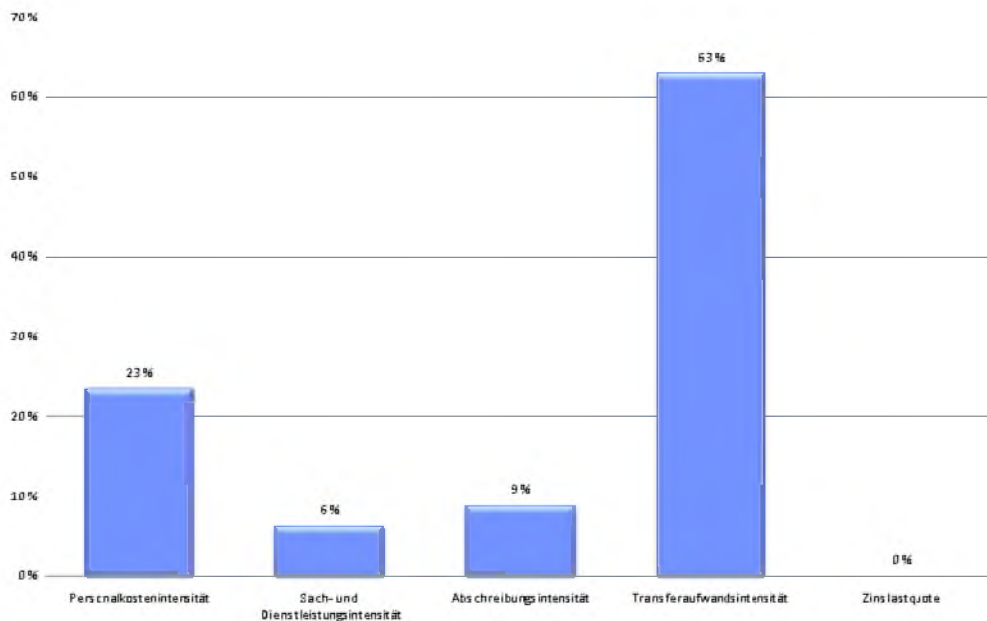
Prüferin

7. Kennzahlen des Jahresabschlusses



Ansicht 9: Ertragsquoten

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde im Haushaltsjahr „selbst“ finanzieren kann. Die Kennzahl gibt dabei eine Tendenz an, inwieweit die Kommune in der Zukunft in der Lage ist, ihre Aufgaben aus eigener Kraft zu erfüllen. Die allgemeine Umlagequote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ durch Umlagen finanzieren kann. Im Übrigen gilt die gleiche Aussage wie bei der Steuerquote.⁶

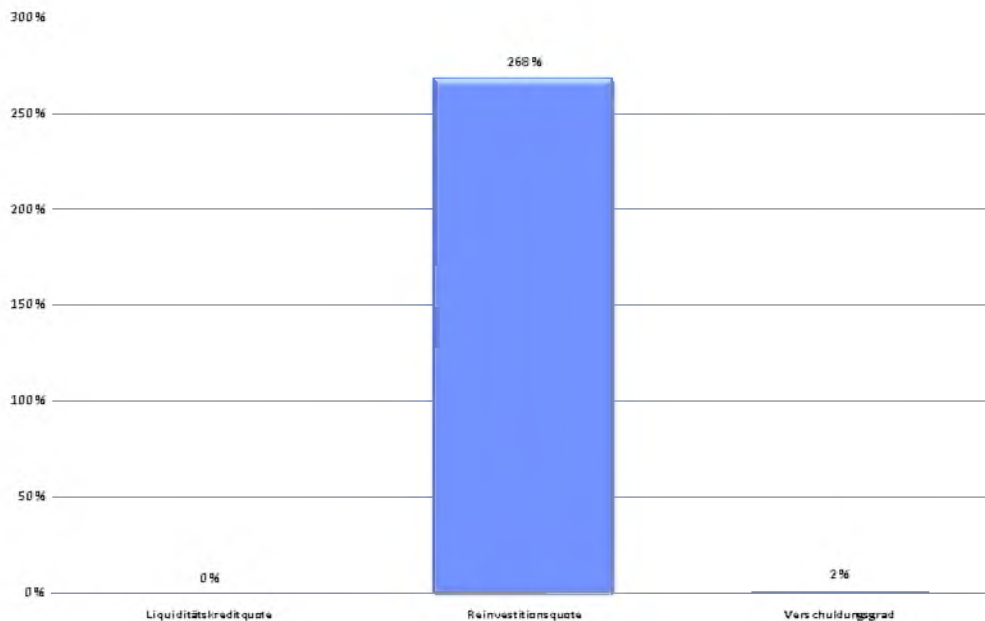


Ansicht 10: Aufwendungsintensitäten

⁶ Ministerium für Inneres und Sport, Erlass vom 08.02.2011, Aktenzeichen 33.1-10300/3

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang Mittel jetzt und voraussichtlich auch in der Zukunft für Personalausgaben gebunden sind und anderweitig nicht zur Verfügung stehen. Die Abschreibungsintensität zeigt an, in welchem Umfang die Kommune durch die Nutzung Vermögens belastet wird.

Die Kennzahl „Zinslastquote“ gibt die anteilmäßige Belastung der Kommune durch Zinsaufwendungen an. Hohe Zinslastquoten haben eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Haushaltsjahr und voraussichtlich auch in der Zukunft zur Folge.⁷



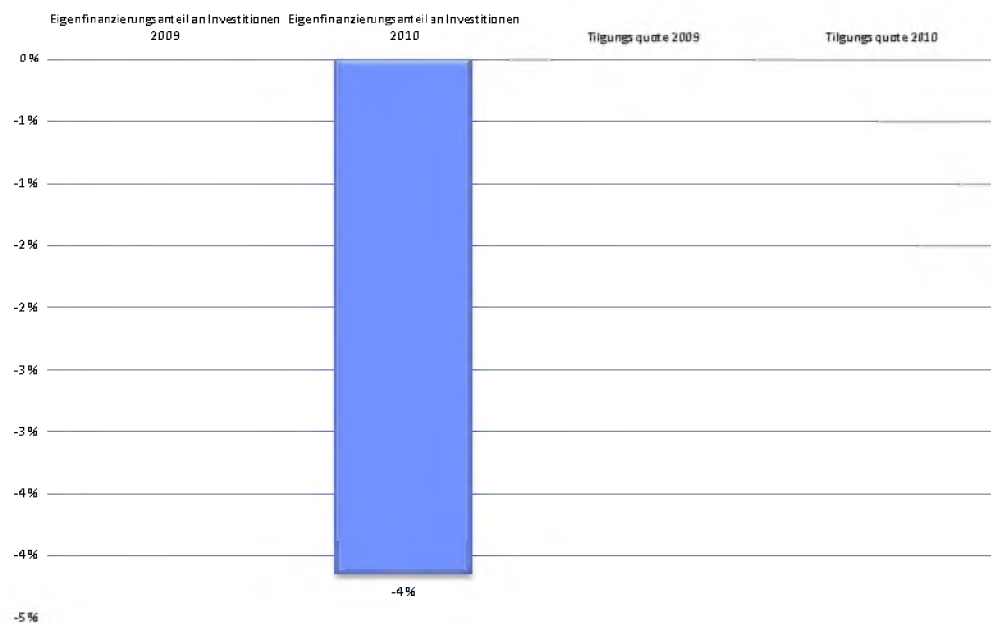
Ansicht 11: Schulden und Investitionen

Die Liquiditätskreditquote gibt an, in welchem Verhältnis die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit zueinander stehen. Je höher die Kennzahl ist, desto größer ist das Risiko einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde. Die Reinvestitionsquote gibt an, ob die Investitionen im Haushaltsjahr ausgereicht haben, um den Wertverlust des Anlagevermögens durch Abschreibungen auszugleichen. Um eine dauerhafte Aufgabenerfüllung in gleicher Qualität zu gewährleisten, wird z. T. eine Quote von 100 v. H. für erstrebenswert gehalten. Bei einer Quote unter 100 v. H. werden geringere Neuinvestitionen getätigt, als durch Abschreiben verbraucht werden. Im Ergebnis müssen die Abschreibungen gedeckt werden bzw. darf das Basis-Reinvermögen nicht sinken.

Bei der Interpretation dieser Kennzahl sind ggf. Ausgliederungen, Rationalisierungseffekte, Erweiterungen des Vermögens infolge von Aufgabenübertragungen, gezielte Vermögensveräußerungen (oder gezielt unterbleibende Reinvestitionen) infolge wegfallender Aufgaben, verstärktes Leasing sowie der demografische Wandel zu berücksichtigen.

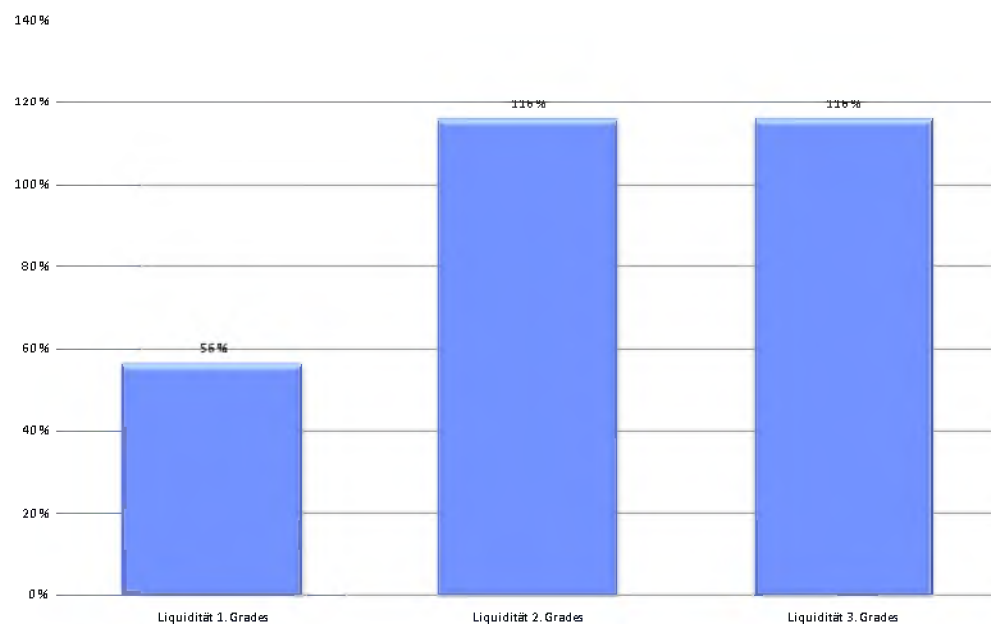
Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Nettoposition zur Bilanzsumme an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Durch die Aufnahme von Krediten bzw. die Bildung von Rückstellungen erhöht sich der Verschuldungsgrad. Grundsätzlich gilt: je höher der Verschuldungsgrad, desto abhängiger ist die Kommune von Gläubigern.

⁷ Ministerium für Inneres und Sport, Erlass vom 08.02.2011, Aktenzeichen 33.1-10300/3



Ansicht 12: Analyse des Finanzmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ein positives oder ausgeglichenes Finanzergebnis zeigt an, dass die Kommune in der Lage war, die Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit durch Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu decken. Die Deckung erfolgte dabei ohne die Aufnahme von Krediten und ermöglicht bei einem positiven Finanzmittelsaldo zukünftige Investitionen aus eigenen Mitteln zu bestreiten.



Ansicht 13: Liquidität

Die Liquidität 1. Grades entspricht dem Quotienten aus flüssigen Mitteln und kurzfristigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Liquidität 2. Grades entspricht dem Quotienten aus flüssigen Mitteln plus Forderungen und kurzfristigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Liquidität 3. Grades entspricht dem Quotienten aus flüssigen Mitteln plus Forderungen plus Vorräten und kurzfristigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Stellungnahme zum Prüfbericht vom 10.08.2018 über den Jahresabschluss 2011 der Gemeinde Rennau

Seitens des RPA wurden im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Gemeinde Rennau folgende Empfehlungen bzw. Feststellungen abgegeben:

Punkt 2.1.6:

Das RPA empfiehlt alle existierenden Verträge in einer Aufstellung zu führen. Dieser Vorschlag wird mittelfristig Umsetzung finden.

Punkt 5.1.1.5.1

Das RPA stellte fest, dass eine Neukalkulation der Benutzungsgebühren für die Dorfgemeinschaftshäuser dringend erforderlich sei. Diese Neukalkulation wird zukünftig erfolgen.

Punkt 5.1.2.1.2

Das RPA stellte fest, dass die Gemeinde Rennau Personalaufwendungen für zwei geringfügig Beschäftigte sowohl geplant, als auch geleistet hat. Diese beiden Beschäftigten werden bisher gem. § 5 (1) KomHKVO nicht in einem Stellenplan geführt und wurden im Anhang zum Jahresabschluss 2011 nicht erläutert. Die geforderten Erläuterungen werden zukünftig erfolgen. Darüber hinaus wird ab dem Haushaltsjahr 2019 nachrichtlich ein Stellenplan für die Gemeinde Rennau erstellt.

Punkt 5.5.1

Das RPA stellte fest, dass die Gemeinde Rennau seit der Ersten Eröffnungsbilanz keine gesetzlich vorgeschriebene körperliche Bestandsaufnahme durchgeführt hat. Aufgrund des vorliegenden Zeitverzugs bei der Erstellung der Jahresabschlüsse wird bis zur Aufholung des Rückstandes auf eine Inventur verzichtet, um weitere zeitliche Verzögerungen weitestgehend zu vermeiden.

Punkt 5.5.2.2.1.2

Das RPA stellte fest, dass ein Sonderposten aus Beiträgen zu hoch angesetzt wurde. Dieses resultierte aus einer nicht berücksichtigten Überzahlung eines Beitragszahlers, welche diesem im Jahr 2011 erstattet wurde. Die Korrektur des Sonderpostens wird mit dem Jahresabschluss 2012 erfolgen.

Punkt 5.5.2.2.2

Das RPA stellte fest, dass in der Schuldenübersicht ein bestehender Kredit mit einer fehlerhaften Restlaufzeit ausgewiesen wurde. Dieses findet Beachtung und wird zukünftig berücksichtigt.

Darüber hinaus stellte das RPA fest, dass Überzahlungen teilweise erst einige Jahre nach Eingang ausgeglichen wurden. Der Ausgleich solcher Zahlungen wird künftig zeitnah erfolgen.

Oertel , 27.08.2018